



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

02 | 2012

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Tourismusregion Rheinhessen

Verbraucherpreise 2011

Maisanbau

Steuerstatistik



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Andreas Johannides , Motiv: Mainzer Schwellköpp

Die Verbindung von außergewöhnlicher Natur und über 2000-jähriger Kultur lockt Menschen aus aller Welt in die Tourismusregion Rheinhessen. Neben bedeutenden Bauwerken aus vergangenen Jahrhunderten ziehen aber auch zahlreiche kulturelle Veranstaltungen, wie beispielsweise die Fastnacht, Gäste in die Region.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

02 | 2012

STATISTISCHE MONATSHEFTE

65. Jahrgang

kurz + aktuell 97

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Erwerbstätigkeit
Tourismus ■ Soziale Leistungen ■ Bildung
Internetnutzung ■ Verkehr ■ Steuern

Aus der amtlichen Statistik 108**Verbraucherpreise 110****Rheinland-Pfalz in Karten: Baulandpreise 2010
nach Verwaltungsbezirken 111****Verbraucherpreise 2011 112****Die Tourismusregion Rheinhessen 120****Maisanbau 2010 129****Das Steuerstatistische Gesamtsystem – Teil 1 135****Daten zur Konjunktur 139****Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 167****Neuerscheinungen 183**

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2012

























Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrieraufträge im November im Minus – Auslandsgeschäft lässt nach

Im November 2011 gingen bei der rheinland-pfälzischen Industrie preisbereinigt 1,3 Prozent weniger Aufträge ein als ein Jahr zuvor (Deutschland: -4,4 Prozent). Den Ausschlag für diesen Rückgang gaben die Auslandsbestellungen, die um 2,6 Prozent abnahmen (Deutschland: -7,7 Prozent). Die Inlandsorder stiegen um 0,4 Prozent (Deutschland: -0,2 Prozent).

Lediglich in drei der umsatzstarken rheinland-pfälzischen Industriezweige stieg die Nachfrage. Der Maschinenbau verbuchte 20 Prozent mehr Aufträge als ein Jahr zuvor, wobei die Impulse aus dem Ausland mit +23 Prozent stärker waren als aus dem Inland mit +13 Prozent. Bei den Herstellern von Metallerzeugnissen lagen die Auftragseingänge mit einem Plus von 6,9 Prozent ebenfalls über dem Vorjahreswert. Hier wurde die positive Entwicklung von den Inlandsbestellungen getragen (+14 Prozent), während die Auslandsnachfrage spürbar an Schwung einbüßte (-4,2 Prozent). In der Metallerzeugung und -bearbeitung gab es einen leichten Zuwachs von 0,7 Prozent. Die übrigen Wirtschaftszweige verfehlten durchweg das Vorjahresniveau, allen voran die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (-14 Prozent) und die chemische Industrie (-11 Prozent). In diesen beiden Zweigen brachen sowohl die Inlands- als auch die Inlandsorder im zweistelligen Bereich

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte	Veränderung November 2011	
	November 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingänge (real)			
Industrie	97,1	-1,3% 	2,9% 
Inland	97,9	0,4% 	4,3% 
Ausland	96,5	-2,6% 	1,8% 
Chemie	68,0	-10,6% 	-6,6% 
Fahrzeugbau	87,9	-6,4% 	-6,7% 
Maschinenbau	143,7	20,0% 	26,7% 
Metallerzeugnisse	105,6	6,9% 	18,5% 
Bauhauptgewerbe	115,0	23,1% 	-0,5% 
Umsätze (real)			
Großhandel	112,5	3,1% 	0,4% 
Einzelhandel (ohne Kfz)	111,5	0,9% 	-1,0% 
Kfz-Handel	94,9	4,1% 	-4,5% 
Gastgewerbe	86,2	1,8% 	-20,5% 

ein. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verzeichneten aufgrund des stark rückläufigen Auslandsgeschäfts (-11 Prozent) eine insgesamt sinkende Nachfrage (-6,4 Prozent). Negativ entwickelte sich auch das Geschäft der Produzenten von Papier, Pappe und Waren daraus (-5,9 Prozent).

Gegenüber Oktober 2011 stiegen die Auftragseingänge um 2,9 Prozent (Deutschland: +3,2 Prozent). Die Inlandsorder erhöhten sich um 4,3

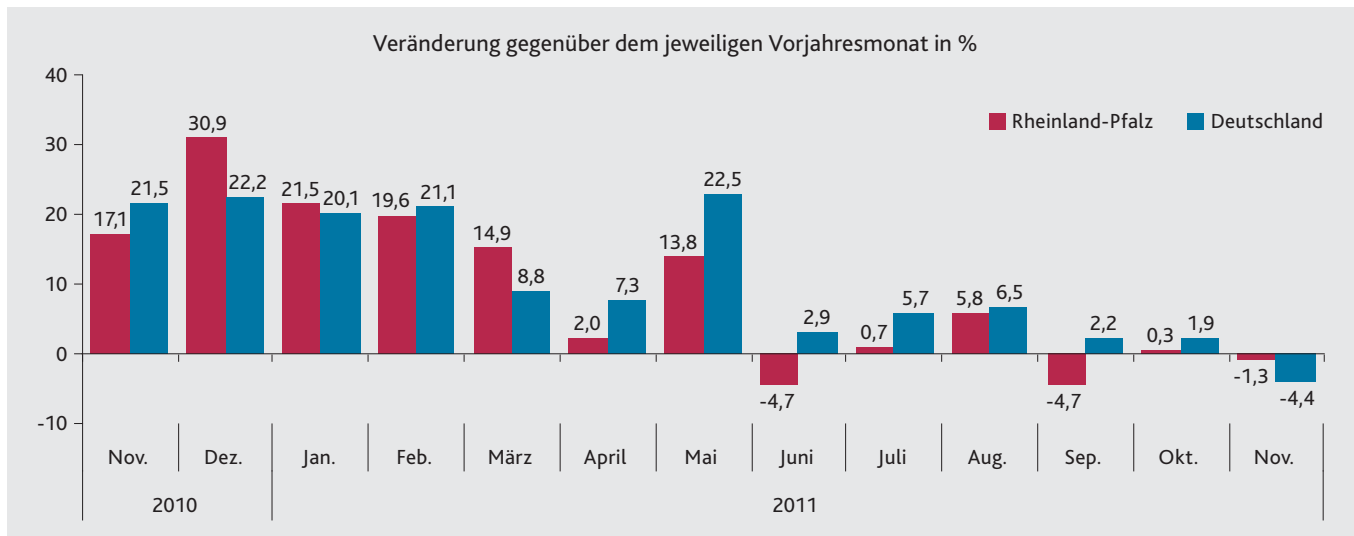
Prozent (Deutschland: +7 Prozent), die Bestellungen aus dem Ausland legten um 1,8 Prozent zu (Deutschland: +0,3 Prozent). Vor allem der Maschinenbau überraschte mit einem überdurchschnittlichen Auftragsplus von 27 Prozent, wobei die Auslandsnachfrage (+33 Prozent) erheblich stärker zulegte als die Bestellungen aus dem Inland (+14 Prozent). Deutlich mehr Bestellungen registrierten auch die Hersteller von Metallerzeugnissen (+18,5 Prozent) sowie die

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App „i-nigma“. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 und 2011 nach Monaten



Metallerzeugung und -bearbeitung (+13 Prozent), insbesondere gestärkt durch die Binnennachfrage. Die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus verzeichneten ein moderates Auftragsplus von 4,2 Prozent. Rückgänge mussten dagegen die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (-15,5 Prozent), die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-6,7 Prozent) sowie die chemische Industrie (-6,6 Prozent) hinnehmen. Bei der Pharmaindustrie und der chemischen Industrie lag dies an den stark rückläufigen Auslandsaufträgen (-19 bzw. -9,6 Prozent), während es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen vor allem an Inlandsbestellungen mangelte (-8,3 Prozent).

Industrieumsätze deutlich im Plus

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte von Januar bis November 2011 Umsätze in Höhe von 76,4

Milliarden Euro. Das waren 11,9 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2010 (Deutschland: +11,7 Prozent). Die Inlandserlöse zogen mit einem Plus von 10,6 Prozent merklich an (Deutschland: +11,5 Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen um 13 Prozent (Deutschland: +12 Prozent). Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) lag damit bei 52,7 Prozent (Deutschland: 46,1 Prozent).

Die Industrie zählte im November 2011 insgesamt 247 970 Beschäftigte, das waren rund 6 400 mehr als im November 2010 (+2,7 Prozent; Deutschland: +3,5 Prozent). Von Januar bis November wurden 4,4 Prozent mehr Arbeitsstunden geleistet als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +4,3 Prozent).

Die zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen erzielten teilweise deutliche Zuwächse. Im Maschinenbau sowie in der

Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen stiegen die Erlöse überdurchschnittlich um 23 bzw. 22 Prozent. Die Basis dieser Entwicklung bildete in beiden Wirtschaftszweigen vor allem das Auslandsgeschäft (+27 bzw. +36 Prozent), während die Zuwächse im Inlandsgeschäft geringer ausfielen (+17 bzw. +6,8 Prozent). Mehr Umsatz meldete die Metallerzeugung und -bearbeitung (+17 Prozent). Hier wurde die Entwicklung insbesondere von den Inlandserlösen beeinflusst (+21 Prozent); die Auslandsumsätze stiegen um 13 Prozent. Zweistellig legten auch die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+13 Prozent), von Nahrungs- und Futtermitteln (+13 Prozent) sowie von Gummi- und Kunststoffwaren (+11 Prozent) zu. Die übrigen Branchen meldeten Zuwachsraten in einer Bandbreite von 4,5 Prozent (Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus) bis 9,4 Prozent (Herstellung von Metallerzeugnissen).

Umsätze von Januar bis November 2011 und Beschäftigte im November 2011 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum bzw. Vorjahresmonat in %



Die bedeutendsten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige wiesen gegenüber November 2010 teils deutliche Beschäftigungszuwächse auf. Diese fielen in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie mit +5,2 Prozent am höchsten aus, gefolgt von der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+4,8 Prozent) und dem Maschinenbau (+4,7 Prozent). Bei der chemischen Industrie sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung gab es drei bzw. 2,3 Prozent mehr Arbeitsplätze. Ein Beschäftigtenplus verzeichneten – mit Ausnahme der

Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (–0,7 Prozent) – auch die übrigen umsatzstarken Branchen.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Vorjahresvergleich kräftig gestiegen

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im November 2011 im Vorjahresvergleich um 23 Prozent gestiegen. Damit kam es im November nach dem deutlichen Rückgang um 9,1 Prozent im Oktober wieder zu einer kräftigen Verbesserung der Auf-

tragslage. Während im Hochbau die Nachfrage mit +79 Prozent besonders stark anzog, blieb der Tiefbau um 10,5 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es wiederum deutliche Unterschiede. Sprunghafte Auftragszuwächse verzeichneten der gewerbliche Hochbau (+95 Prozent), der Wohnungsbau (+83 Prozent) sowie der öffentliche Hochbau (+39,5 Prozent). Im Straßenbau ergab sich ebenfalls ein Anstieg (+4,2 Prozent). Dagegen hatten der öffentliche Tiefbau (–24 Prozent) sowie der gewerbliche Tiefbau (–13 Prozent) klare Auftragsrückgänge zu verkraften. Bei der Einschätzung der Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Im Vergleich zum Oktober 2011 verschlechterte sich die Nachfrage nach Bauleistungen geringfügig (–0,5 Prozent). Auch im Vormonatsvergleich zogen die Auftragseingänge im Hochbau kräftig an (+19 Prozent), während sie im Tiefbau deutlich nachgaben (–17 Prozent). Der gewerbliche Hochbau (+30 Prozent) sowie der Wohnungsbau (+22 Prozent) schlossen mit einem positiven Ergebnis. In den übrigen Bereichen blieben die Auftragseingänge hinter dem Vormonatsergebnis zurück. Den stärksten Einbruch meldete der gewerbliche Tiefbau (–30 Prozent). Aber auch im Straßenbau (–17 Prozent) sowie im öffentlichen Hochbau (–10 Prozent) lagen die Rückgänge im zweistelligen Bereich.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte	Veränderung November 2011	
	November 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingang	115,0	23,1 % ↑	-0,5 % ↓
Hochbau insgesamt	130,9	79,4 % ↑	18,9 % ↑
Wohnungsbau	174,2	82,7 % ↑	22,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	143,0	94,6 % ↑	29,7 % ↑
öffentlicher Hochbau	71,8	39,5 % ↑	-10,2 % ↓
Tiefbau insgesamt	100,5	-10,5 % ↓	-16,7 % ↓
gewerblicher Tiefbau	114,4	-12,8 % ↓	-30,0 % ↓
öffentlicher Tiefbau	109,7	-24,3 % ↓	-6,8 % ↓
Straßenbau	90,9	4,2 % ↑	-17,1 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	174,0	14,9 % ↑	14,3 % ↑
Hochbau insgesamt	164,2	24,6 % ↑	14,5 % ↑
Wohnungsbau	174,3	39,1 % ↑	13,5 % ↑
gewerblicher Hochbau	180,0	32,4 % ↑	11,1 % ↑
öffentlicher Hochbau	131,9	0,5 % →	23,3 % ↑
Tiefbau insgesamt	183,7	7,5 % ↑	14,1 % ↑
gewerblicher Tiefbau	165,5	-12,9 % ↓	-3,2 % ↓
öffentlicher Tiefbau	144,5	10,5 % ↑	16,8 % ↑
Straßenbau	214,6	13,0 % ↑	18,5 % ↑

Der baugewerbliche Umsatz stieg im Vergleich zum November 2010 um 15 Prozent auf rund 329 Millionen Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze sogar um 25 Prozent auf fast 154 Millionen Euro. Der Tiefbau verzeichnete ein Umsatzplus von 7,5 Prozent auf mehr als 175 Millionen Euro. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es vor allem im Wohnungsbau (+39 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (+32 Prozent) kräftige Zuwächse. Zweistellige Verbesserungen meldeten auch der Straßenbau (+13 Prozent) sowie der öffentliche Tiefbau (+10,5 Prozent). Zu Umsatzeinbußen kam es dagegen lediglich im gewerblichen Tiefbau.

Dort belief sich das Minus auf 13 Prozent.

Gegenüber dem Vormonat stieg der baugewerbliche Umsatz um 14,3 Prozent. Im Hochbau kam es im November 2011 zu einer Verbesserung um 14,5 Prozent. Im Tiefbau konnte ein ähnlich hohes Plus von 14,1 Prozent verbucht werden. Überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen gab es im öffentlichen Hochbau (+23 Prozent), im Straßenbau (+18,5 Prozent) sowie im öffentlichen Tiefbau (+17 Prozent). Wie im Vorjahresvergleich blieben nur im gewerblichen Tiefbau die Umsätze auch hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-3,2 Prozent).

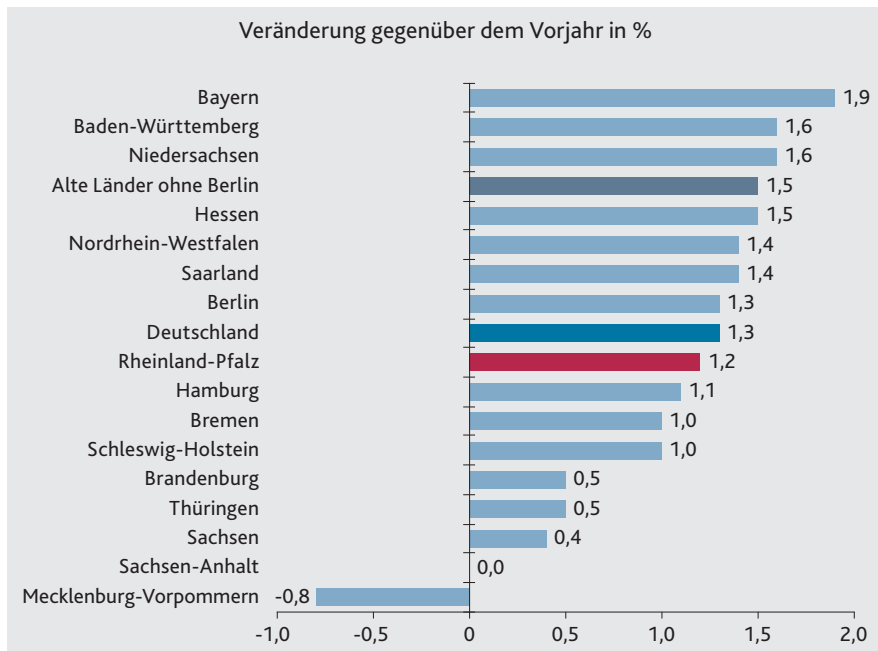
Zahl der Erwerbstätigen steigt im Jahr 2011 um 1,2 Prozent

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ lag sie um 1,2 Prozent höher als im Jahr 2010. Im Bundesdurchschnitt nahm die Zahl der Erwerbstätigen 2011 um 1,3 Prozent zu; in den alten Bundesländern (ohne Berlin) lag der Zuwachs bei 1,5 Prozent.

Aufgrund umfassender Revisionsarbeiten, in deren Verlauf für alle Bundesländer alle bisherigen Regionalergebnisse für die Erwerbstätigen grundlegend überarbeitet werden, kann derzeit noch nicht die Gesamtzahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz ausgewiesen werden. Dargestellt werden kann lediglich die Veränderungsrate. Anhand der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit lassen sich einige Einflussfaktoren näher betrachten.

Zurückzuführen ist der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen in erster Linie auf einen Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die den größten Teil der Erwerbstätigen ausmachen. Nach vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 2011 in Rheinland-Pfalz rund 1,24 Millionen Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, gut 30 000 bzw. 2,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Erwerbstätige am Arbeitsort 2011 nach Ländern



Das verarbeitende Gewerbe verzeichnete einen Zuwachs von knapp 7 000 Beschäftigten (+2,3 Prozent). Deutlich zugelegt haben auch die unternehmensnahen Dienstleistungen (+8 400 Personen bzw. +7,4 Prozent), zu denen auch die Zeitarbeitsbranche gehört. Sie registrierte über 5 000 Beschäftigte mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum (+19,2 Prozent). Eine Beschäftigungszunahme um mehr als 5 000 (+3 Prozent) verzeichnete das Gesundheits- und Sozialwesen. Einen Rückgang um rund 1 000 bzw. 1,2 Prozent gab es dagegen im Bereich öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung.

Die sogenannte marginale Beschäftigung sank weiter. Zurückzuführen ist dies auf den weiteren Rückgang bei der Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag die

Zahl der 1-Euro-Jobber im Jahresdurchschnitt 2011 um knapp 4 000 bzw. 44 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Zur marginalen Beschäftigung zählen außerdem ausschließlich geringfügig entlohnte und kurzfristig Beschäftigte.

Zahl der Gäste und Übernachtungen weiter im Plus

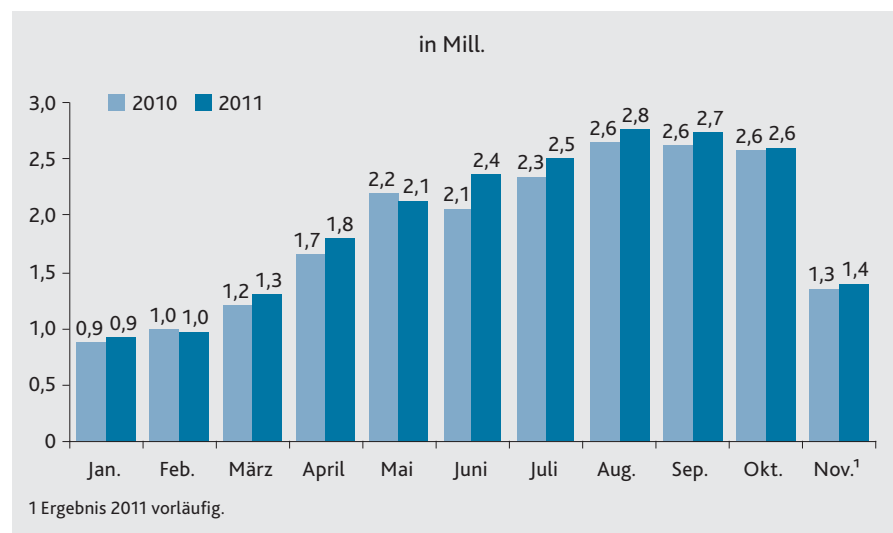
Im Monat November 2011 verzeichneten die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe ein höheres Gäste- und Übernachtungsaufkommen als im Vorjahresmonat. Nach ersten vorläufigen Berechnungen besuchten fast 554 000 Gäste das Land, das waren 3,4 Prozent mehr als im November 2010. Diese Gäste buchten nahezu 1,4 Millionen Übernachtungen (+3,3 Prozent).

Im Zeitraum von Januar bis November 2011 wurden mehr als 7,9 Millionen Gästeankünfte und fast 21,5 Millionen Gästeübernachtungen registriert. Das waren 6,4 bzw. 4,4 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Info

Weitere Informationen zum Tourismus finden Sie ab Seite 120 in diesem Heft.

Übernachtungen von Januar bis November 2010 und 2011



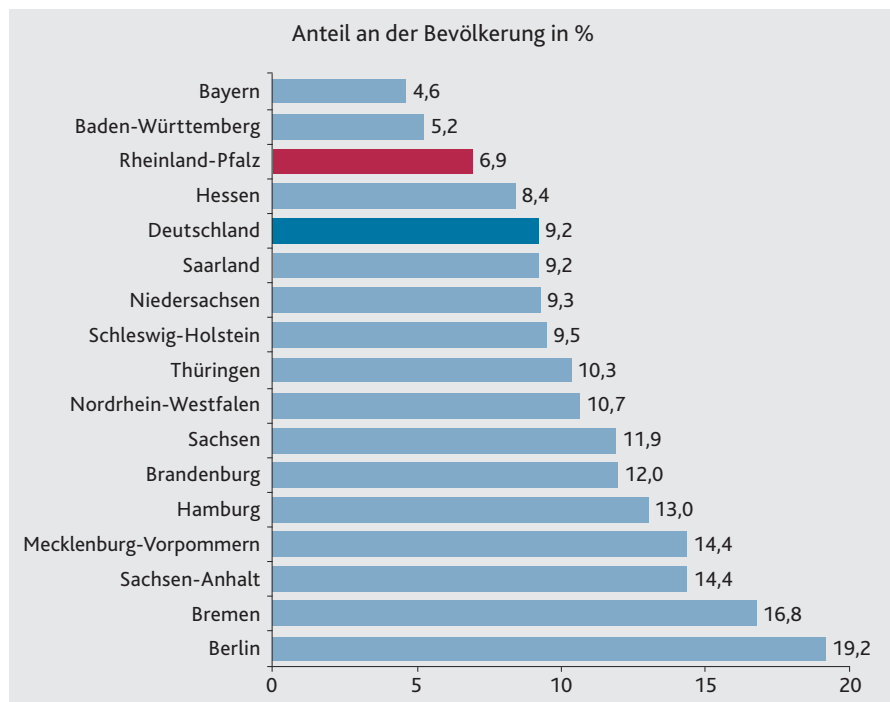
Knapp sieben Prozent der Bevölkerung auf Mindestsicherung angewiesen

In Rheinland-Pfalz waren Ende des Jahres 2010 rund 277 000 Menschen auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern. Damit erhielten 6,9 Prozent der vier Millionen Einwohner Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Im Vergleich der Bundesländer wies Rheinland-Pfalz die drittniedrigste Quote auf. Lediglich in Bayern (4,6 Prozent) und Baden-Württemberg (5,2 Prozent) waren die Anteile geringer. Deutschlandweit waren 9,2 Prozent der Bevölkerung auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen.

Gegenüber dem Jahr 2009 sank die Zahl der Bezieher von Mindestsicherung um rund 12 000. Damit setzte sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Rückgang fort, der im Wesentlichen durch die Veränderungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende bestimmt wird. Im Jahr 2006 bezogen im Land noch rund 306 000 Personen Leistungen der sozialen Mindestsicherung.

Der weitaus größte Teil der Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhielt den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz-IV-Leistungen). In Rheinland-Pfalz betraf dies Ende 2010 knapp 232 000 Empfängerinnen und Empfänger, das waren 7,3 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren (Deutschland: zehn

Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2010 nach Ländern



Prozent). Davon erhielten 164 000 als Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den anderen rund 67 000 handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige, insbesondere Kinder, denen das sogenannte Sozialgeld gezahlt wurde.

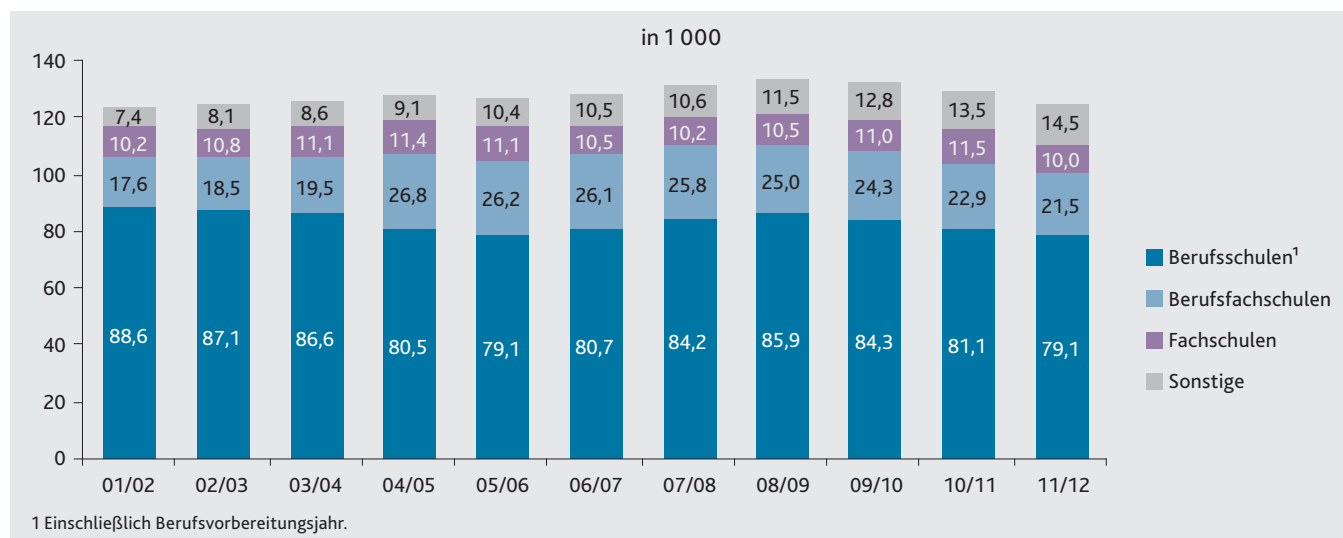
Fast 36 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2010 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Von ihnen waren mehr als 17 000 zwischen 18 und 65 Jahre alt und bezogen die Leistungen wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung. Gut 18 000 Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre und älter.

Die „originäre Sozialhilfe“, hat seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV-Reform“) an Bedeutung verloren. Sie wird seit

dem 1. Januar 2005 nur noch an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezahlt, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören zum Beispiel vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner mit niedriger Rente. In Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 2010 auf 10 000 Einwohner knapp neun Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die zur Mindestsicherung zählenden Leistungen für Asylbewerber liegen für 2010 noch nicht vor. Für die Berechnungen wurde deshalb auf die Angaben des Vorjahres zurückgegriffen. Daher sind minimale Änderungen der Mindestsicherungsquoten noch möglich.

Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 2001/02–2011/12 nach Schulformen



Neue Fachoberschulen starten mit 463 Jugendlichen

An den zum aktuellen Schuljahr 2011/12 neu eingerichteten Fachoberschulen bereiten sich die ersten Jugendlichen auf das Fachabitur vor. In den Eingangsstufen der zwölf neuen Fachoberschulen lernen insgesamt 236 Schülerinnen und 227 Schüler. Fachoberschulen führen im Rahmen eines zweijährigen beruflichen Bildungsganges zum Fachabitur, der Studienberechtigung für die Fachhochschule. Sie sind in Rheinland-Pfalz organisatorisch verbunden mit den zum Schuljahr 2009/10 eingeführten Realschulen plus. Aus dieser Schulform stammten in diesem Schuljahr auch die meisten Anfängerinnen und Anfänger (403). Die Ausbildung an der Fachoberschule umfasst neben dem schulischen Unterricht auch einen fachpraktischen Teil: So absolvieren die Schülerinnen und Schüler in ihrem ersten Schuljahr an jeweils

drei Tagen der Woche ein berufliches Praktikum.

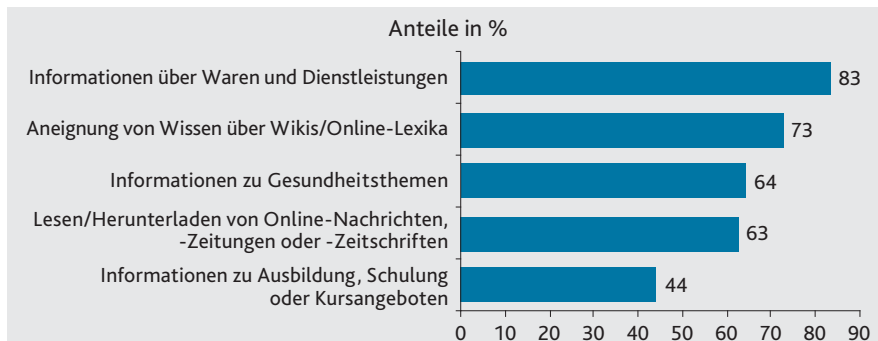
Insgesamt sank die Schülerzahl an den 117 berufsbildenden Schulen (einschließlich der Fachoberschulen) gegenüber dem Vorjahr um rund 2 000 auf nunmehr rund 127 100 (–1,6 Prozent). Dieser Rückgang ist zum einen bedingt durch die sinkende Zahl junger Menschen. Zum anderen spiegeln die Entwicklungen in den einzelnen Bildungsgängen auch das geänderte Bildungsverhalten und die höhere schulische Vorbildung wider. So waren besonders starke Rückgänge im Berufsvorbereitungsjahr (–11 Prozent) und in den Berufsfachschulen I (–8,6 Prozent) zu verzeichnen – jenen Bildungsgängen, die vorrangig der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit geringer schulischer Vorbildung dienen. Demgegenüber gab es an den Fachoberschulen II (+9,4 Prozent) und an den beruflichen Gymnasien (+7,8

Prozent) deutliche Zuwächse. Diese Schulen führen zur fachgebundenen und allgemeinen Hochschulreife. Eine große Bedeutung behalten, trotz des Schülerrückgangs um 2,3 Prozent, die Berufsschulen. Dort werden derzeit knapp 77 000 Schülerinnen und Schüler im Rahmen der dualen Ausbildung unterrichtet.

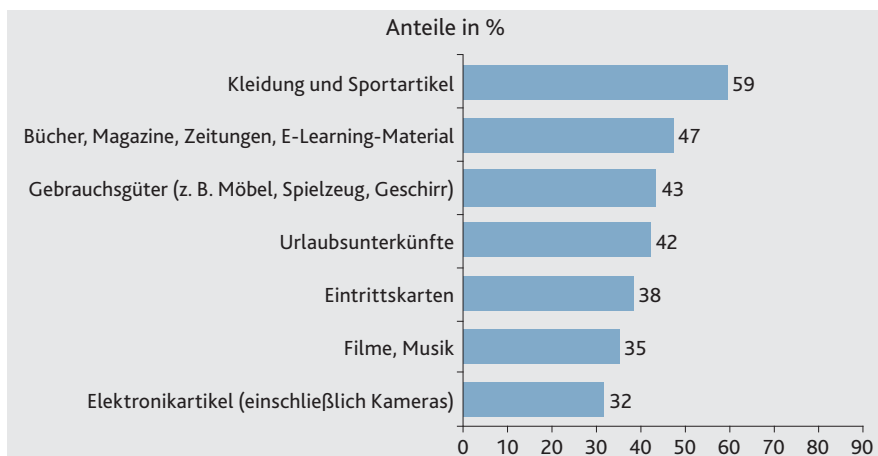
77 Prozent nutzen das Internet – Informationssuche und Einkaufen besonders beliebt

Im ersten Quartal 2011 nutzten gut 2,8 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ab zehn Jahren das Internet; das entspricht einer Quote von 77 Prozent (Deutschland: 76 Prozent). Drei von vier Internetnutzern gingen jeden oder fast jeden Tag online, 18 Prozent mindestens einmal in der Woche. Diese Ergebnisse stammen aus einer im Frühjahr 2011 europaweit durchgeführten Befragung privater Haushalte zur

Informationssuche im Internet 2011 zu privaten Zwecken nach ausgewählten Themengebieten



Online-Kauf 2011 zu privaten Zwecken nach ausgewählten Produktgruppen



Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. In Rheinland-Pfalz haben gut 550 Haushalte teilgenommen, in denen insgesamt mehr als 1100 Personen lebten.

Befragt zu ihren privaten Aktivitäten im Internet in den letzten drei Monaten wurden neben der Informationsbeschaffung und dem Online-Kauf vor allem die Kommunikation in sozialen Netzwerken (64 Prozent), die Nutzung von Reisedienstleistungen (62 Prozent) und die Abwicklung von Bankgeschäften (51 Prozent) genannt.

Informationen wurden vor allem zu Waren und Dienstleistungen gesucht (83 Prozent der Internetnutzer), gefolgt von allgemeinem Wissen via Online-Lexika (73 Prozent) und Gesundheitsthemen (64 Prozent).

Fast 2,2 Millionen Internetnutzer gaben an, in den letzten 12 Monaten vor der Befragung Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt zu haben. Besonders gefragt waren Kleidung und Sportartikel. Rund 59 Prozent der Online-Käufer haben diese Produkte erworben. Es folgen Bücher und Zeitungen (47 Prozent) sowie Gebrauchsgüter wie Möbel

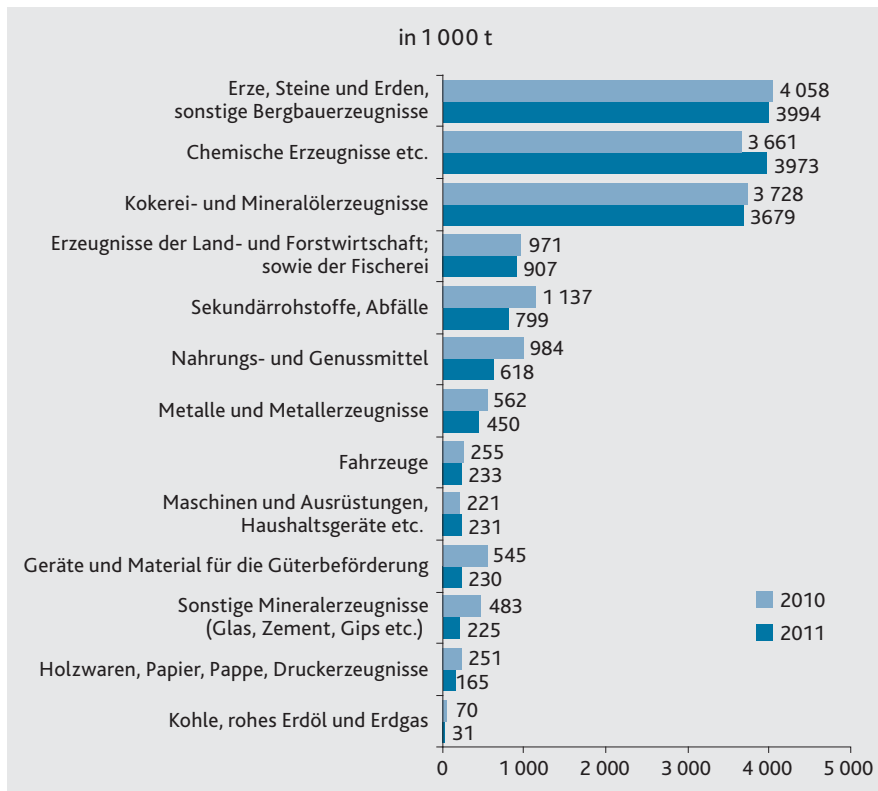
oder Spielzeug (43 Prozent). Freizeitbeschäftigungen wurden ebenfalls häufig über das Internet organisiert. So buchten 42 Prozent ihre Urlaubsunterkünfte online, 38 Prozent kauften Eintrittskarten für Theater, Kino, Konzerte oder Sportveranstaltungen. Etwa 35 Prozent der Online-Käufer erwarben Filme und Musik, 32 Prozent kauften Elektronikartikel online ein.

Güterumschlag in Binnenhäfen gesunken

In der rheinland-pfälzischen Binnenschifffahrt ging die umgeschlagene Gütermenge in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 um fast neun Prozent zurück. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten einen Güterumschlag von 17,1 Millionen Tonnen, das waren 1,6 Millionen Tonnen weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei sank das Volumen des Versandes von Gütern um 14 Prozent auf knapp 7,3 Millionen Tonnen. Der Güterer Empfang ging um 4,5 Prozent auf 9,8 Millionen Tonnen zurück. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung waren niedrige Pegelstände; viele Schiffe konnten nicht mit voller Ladung fahren. Zudem war der Rhein zu Beginn des Jahres 2011 wegen einer Havarie mehrere Wochen gesperrt.

Die höchsten Anteile am Umschlag hatten mit jeweils rund vier Millionen Tonnen die Güterabteilungen Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse und chemische Erzeugnisse. Während die umgeschlagene Menge der Güterabteilung chemische

Güterumschlag von Januar bis September 2010 und 2011 nach Güterabteilungen



Erzeugnisse einen Zuwachs verzeichnete, blieben die Mengen bei allen anderen wichtigen Güterabteilungen hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Ludwigshafen, der größte Binnenhafen des Landes, wies im Zeitraum Januar bis September des vergangenen Jahres ein Umschlagsminus

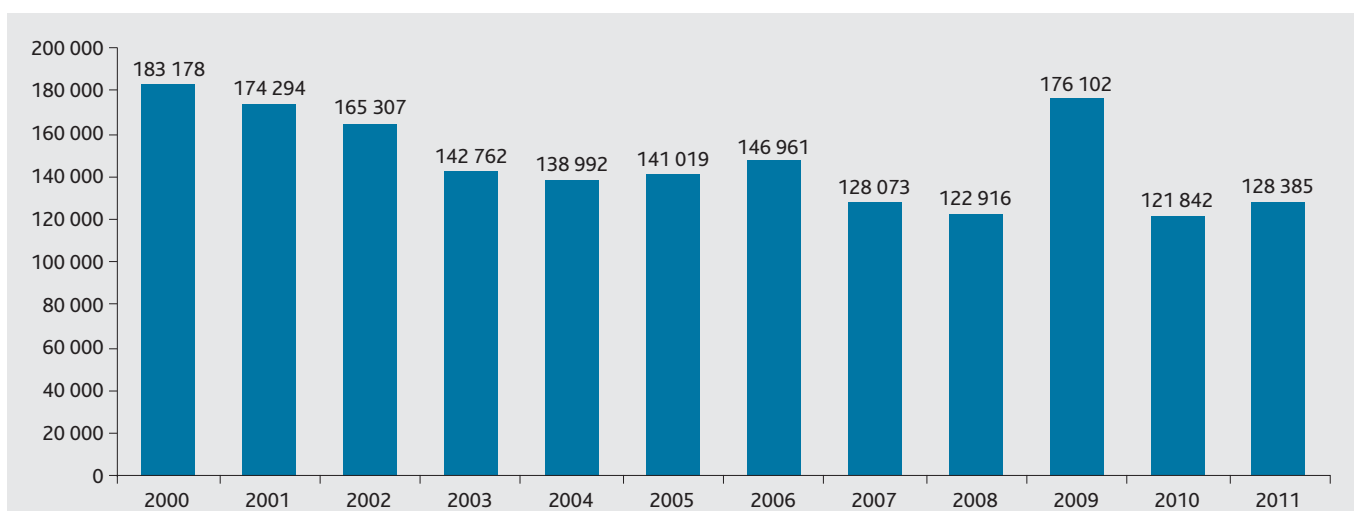
von 5,6 Prozent auf. Mit Ausnahme von Bendorf verzeichneten alle anderen Häfen ebenfalls niedrigere Umschlagsmengen.

Zahl der Pkw-Neuzulassungen gestiegen

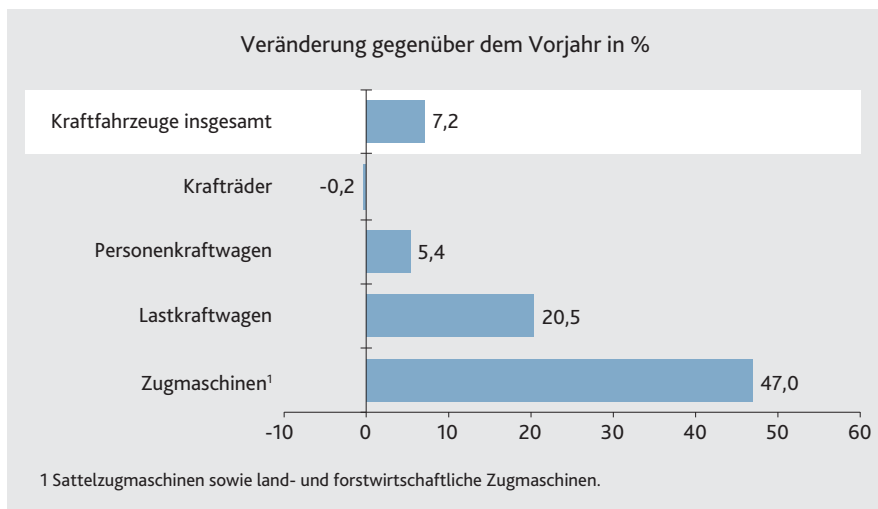
In Rheinland-Pfalz wurden im vergangenen Jahr 128 385 Pkw neu zugelassen, das waren 5,4 Prozent mehr als im Jahr 2010 (Deutschland: +8,8 Prozent). Nach Auslaufen der Abwrackprämie Ende 2009 war die Zahl der neu zugelassenen Pkw 2010 deutlich gesunken. Trotz der leichten Zunahme im Jahr 2011 liegt die Zahl der Neuzulassungen von Pkw deutlich niedriger als vor zehn Jahren.

Auf dem Niveau der Jahre vor der Krise pendelten sich 2011 auch die Neuzulassungen von Lastkraftwagen wieder ein. Im Vergleich zum Vorjahr gab es eine Zunahme um 20,5 Prozent auf 12 040. Um 47 Prozent auf 4 836 nahm die Zahl der Neuzulassungen bei Zugmaschinen zu.

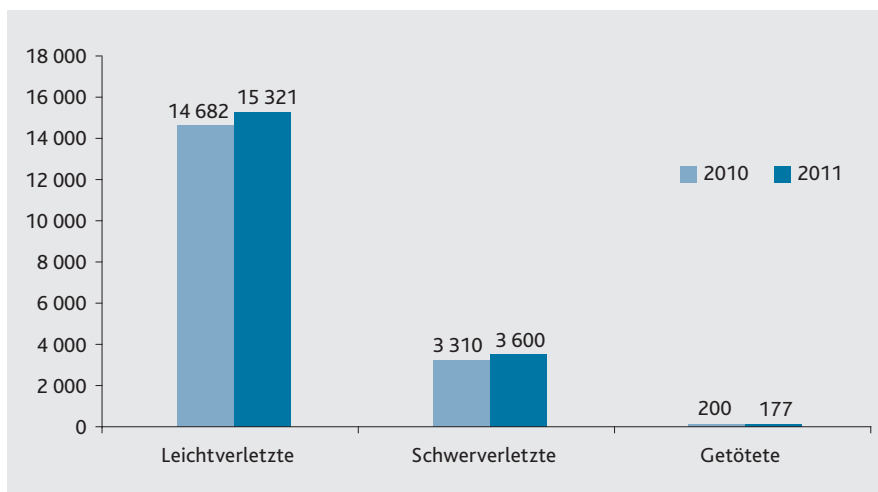
Neuzulassungen von Personenkraftwagen 2000–2011



Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen 2011 nach Fahrzeugart



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis November 2010 und 2011



Die Zahl der neu zugelassenen Kraftfahrzeuge lag mit 7 292 nur leicht unter dem Wert des Vorjahres. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 153 471 Fahrzeuge neu zugelassen, 7,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (Deutschland: +9,6 Prozent).

Mit 377 449 Besitzumschreibungen legte der Gebrauchtwagenmarkt für Pkw gegenüber 2010 um 3,7 Pro-

zent zu. Der Handel mit gebrauchten Nutzfahrzeugen entwickelte sich dagegen uneinheitlich (Lkw: -3 Prozent, Zugmaschinen: +1,8 Prozent). Die Umschreibungen gebrauchter Krafträder stiegen um acht Prozent. Insgesamt wechselten 430 177 Kraftfahrzeuge ihren Besitzer, das waren 3,7 Prozent mehr als im Jahr 2010 (Deutschland: +5,7 Prozent).

Verkehrsunfälle: Weniger Todesopfer, mehr Verletzte

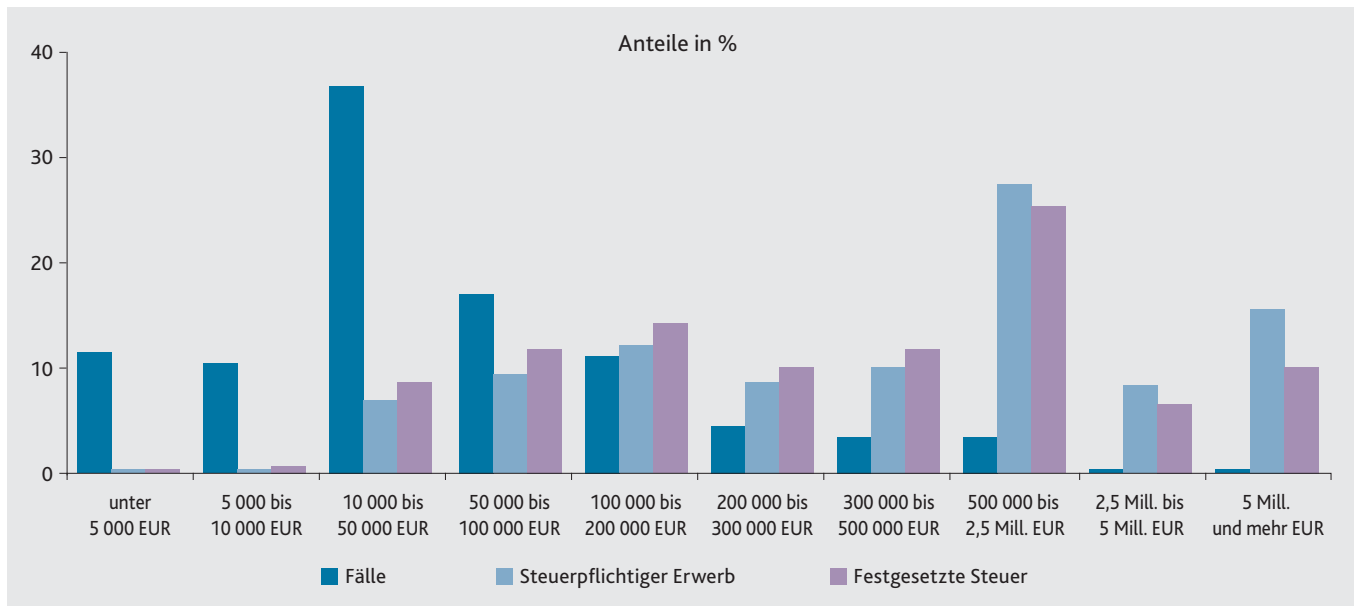
Von Januar bis November 2011 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen 177 Menschen ihr Leben bei Verkehrsunfällen. Das waren 23 Todesopfer weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Aufgrund des bisherigen Verlaufes ist zu erwarten, dass 2011 ein neuer Tiefstand der Verkehrstoten zu verzeichnen sein wird. Die Zahl der Schwerverletzten stieg um 8,8 Prozent auf 3 600 an. Leicht verletzt wurden 15 321 Unfallbeteiligte, was einem Anstieg von 4,4 Prozent entspricht.

Insgesamt registrierte die Polizei von Januar bis November 120 270 Verkehrsunfälle, das waren 1,2 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2010.

151 Millionen Euro Erbschaft- und Schenkungsteuer im Jahr 2010

In Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2010 Erbschaft- und Schenkungsteuer in Höhe von zusammen 151 Millionen Euro festgesetzt. Das waren rund elf Millionen weniger als im Jahr zuvor. Der sogenannte steuerpflichtige Erwerb, d. h. die Übertragung nach Abzug der gesetzlichen Steuerbefreiungen, lag mit 867 Millionen Euro um 151 Millionen niedriger als im Jahr 2009. Insgesamt tätigten die zuständigen Finanzämter Koblenz und Kusel-Landstuhl 6 486 Steuerfestsetzungen, das waren 2 559 weniger als im Jahr zuvor.

Erbschaft- und Schenkungssteuer 2010 nach Größenklassen des steuerpflichtigen Erwerbs



Die festgesetzte Steuer für Erwerbe von Todes wegen erreichte im Jahr 2010 bei 5 300 Festsetzungen eine Höhe von 123 Millionen Euro und stieg im Vergleich zum Jahr 2009 um 2,8 Prozent an. Diesen Festsetzungen lagen Nachlässe mit einem Vermögenswert von etwas weniger als 1,2 Milliarden Euro zugrunde. Die festgesetzte Steuer für Schenkungen dagegen machte bei 1 186 Festsetzungen nur insgesamt knapp 28 Millionen Euro aus, ein Drittel weniger als im Jahr 2009. Die steuerpflichtigen Erwerbe beliefen sich für die Erwerbe von Todes wegen auf etwa 571 Millionen Euro und für die Schen-

kungen unter Lebenden auf rund 296 Millionen Euro.

Gut ein Drittel der steuerpflichtigen Erwerbe lag in einer Größenordnung von 10 000 bis unter 50 000 Euro. Auf die Größenklasse von 50 000 Euro bis unter 100 000 Euro entfielen gut 17 Prozent der Fälle. Die größten Teile der steuerpflichtigen Erwerbe und der festgesetzten Steuern entfielen mit jeweils gut einem Viertel auf die Größenklasse von 500 000 bis unter 2,5 Millionen Euro.

Die statistisch erfassten Vermögensübertragungen beliefen sich auf insgesamt 1,62 Milliarden Euro. Die

gewichtigste Vermögensart stellte dabei das übrige Vermögen mit 51 Prozent aller Übertragungen dar, welches überwiegend Guthaben bei Geldinstituten, nicht notierte Anteile an Kapitalgesellschaften sowie andere Anteile, Wertpapiere und dergleichen vereint. Weitere bedeutende Vermögensarten waren das Grundvermögen mit 25 Prozent und das Betriebsvermögen mit 23 Prozent aller Übertragungen.

Info

Weitere Informationen zum Thema Steuern finden Sie ab Seite 135 in diesem Heft.

„Gewerbe-Online“ kann Modell für ganz Deutschland sein

Mit dem Anschluss aller 210 kommunalen Gewerbeämter und aller 28 Starterzentren der Industrie- und Handels- sowie der Handwerkskammern in Rheinland-Pfalz wurde das eGovernment-Verfahren „Gewerbe-Online“ erfolgreich auf den Weg gebracht. Die beteiligten Institutionen zogen eine positive Bilanz dieses Gemeinschaftsprojekts von Landesregierung, Kammern, Kommunen und Statistischem Landesamt.

Heike Raab, Staatssekretärin im Mainzer Innenministerium, bezeichnete Gewerbe-Online als ein gelungenes Beispiel für innovative eGovernment-Lösungen. „Das Portal ist effizient, kostensparend, schnell und informativ, also modern und auf der Höhe der Zeit“, sagte die Staatssekretärin. Das zeige nicht zuletzt der 3. Preis, den das Verfahren beim eGovernment-Wettbewerb des Bundesinnenministeriums erhalten habe. Für den Federführer der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz, Arne Rössel, kann das Projekt als Vorbild für ganz Deutschland dienen, erst recht, wenn sich alle Kommunen auf einen Software-Standard hinsichtlich des aktuellsten Datenlieferformates verständigen. Der Prozess der Gewerbemeldungen in Rheinland-Pfalz stellt aus Sicht des Deutschen Industrie- und Handelskammertags eine Best-Practice-Lösung zur Umsetzung einer IT-gestützten Gewerbemeldungen in Deutschland dar. Der DIHK strebt bundesweit die vollständige elektronische Gewerbemeldung an. Für die kommunalen Spitzenverbände zeigten sich Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Neutz (Städtetag Rheinland-Pfalz) und Verbandsdirektor Winfried Manns (Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz) erfreut über die große Bereitschaft der Kommunen, an diesem Projekt mitzuwirken. Dazu habe sicherlich auch

beigetragen, dass die bereits vorhandene Software der Verwaltungen weitergenutzt werden kann.

Mit „Gewerbe-Online“ werden Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz elektronisch erfasst und schneller an die verschiedenen Empfängerstellen weitergeleitet. Insgesamt werden mit diesem System rund 320 Stellen im Land verbunden. Durch die medienbruchfreie Übermittlung der Daten werden Zeit und Kosten gespart und zugleich die Qualität der Informationen erhöht. Den Anstoß zu dem neuen Verfahren hatte das Statistische Landesamt gegeben. Wie Präsident Jörg Berres erklärt, war die Qualität der Daten durch die damaligen Übermittlungswege nicht optimal. Die Erhebungs- und Empfangsstellen hätten früher den Gewerbemeldungen teilweise unterschiedliche Wirtschaftszweignummern zugewiesen. Ein Betrieb konnte so z. B. in den Daten der Deutschen gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) anders zugeordnet sein als beim Finanzamt oder beim Statistischen Landesamt. Mit Gewerbe-Online habe sich die Datenqualität der Gewerbeanzeigenstatik verbessert, mit der sich das Gründungsgeschehen landesweit und regional detailliert darstellen lässt.

Gewerbeämter und Starterzentren verteilen die Gewerbemeldungen jetzt nicht mehr selbst an die verschiedenen Adressaten, sondern schicken sie nur noch an das Statistische Landesamt, das die richtige Wirtschaftszweignummer vergibt und die elektronische Weiterverteilung übernimmt. Insgesamt erhalten so 74 Stellen die Gewerbemeldungen, darunter die Unfallversicherung, Gewerbeaufsichtsämter und Finanzämter. Schöner Nebenaspekt: Jährlich werden gut fünf Tonnen Papier eingespart.

Mikrozensus 2012: Interviewerinnen und Interviewer befragen wieder 18 000 Haushalte

Wie viele Männer und Frauen in Rheinland-Pfalz gehen einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nach? Wie ist die Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen von Haushalten und Familien? Wie viele alleinerziehende Mütter und Väter sind erwerbstätig? Antworten auf diese von Politik, Wissenschaft und Medien, aber auch von den Bürgerinnen und Bürgern, häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus.

Die Erhebung erfolgt seit 1957 jährlich bei einem Prozent aller Haushalte in ganz Deutschland.

Auch 2012 werden in Rheinland-Pfalz wieder rund 200 mit Laptops ausgerüstete Interviewerinnen und Interviewer das ganze Jahr über unterwegs sein, um 18 000 Haushalte zu befragen. Monatlich werden durchschnittlich rund 1 500 Haushalte in die Erhebung einbezogen. Die Internetseite

zum Mikrozensus (www.mikrozensus.rlp.de) informiert darüber, wann und in welchen Gemeinden des Landes die Befragung stattfinden wird. Die Interviewerinnen und Interviewer wurden sorgfältig ausgewählt und intensiv auf ihre Aufgabe vorbereitet. Sie kündigen ihren Besuch einige Tage vorher schriftlich an und können sich durch einen Ausweis des Statistischen Landesamtes legitimieren. Außerdem geben sie den Befragten auch Informationsmaterial über die Erhebung an die Hand. Die Interviewerinnen und Interviewer sind ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte, die ebenso

zur strikten Geheimhaltung verpflichtet sind, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Statistischen Landesamt.

Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Jörg Berres, appelliert an alle – insbesondere an die im Jahr 2012 erstmalig befragten Haushalte – bei der Mikrozensusbefragung mitzumachen. Nur so ist gewährleistet, dass zuverlässige Ergebnisse zustande kommen, die ein solides Fundament insbesondere für politische Entscheidungen darstellen.

Immer mehr landwirtschaftliche Betriebe wirtschaften ökologisch Neue Publikation zur Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz

Die Publikation „Die Landwirtschaft 2010“ vermittelt einen umfassenden Einblick in die Betriebs- und Produktionsstruktur der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Einen Schwerpunkt bilden hierbei ausgewählte Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010. Diese stellen aufgrund ihres umfangreichen Datenkataloges sowohl für die Auskunftspflichtigen als auch für die statistischen Ämter eine Herausforderung dar. Im Frühjahr 2011 konnte die Datengewinnung abgeschlossen und die Auswertung des umfangreichen Datenbestandes aufgenommen werden. Um in der vorliegenden Publikation in ausreichendem Maße Ergebnisse der Landwirtschaftszählung aufnehmen zu können, wurde ihr Erscheinungsdatum auf den Januar 2012 verlegt.

Die Ergebnisse zeigen die Vielfalt der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft: So wirtschafteten im Jahr 2010 die meisten landwirtschaftlichen Betriebe in den Weinbaulich geprägten Landkreisen. Die im Durchschnitt größten Betriebe befanden sich demgegenüber in den Landkreisen Kusel, Birkenfeld und im Donnersbergkreis. Viehhaltung praktizierten vorwiegend die Betriebe in der Eifel und im Westerwald. Der Ökolandbau gewinnt immer mehr an Bedeutung. Rund vier Prozent der rheinland-pfälzischen Betriebe waren im Jahr 2010 nach den Ökokriterien zertifiziert.

Diese und weitere umfangreiche Informationen über die rheinland-pfälzische Landwirtschaft enthält der Band »Die Landwirtschaft 2010«. Er gibt auf rund 270 Seiten einen umfassenden Einblick in die Struktur und die Produktion

der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Mithilfe von Karten lassen sich die Regionen des Landes miteinander vergleichen. Für ausgewählte Merkmale werden darüber hinaus entsprechende Zahlen von Deutschland und den EU-Mitgliedstaaten angeboten. Mithilfe von Zeitreihen wird schließlich die Entwicklung seit 1949 aufgezeigt.



Behandelt werden unter anderem diese Themen:

- Betriebe und Arbeitskräfte
- Bodennutzung und Ernte
- Weinbau
- Gemüse- und Obstbau
- Viehhaltung und tierische Produktion
- Forstwirtschaft

Die Veröffentlichung kann in gedruckter Form zum Preis von 11,00 Euro erworben werden bei: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Darüber hinaus steht eine PDF-Datei zum kostenlosen Download im Internet unter www.statistik.rlp.de zur Verfügung.

Verbraucherpreise im Januar 2012

Im Januar 2012 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz um 2,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit hat sich der Preisauftrieb gegenüber den letzten Monaten etwas abgeschwächt.

Die Preise für Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) stiegen binnen Jahresfrist um 7,3 Prozent (darunter Heizöl: +18 Prozent). Kraftstoffe verteuerten sich um 5,6 Prozent. In der Folge stiegen die Indexwerte für die Hauptgruppe Verkehr um 2,8 Prozent sowie für Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen um 2,9 Prozent.

Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich gegenüber Januar 2011 um 3,2 Prozent. Erneut waren es Speisefette und -öle (+9,6 Prozent), die deutlich teurer wurden. Aber auch für Fleisch und Fleischwaren (+6,6 Prozent) sowie

Fisch und Fischwaren (+6,3 Prozent) stiegen die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat spürbar. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher günstiger verlief hingegen die Entwicklung bei Obst und Gemüse. Beispielsweise verbilligten sich Birnen um 19 Prozent, Kopf- oder Eisbergsalat um 22 Prozent und Kartoffeln um 17 Prozent.

Im Vergleich zum Dezember 2011 sanken die Verbraucherpreise um 0,3 Prozent. Dabei bestimmten saisonbedingte Preissenkungen die Entwicklung in den Hauptgruppen Freizeit, Unterhaltung und Kultur (-4,2 Prozent), Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (-4,4 Prozent) sowie bei Bekleidung und Schuhen (-2,1 Prozent). Dagegen zogen die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+1,5 Prozent) merklich an.

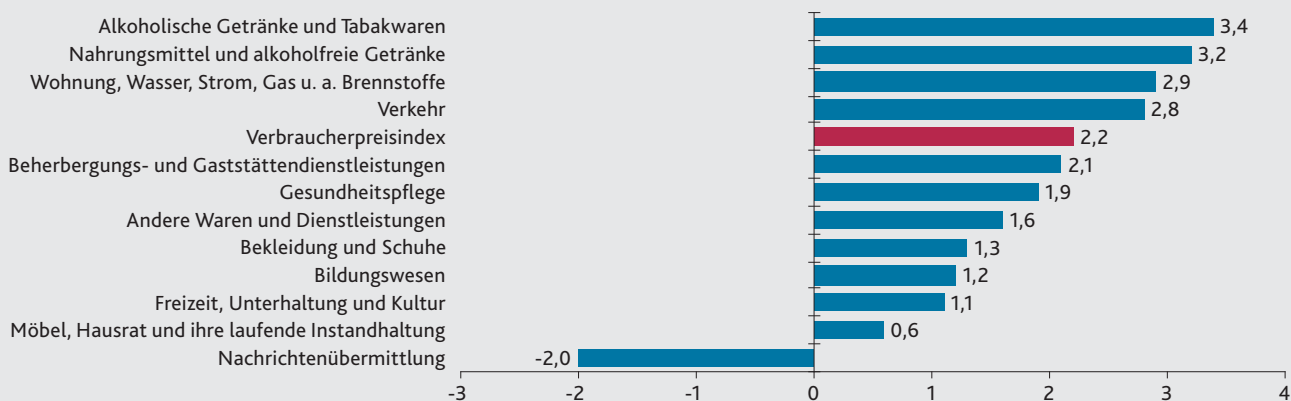
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

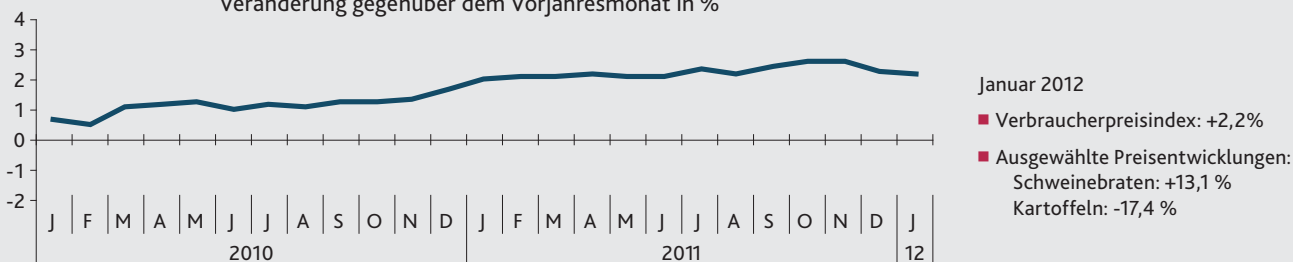
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Januar 2012

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Januar 2011 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

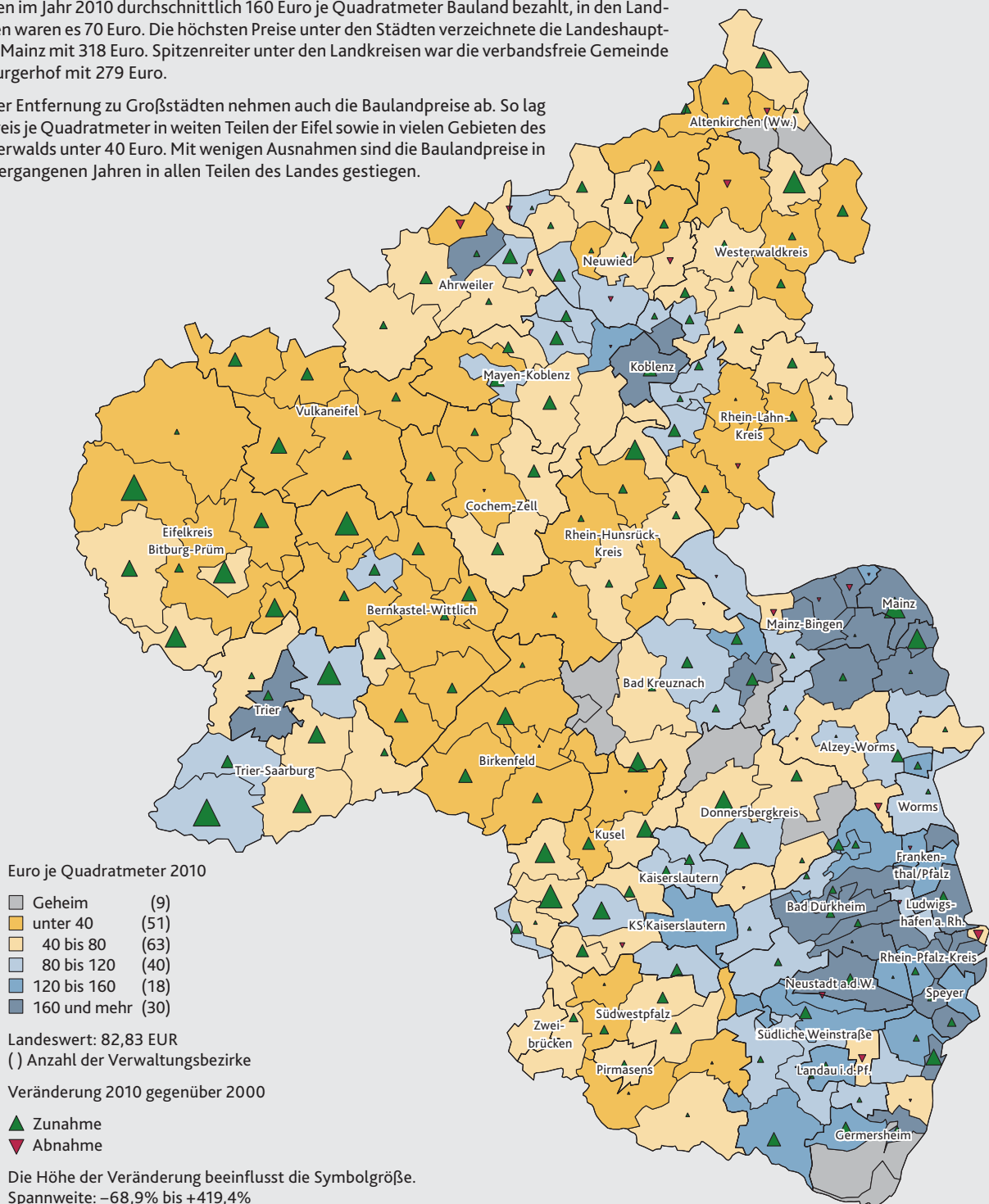


Baulandpreise 2010 nach Verwaltungsbezirken

Baulandpreise nehmen mit der Entfernung zu Großstädten ab

Bauland ist in Großstädten und deren Umland gefragt und knapp. In den kreisfreien Städten wurden im Jahr 2010 durchschnittlich 160 Euro je Quadratmeter Bauland bezahlt, in den Landkreisen waren es 70 Euro. Die höchsten Preise unter den Städten verzeichnete die Landeshauptstadt Mainz mit 318 Euro. Spitzenreiter unter den Landkreisen war die verbandsfreie Gemeinde Limburgerhof mit 279 Euro.

Mit der Entfernung zu Großstädten nehmen auch die Baulandpreise ab. So lag der Preis je Quadratmeter in weiten Teilen der Eifel sowie in vielen Gebieten des Westerwalds unter 40 Euro. Mit wenigen Ausnahmen sind die Baulandpreise in den vergangenen Jahren in allen Teilen des Landes gestiegen.



Verbraucherpreise 2011

Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent



Von Merle Hattenhauer

Die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik zählen zu den bekanntesten und meist beachteten in der amtlichen Statistik. Sie sind von elementarer Bedeutung für die Beurteilung inflationärer Tendenzen, dienen als Orientierungsmaßstab (etwa bei Tarifverhandlungen oder in vertraglichen

Vereinbarungen über die Höhe von wiederkehrenden Zahlungen) sowie zur Preisbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Im Durchschnitt des Jahres 2011 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 2,3 Prozent über dem Vorjahresniveau; die Inflationsrate lag damit deutlich über dem Wert von 2010 (+1,1 Prozent). Der Jahresverlauf 2011 war geprägt von Teuerungsraten jenseits der für die Geldpolitik wichtigen Zielmarke von zwei Prozent. Der höchste Wert des Jahres wurde im Oktober und November mit jeweils +2,6 Prozent erreicht.

Die Berechnung des Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz bzw. für Deutschland (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder berechnen den Verbraucherpreisindex für Deutschland und die einzelnen Länder monatlich.

Zu diesem Zweck erheben in Rheinland-Pfalz jeweils rund um die Monatsmitte 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes die Preise für rund 750 Waren und Dienstleistungen in elf Berichtsgemeinden mit mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser). Insgesamt werden monatlich gut 20 000 Einzelpreise erhoben. Hinzu kommen Auswertungen von Katalogen, Tarifwerken, Gebührenordnungen sowie Internetangeboten.

Der Verbraucherpreisindex unterstützt Politik, Wirtschaft und auch private Nutzer in ihrer Entscheidungsfindung. So wird er bei-

Gut 20 000
Preise werden
monatlich
erhoben

spielsweise im Rahmen von Tarifverhandlungen genutzt. Private Verträge mit Wert-sicherungsklauseln basieren ebenfalls auf der Entwicklung des Index. Zudem wird die Teuerungsrate für eine Reihe weiterer Statistiken, z. B. für die Deflationierung gesamtwirtschaftlicher Größen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet.

VPI ist wichtiger Indikator zur Messung der Geldwertstabilität

Als Inflationsmaßstab dient der Verbraucherpreisindex zur Messung der Geldwertstabilität. Daran sind besonders die Ministerien, die Zentralbanken, Wirtschaftsforschungsinstitute, die Wissenschaft sowie die Medien interessiert.

Warenkorb des Verbraucherpreisindex bildet Verbrauchsstruktur ab

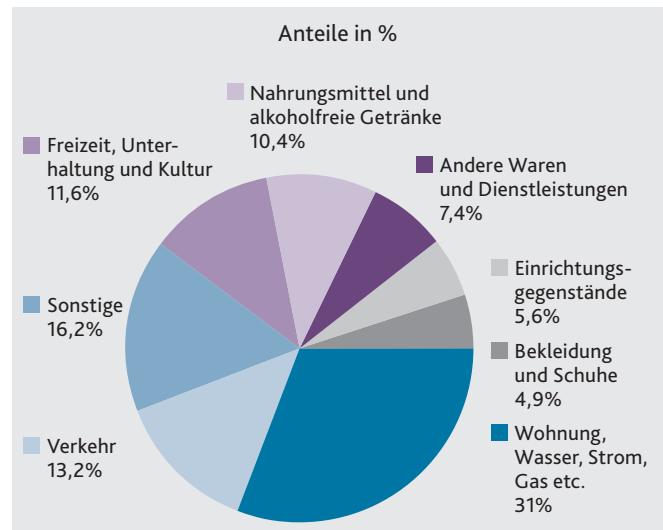
EVS und LWR als Grundlage des Warenkorbs des VPI

Die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die ihnen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Hierzu wird eine Verbrauchsstruktur, das sogenannte Wägungsschema, auf der Grundlage der Ausgaben der privaten Haushalte für die Käufe von Waren und Dienstleistungen bestimmt. Die Höhe und Struktur der Ausgaben werden durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) ermittelt.

Nach aktuellem Wägungsschema werden im Durchschnitt 31 Prozent des Haushaltsbudgets für Ausgaben rund ums Wohnen aufgewendet. Der Ausgabenanteil für Verkehr liegt bei 13 Prozent, während der Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ mit zwölf Prozent zu Buche schlägt. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke machen ein Zehntel der Verbrauchsausgaben aus und für Bekleidung und Schuhe wendet ein durchschnittlicher Haushalt in Rheinland-Pfalz fünf Prozent seines Budgets auf.

G1

Warenkorb im Basisjahr 2005 nach Güter- und Dienstleistungsgruppen



Aktuelles Basisjahr der Berechnung ist 2005

Die Berechnung des Verbraucherpreisindex erfolgt mit Hilfe des Laspeyres-Index. Diese Methode geht auf Etienne Laspeyres (1834–1913) zurück. Bei der Berechnung des Preisindex stammen die gewählten Gewichte (d. h. die Verbrauchsmengen) aus dem Basisjahr. Der Index ermittelt den Preis eines Warenkorbs in der Zusammensetzung des Basisjahres zu Güterpreisen des Berichtsjahres bezogen auf den Preis des gleichen Warenkorbs zu Güterpreisen des Basisjahres. Eine Überarbeitung des Verbraucherpreisindex erfolgt im Turnus von fünf Jahren. Im Januar 2008 erfolgte die Umstellung von der bisherigen Basis 2000 auf das Basisjahr 2005. Damit verbunden war eine Neuberechnung der Ergebnisse ab Januar 2005. Die Nutzer der Preisdaten erhalten so Zeitreihen, die über eine Spanne von mindestens drei Jahren unbeeinträchtigt von strukturellen oder methodischen Änderungen interpretiert werden können. Im Mittelpunkt der Überarbeitung des Verbraucherpreisindex steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die

Waren und Dienstleistungen: Die Anteile der Ausgaben für die verschiedenen Waren- und Dienstleistungsgruppen werden den veränderten Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte angepasst. Bis zur nächsten turnusmäßigen Überarbeitung bleibt das neue Wägungsschema konstant. Die Auswahl der konkreten Waren und Dienstleistungen für die Preiserhebung wird zwischen den Revisionsterminen angepasst (z. B. bei Wegfall von Produkten oder Berichtsstellen, Auftreten neuer Produkte oder Berichtsstellen mit schnell wachsender Verbrauchsbedeutung).

Das Wägungsschema ist repräsentativ für einen durchschnittlichen Haushalt. Den durchschnittlichen Konsumenten gibt es jedoch nur in der Theorie. Die amtlich berechnete Teuerung lässt sich daher nicht direkt auf die eigene Situation übertragen. Wer z. B. kein Kraftfahrzeug hat, wird auch kein Geld für Benzin ausgeben – Kraftstoffe gehören aber zum Warenkorb der Preisstatistik. Die Inflationsrate eines einzelnen Haushalts hängt somit in starkem Maße vom individuellen Konsumverhalten ab, d. h., wie viel Geld er für welche Güter ausgibt.

Individuelle Teuerungsrate kann vom Durchschnitt abweichen

Vom Verbraucher wahrgenommene Inflation weicht vom gemessenen Verbraucherpreisindex ab

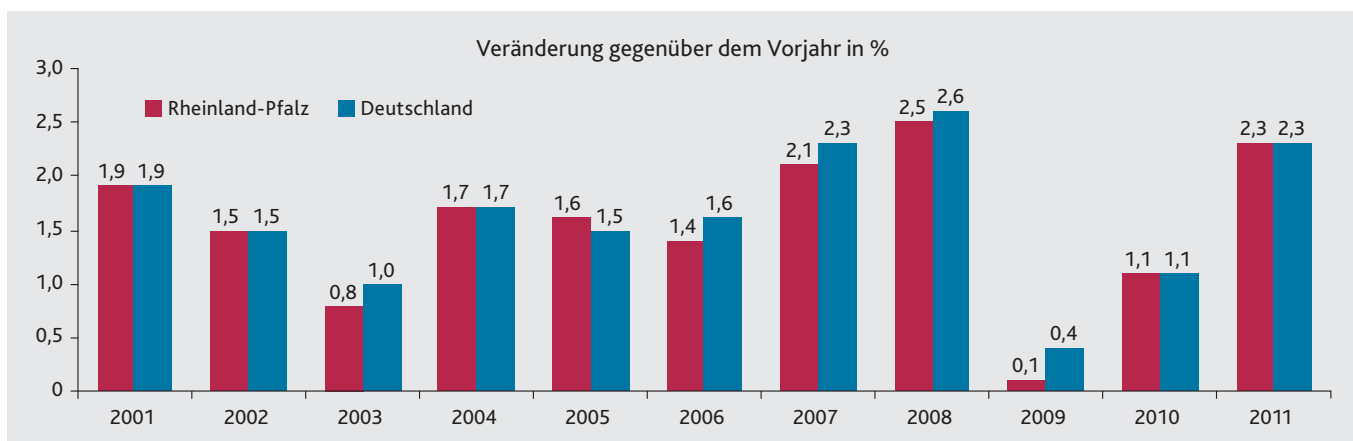
Durch eine sorgfältige Stichprobenauswahl ist gewährleistet, dass die Konsumlandschaft realistisch abgebildet wird. Die „wahrgenommene Teuerung“ dürfte allerdings für viele Menschen von der durch die amtliche Statistik berechneten Teuerungsrate abweichen. So entspricht der mit der Teuerungsrate wiedergegebene Durchschnittswert häufig nicht dem, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen.

Verbraucherpreise im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent gestiegen

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz ist im Jahresdurchschnitt 2011 gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent gestiegen. Die Teuerungsrate lag damit deutlich höher als in den beiden Vorjahren (2010: +1,1 Prozent; 2009: +0,1 Prozent) und über dem für die Geldpolitik wichtigen Schwellenwert von zwei Prozent. Eine höhere Teuerung im Jahresdurchschnitt gab es zuletzt im Jahr 2008 (+2,5 Prozent).

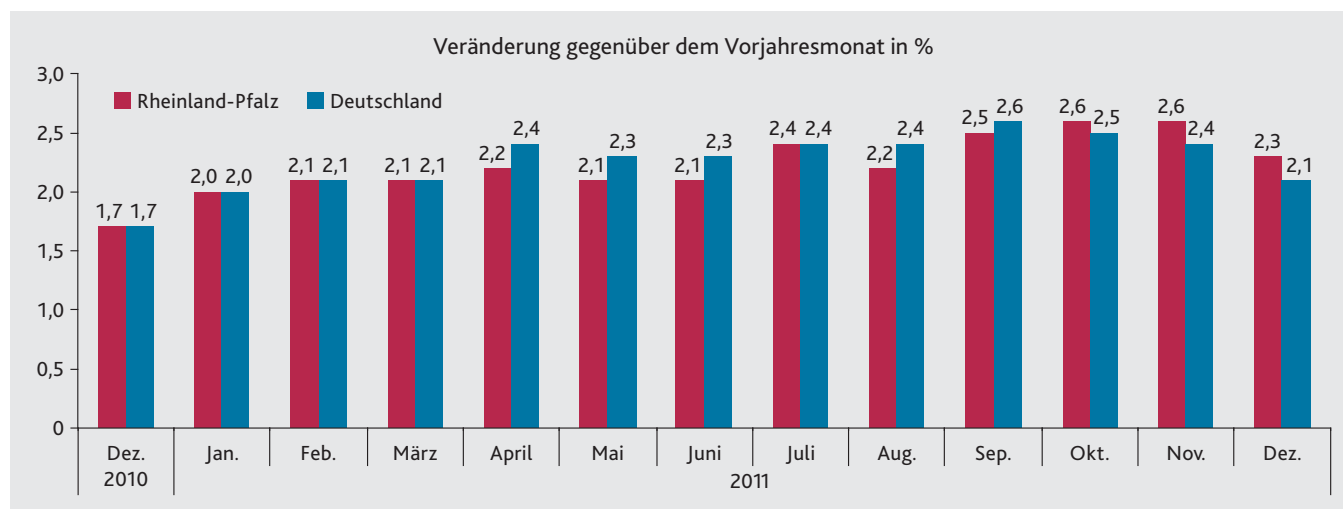
G 2

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2001–2011



G 3

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 und 2011 nach Monaten



Bundesweit erhöhte sich der Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt 2011 gegenüber 2010 ebenfalls um 2,3 Prozent. Im Jahr 2010 hatte die Inflationsrate für Deutschland noch bei +1,1 Prozent, im Jahr 2009 bei +0,4 Prozent gelegen.

Jahresteu-
rungsrate in
Rheinland-Pfalz
auf dem Niveau
des Bundes-
durchschnitts
von +2,3 Prozent

In Rheinland-Pfalz bewegte sich die Inflationsrate in der ersten Jahreshälfte 2011 zwischen +2 und +2,2 Prozent. In der zweiten Jahreshälfte war dann zunächst ein Anstieg der Teuerungsrate zu verzeichnen, wobei die höchsten Werte mit +2,6 Prozent im Oktober und November erreicht wurden. Erst im Dezember entspannte sich die Lage mit +2,3 Prozent wieder leicht.

Die Preise für die einzelnen Waren und Dienstleistungen entwickelten sich – wie im Folgenden gezeigt wird – unterschiedlich.

Preise für Heizöl und Kraftstoffe zogen deutlich an

Überdurchschnittliche Preissteigerungen ergaben sich für die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Hauptgruppe „Verkehr“ (+4 Prozent).

Dieses deutliche Plus ist vor allem durch den Anstieg der Preise für Kraftstoffe bedingt. Der Preis für Superbenzin stieg um 9,9 Prozent, Diesel war im Schnitt des Jahres 2011 um 16 Prozent teurer als 2010. Die Preise für neue Autos stiegen kaum (+0,2 Prozent), während die Anschaffung eines Gebrauchtwagens 3,7 Prozent teurer war als im Jahr 2010.

Deutlicher
Anstieg der
Kraftstoff-
preise ...

Wie der Kraftfahrerpreisindex (+4 Prozent) verdeutlicht, sind die Preise für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung im Vergleich zum Vorjahr insgesamt deutlich gestiegen.

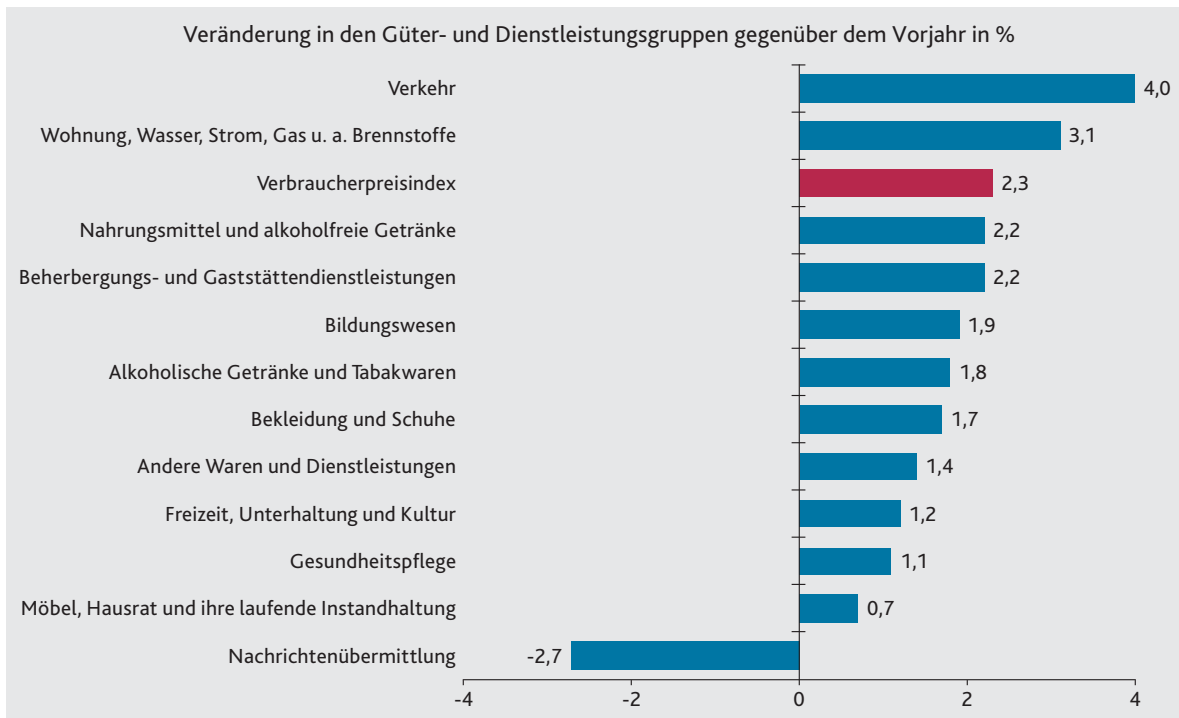
T 1

Preisspiegel für Haushaltsenergie und Kraftstoffe 2011

Güterart	Indexstand 2011 (Basis 2005=100)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Haushaltsenergie insgesamt	137,3	9,9
Gas	126,4	4,7
Zentralheizung, Fernwärme	130,7	7,7
Feste Brennstoffe (Kohle, Kaminholz)	118,5	2,3
Strom	140,8	8,4
Heizöl	153,7	25,5
Kraftstoffe insgesamt	128,5	11,3
Dieselmotorkraftstoffe	132,4	15,7
Normalbenzin	129,6	10,2
Superbenzin	126,5	9,9

G 4

Verbraucherpreisindex 2011 nach Güter- und Dienstleistungsgruppen



Die Preise für die Personenbeförderung im Straßenverkehr (z. B. öffentlicher Personennahverkehr, Taxi, Mietwagen) erhöhten sich um 1,5 Prozent, die Preise für Personenbeförderung im Schienenverkehr (z. B. Bahntickets) legten um 0,4 Prozent zu. Deutlich stärker stiegen die Preise für die Personenbeförderung im Luftverkehr (z. B. Flugreisen) mit einem Plus von 13 Prozent.

... und der
Preise für
Haushalts-
energie

Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen verteuerten sich um 3,1 Prozent. Die Preise für Gas stiegen dabei um 4,7 Prozent, die Strompreise sogar um 8,4 Prozent. Hervorzuheben ist die Preisentwicklung für Heizöl: Mit einem Anstieg von 25,5 Prozent war es im Schnitt des Jahres 2011 erheblich teurer als im Jahr zuvor.

Die Wohnungsmieten lagen um 1,1 Prozent über dem Niveau des Jahres 2010. Während die Preise für die regelmäßige Instandhal-

tung und Reparatur der Wohnung (+3 Prozent) merklich anzogen, verteuerten sich die Wasserversorgung und andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung (+0,5 Prozent) nicht wesentlich.

Ohne die Berücksichtigung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe hätte die Jahressteigerungsrate lediglich bei +1,7 Prozent gelegen.

Die Preise für Einrichtungsgegenstände (Möbel), Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt stiegen im Jahr 2011 durchschnittlich um 0,7 Prozent.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Schnitt 2,2 Prozent teurer als 2010

Obwohl die Nahrungsmittel im Ausgabenbudget eines durchschnittlichen Haushalts nicht an erster Stelle stehen, sind doch gerade deren Preise und ihre Entwicklung

Speisefette
und -öle im
Jahresdurch-
schnitt deut-
lich teurer

im Fokus der Öffentlichkeit. Die Preise in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ stiegen 2011 durchschnittlich um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei den einzelnen Teilindizes zeigten sich recht unterschiedliche Veränderungsraten. Insbesondere Speisefette und -öle (+13 Prozent) verteuerten sich deutlich.

Auch die Preise für Molkereiprodukte und Eier (+4,7 Prozent), Fische und Fischwaren (+4 Prozent) sowie Fleisch und Fleischwaren (+2 Prozent) zogen an. Obst war 2,6 Prozent teurer, Gemüse jedoch 5,6 Prozent günstiger als im Vorjahr.

Die Preise für alkoholfreie Getränke (+5 Prozent) erhöhten sich überdurchschnittlich. Dies ist insbesondere auf den deutli-

chen Preisanstieg für Kaffee, Tee und Kakao (+9,2 Prozent; darunter Kaffee: +15 Prozent) zurückzuführen, während sich Mineralwasser, Säfte und Limonade (+3,3 Prozent) nur leicht überdurchschnittlich verteuerten. Die Preise für alkoholische Getränke kletterten im Jahresdurchschnitt um zwei Prozent, wobei die Preise für Wein (+2,9 Prozent) stärker anzogen als für Bier (+1,8 Prozent) oder für Spirituosen (+0,7 Prozent).

Unterdurchschnittlich fiel die Teuerung von Tabakwaren (+1,6 Prozent) aus, wobei hier die Entwicklung bei einzelnen Produkten ungleichmäßig verlief. So waren etwa Zigaretten ein Prozent, Tabak jedoch vier Prozent teurer als im Vorjahr.

Preise für Tabak-
waren steigen
um 1,6 Prozent

T 2

Preisspiegel ausgewählter Nahrungs- und Genussmittel 2011

Güterart	Indexstand 2011 (Basis 2005=100)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Tomaten	101,2	-15,6
Dauerwurst	103,4	-3,5
Speisekartoffeln	143,7	-1,8
Nudeln	108,7	-0,8
Mineralwasser	106,9	-0,6
Pizza (tiefgefroren oder frisch)	104,7	-0,3
Schokolade in Tafeln	121,2	0,3
Weintrauben	133,3	0,5
Reis	121,2	0,8
Bananen	88,6	1,6
Eier	124,4	1,6
Brötchen	115,7	1,8
Bier	108,7	1,9
Roggen- oder Mischbrot	111,8	2,0
Joghurt	121,2	2,5
Weißwein	120,4	3,4
Tafeläpfel	116,7	3,7
Mehl	132,5	4,2
Schweinebraten	103,2	5,4
Frische Vollmilch	112,3	5,4
Emmentaler o. a. Hartkäse	106,7	6,1
Rinderrouladen	116,0	7,7
Margarine	141,4	12,1
Fruchtsaft aus Kernobst	124,0	12,9
Butter	144,2	13,7
Bohnenkaffee	124,3	15,1

Verbraucherfreundliche Entwicklung im Bereich Nachrichtenübermittlung

Der für die Verbraucherinnen und Verbraucher positive Trend im Bereich der Nachrichtenübermittlung setzte sich auch im Jahr 2011 fort. Im Durchschnitt sanken die Preise im Vergleich zu 2010 um 2,7 Prozent.

Die Preise für Post- und Kurierdienstleistungen gaben mit 0,6 Prozent leicht nach, während sich einzelne Produkte wie z. B. Prepaid-Handys (-14,5 Prozent) deutlich verbilligten.

Gebühren für Studium, Lehrgänge und Kurse gestiegen

Nachdem durch die Abschaffung der Kindergartenbeiträge in Rheinland-Pfalz der Indexwert in der Hauptgruppe Bildungswesen 2010 deutlich zurückgegangen war, ist er im Verlauf des vergangenen Jahres wieder leicht gestiegen. Mit einem Plus von 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr lag der Anstieg jedoch unter der Veränderungsrate des Gesamtindex. Nahezu unverändert

blieben die Preise für Sprachunterricht an Privatschulen (–0,3 Prozent). Preiserhöhungen waren hingegen bei den Gebühren für Lehrgänge, Volkshochschulkurse sowie das Hochschulstudium (+4,2 Prozent) zu verzeichnen.

Höhere Preise für „Gesundheitspflege“

Der Preisindex der Hauptgruppe „Gesundheitspflege“ stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent. Zur Gesundheitspflege zählen neben pharmazeutischen Erzeugnissen auch andere medizinische Produkte, therapeutische Geräte und Ausrüstungen, ärztliche Dienstleistungen, zahnärztliche Dienstleistungen, Dienstleistungen nichtärztlicher Gesundheitsdienstberufe sowie stationäre Gesundheitsdienstleistungen. Dabei erhöhten sich die Preise für ambulante Dienstleistungen im Durchschnitt geringfügig um 0,6 Prozent, während die Preise für stationäre Dienstleistungen unverändert blieben. Allerdings gehen in dieses Ergebnis bei gesetzlich Versicherten nur die Zuzahlungen ein. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind Sozialbeiträge und deshalb nicht Bestandteil der Verbrauchsausgaben.

Bekleidung und Schuhe stiegen im Preis

Bekleidung 1,9
Prozent teurer
als 2010

Für Bekleidung und Schuhe stiegen die Preise insgesamt durchschnittlich um 1,7 Prozent. Während die Preise für Bekleidung 1,9 Prozent über dem Vorjahresniveau lagen, war bei Schuhen ein Preisanstieg von 1,4 Prozent zu verzeichnen.

Sonderverkäufe zum Saisonwechsel haben einen großen Einfluss auf die Preisentwicklung bei Bekleidung und Schuhen innerhalb eines Jahres. Im Februar wird der Tiefpunkt zum Ende des Winters erreicht. Danach steigen die Preise für die Sommermode wieder

an, bis der Schlussverkauf im Juli/August wieder für Preisnachlässe sorgt. Der Wechsel zur Wintermode ist wiederum mit einem Preisanstieg verbunden.

Deutliche saisonale Einflüsse bei „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“

In den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ sind deutliche saisonale Schwankungen üblich. Im Jahresdurchschnitt 2011 stiegen die Preise für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ um 1,2 Prozent, die Preise für „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ um 2,2 Prozent. Verbraucherinnen und Verbraucher mussten saisonüblich zu Beginn der Sommerferien deutlich mehr für Reisen zahlen. Im Jahresdurchschnitt waren Pauschalreisen 2,9 Prozent teurer als im Jahr 2010.

Preise für
Pauschalreisen
steigen um
2,9 Prozent

Die Preisrückgänge bei audiovisuellen, fotografischen und Informationsverarbeitungsgeräten sowie deren Zubehör waren mit 4,6 Prozent noch deutlicher als 2010 mit –2,8 Prozent. Zu nennen sind hier beispielsweise Digitalkameras (–9,3 Prozent), Fernseher (–11 Prozent) sowie Netbooks und Notebooks (–16 Prozent).

Freizeit- und Kulturdienstleistungen waren 1,1 Prozent teurer als im Jahr zuvor. Keine preisliche Veränderung zeigte sich bei den Rundfunk- und Fernsehgebühren, während die Preise für Kinoeintrittskarten um 1,4 Prozent stiegen. Verteuert haben sich auch Eintrittskarten für Vergnügungsparks (+3,2 Prozent) und Schwimmbäder (+2,5 Prozent).

Bücher verbilligten sich gegenüber 2010 um 1,6 Prozent während die Preise für Zeitungen und Zeitschriften um vier Prozent stiegen.

Bei den Beherbergungsdienstleistungen (+1,2 Prozent) machten sich vor allem die gestiegenen Preise für die Miete von Ferienwohnungen und -häusern bemerkbar (+1,5 Prozent), aber auch Übernachtungen in einem Mittelklassehotel (+0,6 Prozent) oder einem Hotel Garni (+0,6 Prozent) stiegen im Preis. Preiserhöhungen ergaben sich zudem bei Ferien auf dem Lande (+1,9 Prozent), für Übernachtungen in Jugendherbergen (+1,9 Prozent) und bei den Campingplatzgebühren (+3,2 Prozent). Überdurchschnittlich verteuerte sich der Verzehr von Speisen in Mensen und Kantinen (+6 Prozent), während die Preise in Restaurants, Cafés o. ä. um 2,3 Prozent zulegten.

Fazit

Im Durchschnitt des Jahres 2011 lag die Jahresteuerrate für Rheinland-Pfalz bei 2,3 Prozent und damit deutlich über den Werten der beiden vorangegangenen Jahre

(2010: +1,1 Prozent; 2009: +0,1 Prozent). Dabei wurden sowohl für den Jahresdurchschnitt als auch für alle Monate Werte von zwei Prozent und mehr ermittelt.

Prägend für 2011 war die Entwicklung der Energiepreise; bei einzelnen Produkten aus dem Bereich Kraftstoffe und Haushaltsenergie waren Teuerungsraten von zum Teil weit über zehn Prozent zu verzeichnen. Aber auch bei verschiedenen Teilindizes der Hauptgruppe Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke wie z. B. Speisefette und -öle, Molkereiprodukte und Eier, Fische und Fischwaren sowie bei Kaffee, Tee und Kakao waren überdurchschnittliche Preiserhöhungen festzustellen.

Merle Hattenhauer, Soziologin (M. A.), ist Referentin im Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushaltserhebungen.

Die Tourismusregion Rheinhessen



Von Romy Feldmann

Die Tourismusregion Rheinhessen verzeichnete im Jahr 2010 einen neuen Gästerekord. Mit rund 776 500 Gästeankünften kam fast jeder zehnte Gast in Rheinland-Pfalz nach Rheinhessen. Die Zahl der Übernachtungen lag in der vom Geschäftstourismus geprägten Tourismusregion bei

1,3 Millionen, das entspricht einem Anteil am Land von 6,1 Prozent. Die am stärksten frequentierten Tourismusorte der Region sind die Städte Mainz, Worms und Bingen am Rhein.

Dieser Beitrag enthält einen Auszug aus der Statistischen Analyse „Tourismus in Rheinland-Pfalz – Strukturen und Entwicklungen im Land und in den Tourismusregionen“.

Geschichte, Wein und Kultur locken nach Rheinhessen

Die Tourismusregion Rheinhessen liegt im Südosten des Landes. Der Rhein bildet im Norden und Osten die natürliche Grenze zu Hessen, im Süden grenzt die Region an die Pfalz, im Westen an das Nahetal und das Rheintal. Gemessen an den Sonnenstunden zählt Rheinhessen zu den wärmsten Regionen Deutschlands. Das nutzten schon die Römer und kultivierten hier Reben. Bis heute wird das Landschaftsbild neben dem Rhein auch vom Wein bestimmt. Rund 26 300 Hektar bestockte Rebfläche machen Rheinhessen zum größten Weinbaugebiet Deutschlands. Zahlreiche Weinfeste und die Möglichkeit von Rad- und Wandertouren laden nach Rheinhessen ein.

Die Verbindung von außergewöhnlicher Natur und über 2000-jähriger Kultur lockt Menschen aus aller Welt nach Rheinhessen.

Wichtige Anziehungspunkte sind z. B. Bauwerke aus den vergangenen Jahrhunderten, wie die Kaiserdome in Mainz und Worms oder der Nibelungenturm in Worms. Ebenso ziehen die vielfältigen kulturellen Veranstaltungen in der Region die Gäste nach Rheinhessen.

Darüber hinaus bilden die Geschäftsreisenden eine wichtige Besuchergruppe. Hier spielen größere Unternehmen in der Region, die Ministerien und Ämter in den Landeshauptstädten Mainz und Wiesbaden, die gut ausgebauten Verkehrswege und insbesondere die Nähe zum Flughafen Frankfurt eine entscheidende Rolle.

Gemessen an der Fläche gehört die Tourismusregion Rheinhessen zu den eher kleineren Regionen des Landes. Sie erstreckt sich über ein Gebiet von 1286 Quadratkilometern und damit gut 6,5 Prozent der Landesfläche von Rheinland-Pfalz. In den 127 rheinhessischen Gemeinden leben derzeit

Geschäftstourismus spielt große Rolle

592 900 Menschen; das sind 15 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes. In Mainz leben knapp 200 000 Einwohner, in Worms 81 700 und in Bingen am Rhein 24 300 Einwohner. Die drei größten Städte sind gleichzeitig auch die beliebtesten Reiseziele der Tourismusregion.

Landeshauptstadt zieht die meisten Gäste nach Rheinland-Pfalz

Mainz
am Rhein

Mit 775 900 Übernachtungen jährlich ist die Landeshauptstadt Mainz das beliebteste Reiseziel nicht nur in der Tourismusregion Rheinhessen, sondern in ganz Rheinland-Pfalz. Ein besonderer Besuchermagnet ist die Fastnachtszeit. Aber auch in den übrigen Monaten ziehen zahlreiche Feste, wie zum Beispiel das Johannisfest, und viele weitere kulturelle Veranstaltungen Gäste in die Stadt. So wird beispielsweise im Staatstheater in Mainz ein Drittel aller öffentlichen Theatervorführungen im Land veranstaltet.

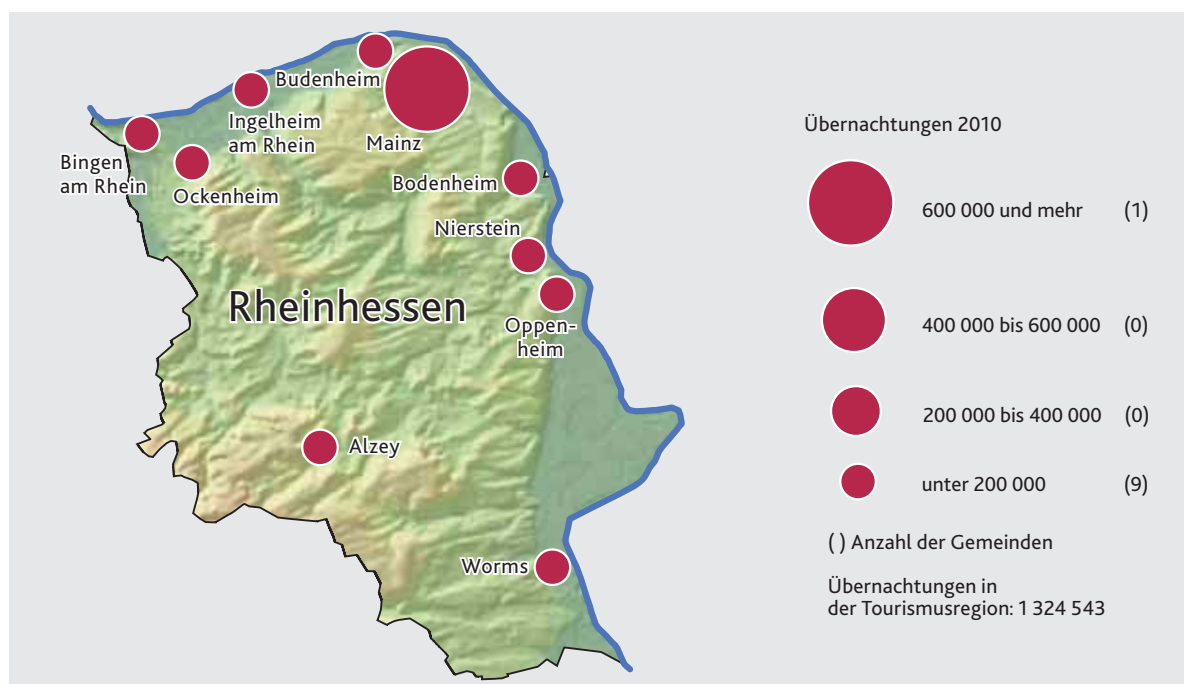
K 1

Tourismusregionen in Rheinland-Pfalz



K 2

Die zehn Orte mit den höchsten Übernachtungszahlen in der Tourismusregion Rheinhessen 2010



T 1

Tourismusregion Rheinhessen 2010

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz	Rheinhessen	Rang in Rheinland-Pfalz	Anteil an Rheinland-Pfalz in %
Gästekünfte	Anzahl	7 885 501	776 531	5	9,8
Übernachtungen	Anzahl	21 700 612	1 324 543	7	6,1
Inland	Anteil in %	76,8	76,4	6	x
Ausland	Anteil in %	23,2	23,6	4	x
Gästeintensität	je 1 000 Einwohner	1 970	1 310	7	x
Übernachtungsintensität	je 1 000 Einwohner	5 420	2 234	9	x
Durchschnittliche Verweildauer	in Tagen	2,8	1,7	9	x
Betriebe ¹	Anzahl	3 552	208	6	5,9
Betten	Anzahl	191 696	11 052	7	5,8
Hotellerie	Anteil in %	53,6	88,1	1	x
Privatquartiere	Anteil in %	19,8	5,4	9	x
Sonstige Beherbergungsbetriebe	Anteil in %	26,6	6,5	9	x
Durchschnittliche Betriebsgröße ¹	Betten je Betrieb	43,3	50,3	2	x
Bettenauslastung	in %	31,0	32,8	3	x
Bevölkerung	Anzahl	4 003 745	592 944	2	14,8
Gebietsfläche	km ²	19 854	1 286	7	6,5

1 Ohne Privatquartiere.

Die Stadt bietet aber noch viele weitere Anziehungspunkte wie zum Beispiel die Kirche St. Stephan mit ihren Chagall-Fenstern oder das Gutenberg-Museum.

Worms Ein Höhepunkt im Kulturkalender sind die Nibelungenfestspiele in Worms. Jährlich werden verschiedene Inszenierungen des Nibelungenliedes vor dem Dom St. Peter aufgeführt. Auch der älteste jüdische Friedhof Europas zieht viele Gäste in die Stadt. Mit 125 000 Übernachtungen steht Worms auf Platz zwei der beliebtesten Orte in Rheinhessen.

Bingen am Rhein Auf Rang drei liegt Bingen am Rhein. Zusammen mit dem hessischen Rudesheim am Rhein bildet es das südliche Tor zum UNESCO Welterbe „Oberes Mittelrheintal“. Die landschaftlich reizvolle Lage und die guten Verkehrsanbindungen führten 2010 an der alten Wirkungsstätte von Hildegard von Bingen zu 91 900 Übernachtungen.

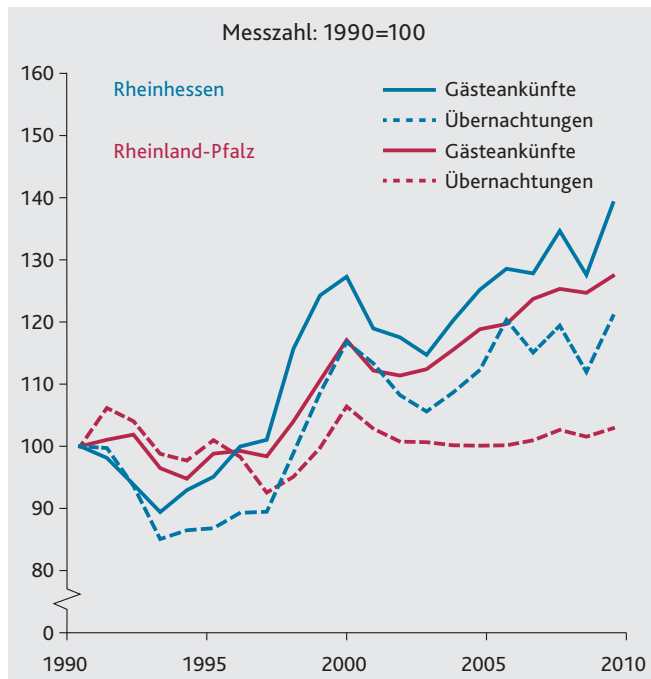
Stärkste Entwicklung aller Tourismusregionen seit Anfang der 90er-Jahre

Im Jahr 2010 kamen 776 500 Übernachtungsgäste in die Tourismusregion Rheinhessen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich ihre Zahl damit um 9,1 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen stieg um acht Prozent auf 1,3 Millionen. Rheinhessen wurde aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Metropolregion Rhein-Main im Jahr 2009 stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen. Die Gäste- und Übernachtungszahlen sanken 2009 insbesondere aufgrund ausbleibender Geschäftsreisender deutlich. Insofern handelt es sich bei den enormen Zuwächsen 2010 auch um einen statistischen Basis-effekt. Betrachtet nach Herkunftsländern gab es im Jahr der Krise die stärksten Einbrüche bei der Zahl der Reisenden aus China und Großbritannien. Die Zahl der Gäste aus diesen Ländern und deren Übernachtungen

2009 blieben Geschäftsreisende fern

G 1

Gästeankünfte und Übernachtungen
in der Tourismusregion Rheinhessen und
in Rheinland-Pfalz 1990–2010



schrumpften jeweils um rund ein Drittel. Wird für alle Besucherinnen und Besucher als Vergleichsjahr 2008 gewählt, verbleiben Zuwächse bei den Gästezahlen von 3,3 Prozent und bei den Übernachtungen von 1,3 Prozent.

Fast 40 Prozent mehr Gäste als vor 20 Jahren

Im längerfristigen Vergleich fällt die Bilanz der Tourismusregion Rheinhessen sehr positiv aus: Zwar blieb die Entwicklung der Tourismusregion in der ersten Hälfte der 90er-Jahre hinter dem Landesdurchschnitt zurück, aber ab Ende der 90er-Jahre überholte Rheinhessen das Land sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen. Zwischen 1990 und 2010 stieg die Zahl der Gäste in Rheinhessen um fast 40 Prozent; in Rheinland-Pfalz fiel der Zuwachs mit +27 Prozent deutlich geringer aus. Die Zahl der Übernachtungen legte in der Region um 21 Prozent zu; in Rheinland-Pfalz gab es hingegen nur ein Plus von knapp drei Prozent.

Übernachtungszahlen aufgrund der Geschäftsreisen über das Jahr relativ konstant verteilt

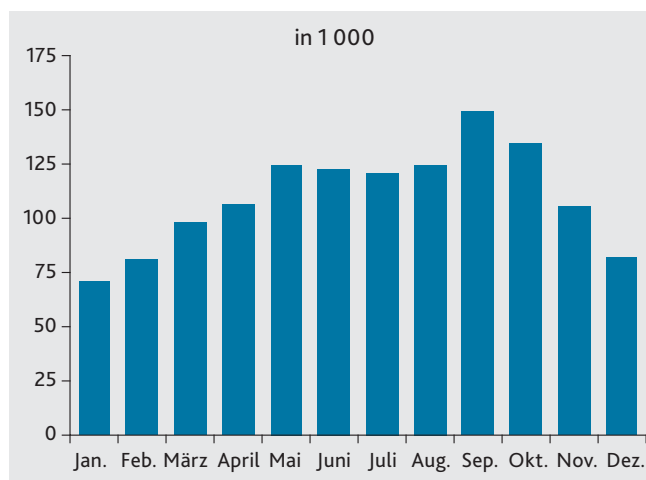
Im Vergleich zu den anderen Tourismusregionen des Landes sind die Übernachtungszahlen in Rheinhessen gleichmäßiger über das Jahr verteilt. Zwar werden auch hier die meisten Übernachtungen in den Monaten Mai bis Oktober gezählt, dennoch liegen die Zahlen in den kälteren Monaten nicht so weit unter dem Durchschnitt des Jahres wie in den anderen Landesteilen. So werden in den ersten drei Monaten des Jahres in Rheinhessen etwa 76 Prozent des Jahresdurchschnitts erreicht, in Rheinland-Pfalz insgesamt sind es dagegen nur 57 Prozent. Zu Jahresbeginn spielt dabei die Fastnachtszeit eine Rolle. Im Allgemeinen spiegeln diese konstanten Zahlen aber auch die hohe Bedeutung des Geschäfts- und Veranstaltungstourismus in der Region wider.

Dieser findet sich auch in der unterdurchschnittlichen Verweildauer in der Region. Während die Besucherinnen und Besucher in Rheinland-Pfalz im Schnitt 2,8 Tage verweilen, bleiben sie in Rheinhessen nur

Kürzeste Verweildauer im ganzen Land

G 2

Übernachtungen in der Tourismusregion Rheinhessen 2010 nach Monaten



1,7 Tage. Das ist über alle Tourismusregionen betrachtet die kürzeste Aufenthaltsdauer. Bereits vor 20 Jahren wies Rheinhessen den niedrigsten Wert der Regionen aus, damals blieben die Gäste im Durchschnitt aber noch zwei Tage.

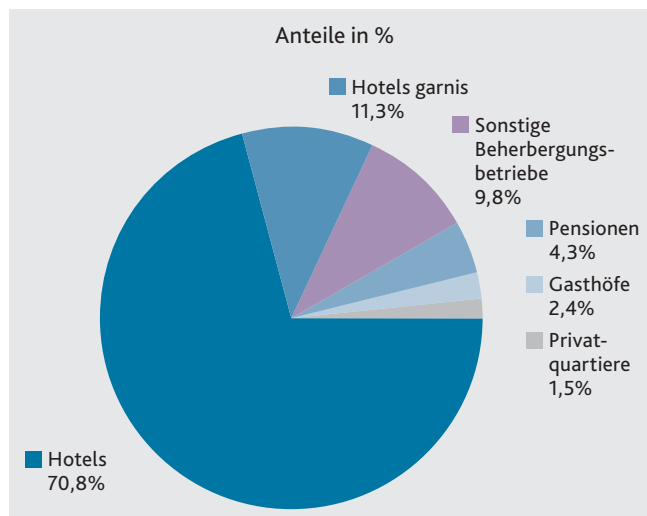
Überragende Bedeutung der Hotels nimmt weiter zu

Die Hotellerie hat in der Region Rheinhessen eine außerordentlich große Bedeutung. Mit einem Anteil von 77 Prozent der Gäste und 71 Prozent aller Übernachtungen im Jahr 2010 liegen die Hotels mit weitem Abstand an der Spitze der beliebtesten Betriebsarten. Auch dies dürfte seine Ursache in dem hohen Anteil an Geschäftsreisenden und Veranstaltungstouristen haben, die eher in Hotels übernachten. Zusammen mit den Hotels garnis (elf Prozent), Pensionen (4,3 Prozent) und Gasthöfen (2,4 Prozent) entfallen damit neun von zehn Übernachtungen in Rheinhessen auf die Hotellerie. Dagegen spielen die sonstigen Beherbergungsbetriebe (9,8 Prozent) sowie die Privatquartiere und Kleinbetriebe mit weniger als neun Betten (1,5 Prozent), die im Land von größerer Bedeutung sind und in der Regel längere Verweildauern aufweisen, nur eine untergeordnete Rolle.

Gegenüber 1990 blieb der Anteil der Hotellerie in etwa unverändert. Allerdings gab es innerhalb dieser Kategorie Strukturverschiebungen zwischen den einzelnen Betriebsarten. Die Hotels konnten ihre dominierende Stellung in Rheinhessen weiter ausbauen. Die Zahl der Übernachtungen in Hotels ist um 34 Prozent auf zuletzt 938 200 gestiegen. Deutliche Zunahmen gab es auch bei den Pensionen. Dagegen verloren die Hotels garnis 34 Prozent und zählten 2010 nur noch 149 200 Übernachtungen. Die Besu-

G 3

Übernachtungen in der Tourismusregion Rheinhessen 2010 nach Betriebsarten



cherinnen und Besucher wählten auch seltener Gasthöfe für Ihre Übernachtungen. Im Jahr 2010 wurden mit 31 700 rund 20 Prozent Übernachtungen weniger in Gasthöfen gezählt als noch 1990.

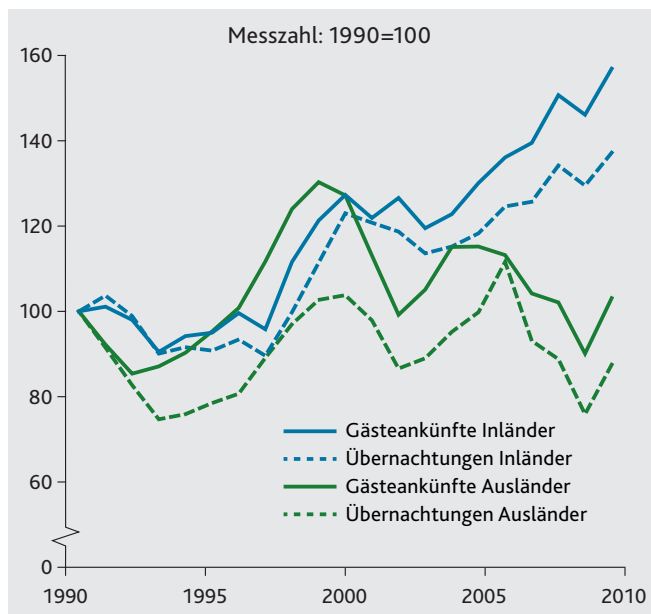
Die Privatquartiere stellten auch schon vor 20 Jahren mit nur 3,3 Prozent einen sehr geringen Beitrag zum Übernachtungsvolumen. Dennoch büßten sie seitdem fast die Hälfte ein und kamen zuletzt auf nur noch 19 400 Übernachtungen. Die sonstigen Beherbergungsbetriebe, zu denen beispielsweise Jugendherbergen sowie Ferienhäuser und Ferienheime gehören, konnten ihre Übernachtungszahlen um 60 Prozent erhöhen. Allerdings ist ihre Zahl in Rheinhessen sehr gering.

Privatquartiere nur mit geringer Bedeutung

Jeder fünfte ausländische Gast kommt aus den USA

Im Jahr 2010 besuchten 586 500 Gäste aus Deutschland die Tourismusregion Rheinhessen. Das waren 7,4 Prozent mehr als 2009. Die Zahl der Übernachtungen dieser Gäste erhöhte sich um 5,9 Prozent auf 1,01 Millionen.

G 4

 Gästeankünfte und Übernachtungen
in der Tourismusregion Rheinhessen 1990–2010
nach Herkunft


Kräftige Sprünge gab es 2010 bei der Zahl der ausländischen Reisenden. Insgesamt kamen 190 100 Gäste aus dem Ausland, deren Übernachtungen summierten sich auf 312 900; das sind 14 bzw. 15 Prozent mehr als im Vorjahr. In diesen hohen Zuwachsraten kommen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zum Vorschein. Die Zahl der ausländischen Touristen war 2009 gegenüber 2008 um zwölf Prozent, die Zahl der Übernachtungen um 15 Prozent eingebrochen. Wird 2008 als Vergleichsjahr herangezogen, ergeben sich ein Gästeplus von einem Prozent und ein Rückgang bei den Übernachtungen von 1,5 Prozent. Die Rheinhessen konnten das Krisenjahr demnach bei den Gästen bereits wieder ausgleichen und sind bei den Übernachtungen auf gutem Wege.

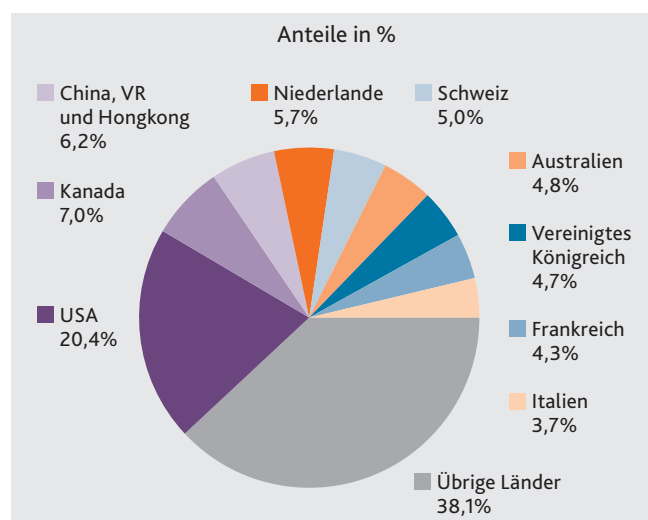
Gäste aus
Polen bleiben
am längsten

Die ausländischen Gäste verweilen im Schnitt 1,6 Tage und liegen damit leicht unter der mittleren Aufenthaltsdauer von inländischen Gästen (1,7 Tage). Zwischen den einzelnen Herkunftsländern gibt es

dabei jedoch deutliche Unterschiede: Während die Polinnen und Polen im Schnitt mit 4,3 Tage am längsten in Rheinhessen verweilen, bleiben die Gäste aus Kanada und der Volksrepublik China nur 1,1 Tage.

Die Herkunft der ausländischen Gäste in Rheinhessen unterscheidet sich deutlich von den übrigen Tourismusregionen. Die größte Gruppe stellen in Rheinhessen mit weitem Abstand die Gäste aus den USA. Im Jahr 2010 kamen 41 600 Reisende und damit jeder fünfte ausländische Gast aus den USA. Die Kanadierinnen und Kanadier stellen mit rund 19 500 Gästen die zweitgrößte Gruppe unter den Gästen aus dem Ausland, ihr Anteil beträgt zehn Prozent. Die Chinesinnen und Chinesen folgen mit 17 300 Gästen an dritter Stelle (9,1 Prozent). Die für den rheinland-pfälzischen Tourismus sehr bedeutenden Gäste aus den Niederlanden und Belgien belegen mit sechs bzw. drei Prozent die Ränge vier und elf. Diese Besucherinnen und Besucher verbringen ihren Urlaub eher in Feriententren, von denen es in der Tourismusregion Rheinhessen jedoch keine gibt.

G 5

 Übernachtungen ausländischer Gäste
in der Tourismusregion Rheinhessen 2010
nach Herkunftsländern


Im langfristigen Vergleich seit 1990 erhöhte sich die Zahl der inländischen Gäste deutlich stärker als die der ausländischen Besucherinnen und Besucher. Zwar stiegen die Gästezahlen bis Ende der 90er-Jahre in gleichem Ausmaß, mit Beginn des neuen Jahrhunderts kamen aber wieder weniger Gäste aus dem Ausland und mehr aus dem Inland nach Rheinhessen. Insgesamt stieg die Zahl der Inländerinnen und Inländer über den Zeitraum der vergangenen 20 Jahre um 57 Prozent und die der Ausländerinnen und Ausländer nur um drei Prozent. Bei den Übernachtungen gehen die Entwicklungen sogar in entgegengesetzte Richtungen. Während die inländischen Reisenden 2010 rund 37 Prozent mehr Übernachtungen als 1990 buchten, waren es bei den Ausländern 13 Prozent weniger. Auch vor 20 Jahren stellten die US-Amerikanerinnen und -Amerikaner bereits den größten Anteil an den ausländischen Gästen. Damals kamen noch 70 500 Besucherinnen und Besucher und damit jeder dritte ausländische Reisende aus den USA. Die Zahl der Gäste aus den USA sank seitdem um mehr als 40 Prozent. Eine Erklärung für diese Entwicklung könnte der Abzug US-amerikanischer Streitkräfte nach der deutschen Wiedervereinigung sein. Dass die Gesamtzahl der Reisenden aus dem Ausland trotzdem leicht zugenommen hat, liegt an den Gästen aus der Schweiz, Belgien, Österreich und den Niederlanden. Aus diesen Ländern kommen heute deutlich mehr Gäste nach Rheinhessen als noch vor 20 Jahren.

Mehrheit der Gäste stammt nicht aus Europa

Bei der Zusammenfassung aller Herkunftsländer nach Kontinenten fällt auf, dass mit einem Anteil von 56 Prozent die Mehrheit der Gäste in Rheinhessen nicht aus Europa stammt. In den anderen rheinland-pfälzischen Tourismusregionen überwiegen hingegen die Besucherinnen und Besucher aus europäischen Ländern deutlich. Im Landes-

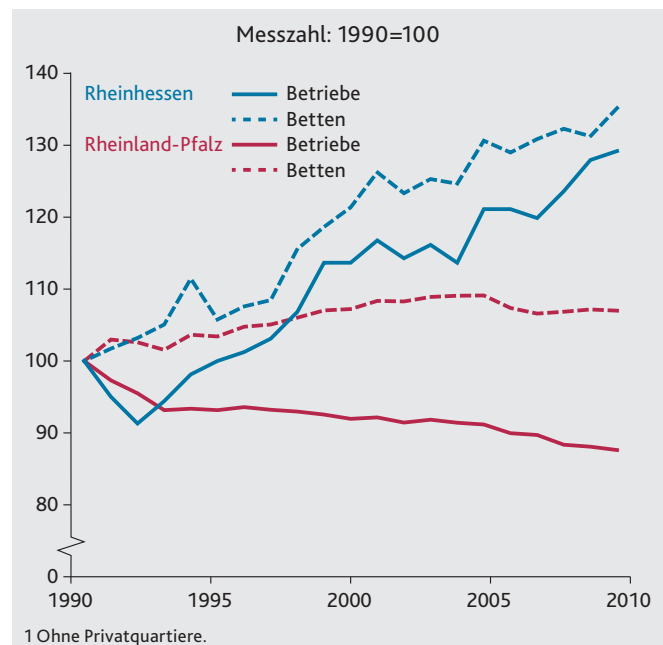
durchschnitt kommen lediglich 18 Prozent der Gäste aus Ländern außerhalb Europas.

Hotels sind auch bei den Gästen aus dem Ausland die beliebteste Betriebsart

Die Gäste der Tourismusregion Rheinhessen entscheiden sich am häufigsten für einen Aufenthalt in einem Hotel. Der Anteil der Hotels liegt bei den Übernachtungen bei 70 Prozent. Bei den ausländischen Gästen wird das Hotel mit 85 Prozent aller Übernachtungen sogar noch häufiger gewählt als bei den deutschen Gästen mit 67 Prozent. An zweiter Stelle stehen bei den Besucherinnen und Besuchern die Hotels garnis mit elf Prozent. Zwölf Prozent der inländischen und neun Prozent der ausländischen Gäste übernachteten dort. Aus Sicht der Hotels und Hotels garnis entfällt ein Viertel ihrer Übernachtungen auf Reisende aus dem Ausland. Für die Gäste aus dem Inland haben auch noch Jugendherbergen und Pensionen eine größere Bedeutung.

G 6

Betriebe und Betten¹ in der Tourismusregion Rheinhessen und in Rheinland-Pfalz 1990–2010



T 2

Tourismusregion Rheinhessen Januar bis Oktober 2011

Region	Gästeankünfte		Übernachtungen	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %
Rheinhessen	714 600	8,0	1 221 201	7,4
Inland	544 521	9,0	942 242	8,5
Ausland	170 079	5,1	278 959	4,0
Rheinland-Pfalz	7 378 138	6,6	20 060 023	4,5
Inland	5 759 838	8,0	15 558 464	5,7
Ausland	1 618 300	1,9	4 501 559	0,5

Hotellerie bestimmt Tourismusangebot in Rheinhessen

208 größere
Beherbergungs-
betriebe,
10 500 Betten

Den Gästen stehen in Rheinhessen 208 größere Beherbergungsbetriebe zur Verfügung, das sind fast sechs Prozent aller Betriebe im Land. Die rheinhessischen Beherbergungsbetriebe bieten insgesamt rund 10 500 Betten an. Den größten Anteil an den bereitgestellten Betten haben die Hotels mit 70 Prozent. Weitere elf Prozent werden von den Hotels garnis angeboten, sieben Prozent in Pensionen und fünf Prozent in Gasthöfen. Auf die sonstigen Betriebe entfallen sieben Prozent. Noch einmal 600 Betten gibt es in Privatquartieren und Kleinbetrieben mit weniger als neun Betten.

In der längerfristigen Betrachtung seit 1990 hat sich die Zahl der Beherbergungsbetriebe in Rheinhessen gegen den Landestrend um 30 Prozent erhöht. Da hauptsächlich größere Betriebe hinzukamen, stieg die Bettenkapazität in der Tourismusregion Rheinhessen sogar um 35 Prozent. Die Bettenkapazität wurde vor allem bei den Hotels und Pensionen ausgeweitet. Hotels garnis verringerten dagegen ihr Angebot um 30 Prozent.

In einem rheinhessischen Beherbergungsbetrieb stehen im Schnitt 50 Betten, das sind sieben Betten mehr als im Landes-

durchschnitt. Hier zeigt sich wieder die hohe Bedeutung der Hotels in der Tourismusregion. Diese bieten in der Regel eine größere Zahl an Betten an. Dagegen kommt den kleineren Beherbergungsstätten in Rheinhessen nur eine untergeordnete Rolle zu.

Im Schnitt
stehen in einem
Beherbergungs-
betrieb
50 Betten

Fast ein Drittel der Betten sind über das Jahr betrachtet in Rheinhessen belegt. Damit liegt die Bettenauslastung in der Tourismusregion über dem Landesdurchschnitt von 31 Prozent und an dritter Stelle in einer Rangliste der Regionen. Die Spannweite der Bettenauslastung reicht in der Tourismusregion Rheinhessen von fast zehn Prozent in den Privatquartieren bis zu 56 Prozent in den Jugendherbergen.

Überdurch-
schnittliche
Betten-
auslastung

Vor 20 Jahren war die Bettenauslastung mit 38 Prozent noch deutlich höher. Da das Angebot in Rheinhessen jedoch stärker ausgeweitet wurde als die Nachfrage gestiegen ist, sank die Auslastung der Betten.

Info

Für Smartphone-Benutzer:
Bildcode scannen, etwa mit der App „i-nigma“. So gelangen Sie direkt zu den aktuellen Informationen zum Tourismus in Rheinland-Pfalz.



Ausblick

Die positive Entwicklung der Tourismusregion Rheinhessen der vergangenen 20 Jahre setzt sich auch in den ersten zehn Monaten des Jahres 2011 weiter fort. Von Januar bis Oktober des vergangenen Jahres kamen 714 600 Übernachtungsgäste nach Rheinhessen, das ist ein Plus von acht Prozent gegenüber 2010. Am stärksten nahm dabei die Zahl der Gäste aus dem Inland zu (+9 Prozent). Aus dem Ausland kamen

5,1 Prozent mehr Gäste. Die Zahl der Übernachtungen legte um 7,4 Prozent auf 1,22 Millionen zu. Ebenso wie bei den Gästezahlen trugen auch hier die inländischen Besucherinnen und Besucher (+8,5 Prozent) stärker zum Zuwachs bei als die ausländischen (+4 Prozent).

Romy Feldmann, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat Veröffentlichungen.

Info

Ausgabe N° 22 der Reihe „Statistische Analysen“

**Tourismus in Rheinland-Pfalz –
Strukturen und Entwicklungen im Land und in den Tourismusregionen**

Ausführliche Informationen zum Tourismusgeschehen im Land finden Sie in der Statistischen Analyse „Tourismus in Rheinland-Pfalz – Strukturen und Entwicklungen im Land und in den Tourismusregionen“.

In dieser Analyse werden die Strukturen sowie die aktuellen und langfristigen Entwicklungen des rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs dargestellt.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter <http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-analysen/tourismus/tourismus2010.pdf> zur Verfügung. Die Printausgabe kann zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de



Maisanbau 2010

Mais wächst auf knapp einem Zehntel des Ackerlandes

Von Jörg Breitenfeld

Der Anbau von Mais wurde in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Zurückzuführen ist dies zum einen auf den Bau von Biogasanlagen, in denen Silomais aufgrund seiner hohen Methan- ausbeute zu Zwecken der Energieerzeugung vergärt wird. Zum anderen war zurückliegend eine gestiegene Wirtschaftlichkeit des Körnermaisbaus zu verzeichnen. Mit einem Anteilswert von 9,4 Prozent des Ackerlandes, liegt Mais aber noch deutlich unter dem des Weizens (30 Prozent). Im Vergleich mit anderen Bundesländern hat der Maisanbau in Rheinland-Pfalz eine geringere Bedeutung, im Durchschnitt der Länder erreicht der Maisanbau mittlerweile einen Anteil von über 19 Prozent. Die größten Anbauflächen für Mais sind in Rheinland-Pfalz in den Landkreisen Bitburg-Prüm (9 700 Hektar) und Germersheim (4 700 Hektar) zu finden.

Mais – weltweit eine wichtige Kultur- pflanze

Mais gehört
botanisch zum
Getreide

Weltweit gehört Mais zu den wichtigsten Kulturpflanzen; ihm kommt in der menschlichen und tierischen Ernährung eine große Bedeutung zu. Mais stammt ursprünglich aus Mexiko und gehört botanisch in die Familie der Süßgräser. Damit ist er eng mit den übrigen Getreidearten verwandt. Im Gegensatz zu anderen Getreidearten, wie Weizen oder Gerste, werden beim Maisanbau hohe Erträge erwirtschaftet. Mais weist eine gute Selbstverträglichkeit auf, d. h. er kann mehrere Jahre auf derselben Fläche angebaut werden, ohne dass es zu größeren Ertragsdepressionen kommt.

Nach der Wiederentdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus im Jahre 1492 wurde die Pflanze auch in Europa kultiviert. Wegen ihres hohen Wärmebedarfs führte der Maisanbau in Deutschland lange Zeit nur ein Schattendasein. Dies änderte sich, als es in den 70er-Jahren gelang, an hiesige Standortbedingungen angepasste Sorten zu züchten.

In Deutschland wurde Mais lange Zeit überwiegend im Rahmen der tierischen Produktion als Futtermittel eingesetzt. Die wichtigste Verwendungsform ist die Maissilage. Hierbei wird die ganze Pflanze geerntet und siliert. Bei der Verwendung als Körnermais werden die Pflanzen wie Getreide gedro-

Züchtung passt
Mais an hiesiges
Klima an

T 1

Maisanbau 1971–2010

Jahr	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Ackerland	Dauergrünland	Mais zusammen	Anteil Mais an		Davon		Rinder
					landwirtschaftlich genutzte Fläche	Ackerland	Silomais	Körnermais, Corn-Cob-Mix	
					%		ha		Anzahl
1971	808 981	497 327	245 342	9 780	1,2	2,0	5 496	4 284	738 106
1979	760 529	445 182	241 671	18 374	2,4	4,1	15 798	2 576	671 368
1983	730 002	426 556	227 987	21 476	2,9	5,0	18 022	3 454	629 364
1987	716 418	420 288	221 891	20 774	2,9	4,9	17 798	2 976	598 481
1991	711 856	415 049	221 859	18 777	2,6	4,5	15 429	3 348	535 102
1995	715 930	399 762	241 700	18 403	2,6	4,6	14 666	3 737	482 850
1999	715 831	398 938	242 762	19 803	2,8	5,0	15 363	4 440	457 228
2003	706 537	390 592	243 907	23 014	3,3	5,9	16 313	6 701	410 455
2007	715 356	396 099	248 909	28 797	4,0	7,3	22 966	5 831	382 801
2010	705 223	401 788	233 327	37 728	5,3	9,4	28 904	8 824	368 880

schen und nur die Körner geerntet. In der Schweinefütterung wird häufig Mais als Korn-Spindel-Gemisch (Corn-Cob-Mix) genutzt. Zu diesem Zweck werden nicht nur die Körner, sondern auch ein Teil der Spindeln geerntet. Dieses Korn-Spindel-Gemisch wird gemahlen und siliert. In den letzten Jahren ist die Verwendung von Maissilage zur Energieerzeugung hinzugekommen. Dies hatte eine deutliche Ausweitung der Maisanbaufläche zur Folge.

Anbau von Mais hat in den letzten Jahren wieder zugelegt

Im Jahr 2010 auf knapp 38 000 Hektar Mais angebaut

Im Jahr 1971 wurden in Rheinland-Pfalz auf knapp 10 000 Hektar Mais angebaut. Mitte der 80er-Jahre lag die Anbaufläche in einer Größenordnung von 20 000 Hektar. Im folgenden Jahrzehnt war – als Folge der abnehmenden Rinderbestände – ein Rückgang der Anbauflächen zu verzeichnen. Erst in den letzten Jahren hat die Anbaufläche wieder deutlich zugenommen. Im Jahr 2010 wurde eine Anbaufläche von 37 700 Hektar registriert. Ursächlich hierfür ist der Bau von Biogasanlagen, die mit dem Rohstoff Mais betrieben werden.

Der Maisanbau wird oftmals kritisch gesehen. Ein Aspekt, der zu dieser Einschätzung beigetragen hat, ist die hohe Verträglichkeit von Mais gegenüber Wirtschaftsdüngern, wie Gülle. Auch der Anbau mit größeren Abständen zwischen den Pflanzenreihen und die daraus resultierende Erosionsgefahr werden in diesem Zusammenhang genannt. Schließlich werden die Höhe der Maisstängel (drei Meter und mehr) und ihre dadurch bedingte Dominanz im Landschaftsbild hervorgehoben.

Vor diesem Hintergrund soll in dem vorliegenden Beitrag eine Bestandsaufnahme des Maisanbaus erfolgen.

Maisanbau hat in Rheinland-Pfalz nur moderate Bedeutung

Die Maisanbaufläche betrug im Jahr 2010 rund 37 700 Hektar. Rund drei Viertel dieser Fläche entfielen auf Silomais. Mais wurde damit auf 9,4 Prozent des rheinland-pfälzischen Ackerlandes (401 800 Hektar) angebaut. Eine größere Anbaufläche als Mais wiesen Weizen (119 900 Hektar), Sommergerste (41 100 Hektar) und Winterraps (45 700 Hektar) auf.

Ein Zehntel
des Ackerlandes
für Mais

Ein bundesweiter Vergleich des Anbaus von Mais zeigt, dass Rheinland-Pfalz mit einem Anteilswert von 9,4 Prozent am Ackerland nur einen unteren Platz einnimmt. Deutschlandweit liegt der Anteilswert mit gut 19 Prozent mehr als doppelt so hoch. Die höchsten Werte weisen Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 29 bzw. 26 Prozent auf. Mit 25 Prozent folgt Nordrhein-Westfalen vor Bayern (24 Prozent). Auch in Deutschland insgesamt ist Weizen auf dem Ackerland die mit Abstand wichtigste Fruchtart. Weizen wies im Jahr 2010 einen Anteilswert von 28 Prozent auf.

Im Norden
Deutschlands
hohe Mais-
anteile

Wird die Anbaufläche für Mais auf die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche bezogen, sinkt der Maisanteil in Rheinland-Pfalz auf 5,3 Prozent. Dies ist auf die große Bedeutung des Dauergrünlandes und der Dauerkulturen im Land zurückzuführen. Für Deutschland insgesamt sinkt der Wert auf fast 14 Prozent. Die Bundesländer mit

dem höchsten Anteilswerten bleiben Niedersachsen (21 Prozent) und Schleswig-Holstein sowie Nordrhein-Westfalen mit jeweils knapp 18 Prozent.

Ein Viertel des Maisanbaus entfällt auf den Eifelkreis Bitburg-Prüm

Regional zeigen sich in Rheinland-Pfalz deutliche Unterschiede in der Anbaubedeutung. Im Jahr 2010 wurde im Eifelkreis Bitburg-Prüm auf 9 700 Hektar Mais – überwiegend Silomais – angebaut. Das war gut ein Viertel der gesamten Maisanbaufläche des Landes. Gegenüber 1999 (2 900 Hektar) hat sich die Fläche mehr als verdreifacht. Bezogen auf das Ackerland hatte Mais einen Anteilswert von 26 Prozent im Jahr 2010. Wird die Maisanbaufläche auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Kreises bezogen, ergibt sich – wegen des hohen Dauergrünlandanteils – ein Wert von zwölf Prozent.

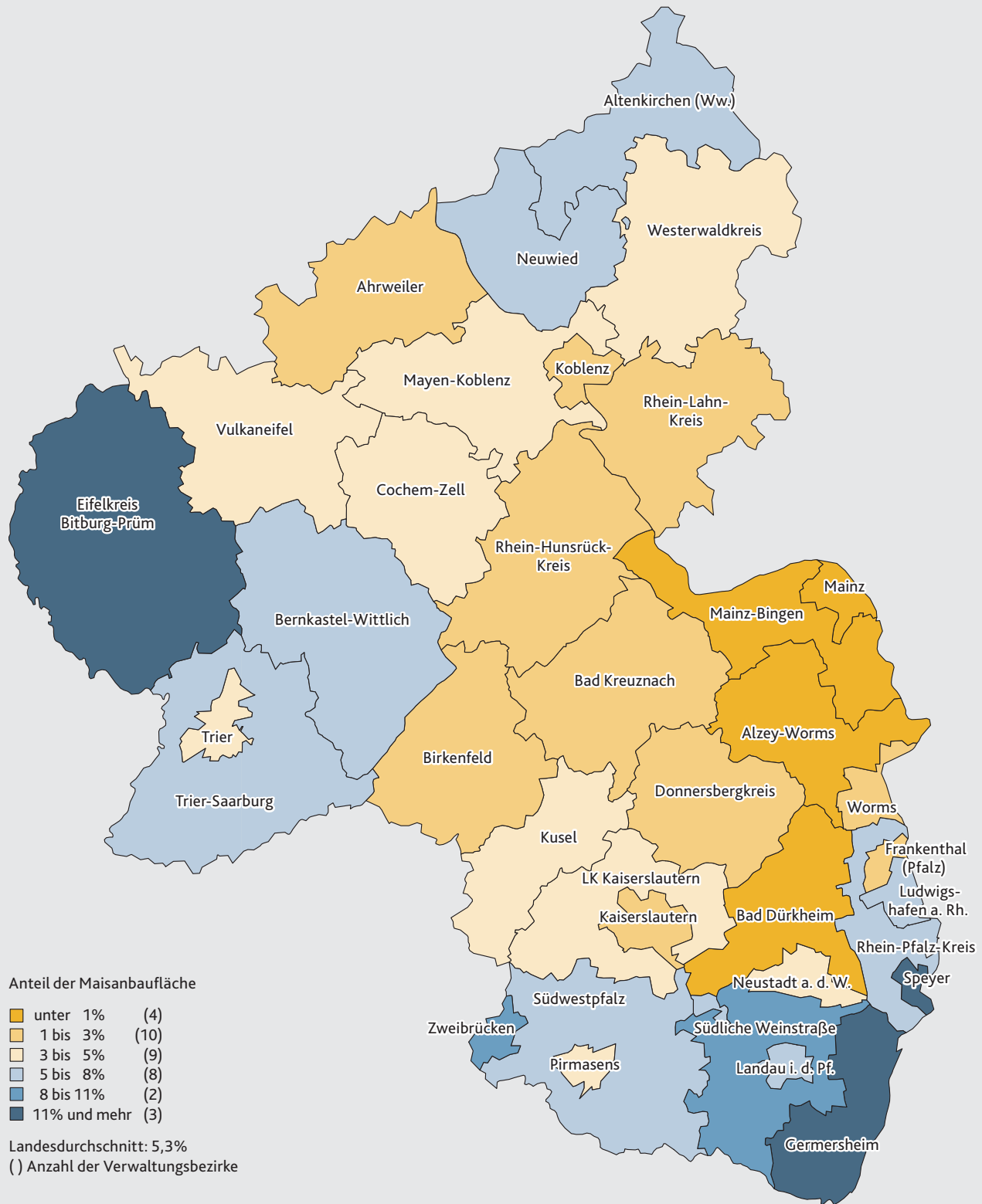
Silomais im
Landkreis
Bitburg-Prüm...

T 2

Maisanbau 2010 nach Ländern

Bundesland	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Ackerland	Mais	Anteil Mais an	
				landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Ackerland
				%	
ha					
Baden-Württemberg	1 409 988	829 272	179 245	12,7	21,6
Bayern	3 136 843	2 052 183	495 461	15,8	24,1
Brandenburg	1 323 691	1 031 907	175 914	13,3	17,0
Hessen	766 437	476 737	42 277	5,5	8,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 350 882	1 083 257	138 718	10,3	12,8
Niedersachsen	2 577 017	1 863 849	532 272	20,7	28,6
Nordrhein-Westfalen	1 463 087	1 052 326	258 161	17,6	24,5
Rheinland-Pfalz	705 223	401 788	37 728	5,3	9,4
Saarland	77 881	37 252	3 764	4,8	10,1
Sachsen	912 742	720 739	84 296	9,2	11,7
Sachsen-Anhalt	1 173 085	1 001 470	116 052	9,9	11,6
Schleswig-Holstein	995 637	674 283	176 756	17,8	26,2
Thüringen	786 762	612 929	53 545	6,8	8,7
Stadtstaaten	24 768	8 675	1 308	5,3	15,1
Deutschland	16 704 044	11 846 665	2 295 495	13,7	19,4

Anteil der Maisanbaufläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche 2010 nach Verwaltungsbezirken



Ursächlich für die Bedeutung des Maisanbaus im Eifelkreis Bitburg-Prüm sind zum einen der große Rinderbestand und zum anderen die in dieser Region in den letzten Jahren gebauten Biogasanlagen. Im Jahr 2010 entfielen 28 Prozent der 277 300 Großvieheinheiten des Landes für Rinder auf den Eifelkreis Bitburg-Prüm.

Landkreis Germersheim führend im Körnermaisbau

Mit knapp 4 700 Hektar Maisanbaufläche weist der Landkreis Germersheim im Land die zweithöchste Anbaufläche für Mais auf. Im Vergleich zu 1999 hat sich die Fläche fast verdoppelt. Seinerzeit war auf einer Fläche von knapp 2 600 Hektar Mais angebaut worden. Unter allen Landkreisen weist der Landkreis Germersheim mit 31 bzw. 27 Prozent für Mais zugleich die höchsten Anteile am Ackerland und an der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf.

...und Körnermais
im Landkreis
Germersheim

Im Gegensatz zum Eifelkreis Bitburg-Prüm wird im Landkreis Germersheim überwiegend Körnermais angebaut. Rund 87 Prozent der Maisfläche entfällt im Landkreis auf diese Nutzungsform. Aufgrund der günstigen klimatischen Bedingungen ist Körnermais eine wirtschaftlich interessante Frucht für die Landwirte. Die Rinderhaltung und die Stromerzeugung aus Biogasanlagen haben demgegenüber in diesem Landkreis kaum Bedeutung.

Über die Hälfte des Mais wächst in nur fünf Landkreisen

Auf eine Anbaufläche von mehr als 2 000 Hektar kommen noch die Landkreise Bernkastel-Wittlich (2 600 Hektar), Trier-Saarburg (2 200 Hektar) und Südliche Weinstraße (2 000 Hektar). Im Vergleich zu

Ackerzahlen

Bodenschätzung

Auf der Grundlage des im Jahr 1934 erlassenen Bodenschätzungsgesetzes (Reichsbodenschätzung) wurden alle Böden Deutschlands in einem Raster von 50 mal 50 Meter nach ihrer Ertragsfähigkeit bewertet. Der Hauptgrund für die Durchführung dieser Bodenschätzung lag in der Schaffung einer einheitlichen Besteuerungsgrundlage. Daneben spielen die Angaben auch für Versicherungen, Entschädigungszahlungen, politische Entscheidungen und Planungen eine Rolle. Für Acker- und Dauergrünland wurde jeweils ein eigener Bewertungsrahmen entwickelt, um die Ackerzahl bzw. Grünlandzahl zu ermitteln.

Für den Bewertungsrahmen von Ackerland erhielten die besten Ackerböden die Bodenwertzahl 100 und die schlechtesten die Bodenwertzahl sieben. Bei dem besten Boden handelt es sich um einen in der Magdeburger Börde gelegenen Schwarzerdeboden. In die Bewertung fließen Faktoren wie die Bodenart (z. B. Sand, Lehm, Ton), die Entstehungsart (z. B. Schwemmlandboden) und der Zustand des Bodens sowie die Klima- und Wasserverhältnisse ein. Darüber hinaus können individuelle Faktoren wie z. B. eine große Hangneigung zu Zu- oder Abschlügen führen.

Für Dauergrünland wurde ein ähnlicher Rahmen entwickelt, wobei hier das beste Grünland die Wertzahl 88 erhielt.

Die Finanzverwaltung führt auch heute noch Nachschätzungen durch, etwa wenn sich Flächen durch Erosion verschlechtern oder eine neue Bewirtschaftung (Bewässerung, Düngung, Verkehrsanschluss) eine höhere Einstufung vermuten lassen.

1999 haben die Anbauflächen in den Landkreisen Bernkastel-Wittlich und Südliche Weinstraße etwa um das Zweieinhalbfache zugenommen. Im Landkreis Trier-Saarburg hat sich die Fläche fast verdoppelt.

Auch hier zeigt sich, dass die Landwirte in den nördlichen Landesteilen überwiegend Silomais anbauen, während im Landkreis Südliche Weinstraße der Anbau von Körnermais dominiert. Die Anteile an der landwirtschaftlich genutzten Fläche liegen dabei weit unter zehn Prozent. Bezogen auf das Ackerland erhöhen sich die Anteilswerte deutlich. Im Landkreis Südliche Weinstraße wuchs Mais auf 21 Prozent des Ackerlandes. Im Landkreis Bernkastel-Wittlich wurden 16 Prozent und im Landkreis Trier-Saarburg knapp 14 Prozent für den Maisanbau genutzt. In den genannten fünf Landkreisen liegt somit über die Hälfte der rheinland-pfälzischen Anbaufläche für Mais.

Silomais wird vor allem auf ungünstigen Standorten angebaut

An der regionalen Verteilung lässt sich zudem zeigen, dass Silomais oft auf Standorten mit einem geringeren Ertragspotential angebaut wird. Er ist auf diesen Böden ökonomisch gesehen wirtschaftlicher als

andere Ackerbaukulturen. Auch finden sich in diesen Regionen oftmals größere Tierbestände. Mit durchschnittlichen Ackerzahlen zwischen 37 und 40 weisen die Landkreise Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg und Bernkastel-Wittlich unterdurchschnittliche Bodenqualitäten auf. Über deutlich bessere Böden verfügen die Landwirte in den Landkreisen Südliche Weinstraße und Germersheim mit Ackerzahlen von 75 bzw. 72. Zum Vergleich: die durchschnittliche Ackerzahl beträgt in Rheinland-Pfalz 51.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Maisanbau in den meisten Regionen des Landes keine größere Bedeutung hat und er nur regional größere Anbauanteile erreicht. Es zeigt sich auch, dass im Norden des Landes vorwiegend Silomais angebaut wird, während in der klimatisch begünstigten Rheinebene der Körnermais anbau dominiert.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft und Umwelt.

Das Steuerstatistische Gesamtsystem

Teil 1: Entstehungsgeschichte



Von Dr. Dirk Schneider

Die amtlichen Steuerstatistiken unterliegen seit mehreren Jahren einem grundlegenden Wandel. Im Jahr 2006 wurde eine Neukonzeption des Systems der Steuerstatistiken initiiert, und zwar mit dem Ziel, ein integriertes Steuerstatistisches Gesamtsystem auf der Grundlage jährlicher Bundesstatistiken zu schaffen.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Historie dieses Systems. In der nächsten Ausgabe des Statistischen Monatsheftes wird über den aktuellen Stand der Umsetzung berichtet.

Steuerstatistiken erfüllen wichtige Funktionen

Steuern sind
Hauptein-
nahmequelle
des Staates

Steuern stellen die wichtigste Einnahmequelle des Staates dar. So beliefen sich im Haushaltsjahr 2010 beispielsweise die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt auf knapp 530,6 Millionen Euro.¹ Vor diesem Hintergrund sind aktuelle und zuverlässige Daten zu den einzelnen Steuern unverzichtbar. Diese Daten werden primär durch die Steuerstatistiken bereitgestellt. Den Steuerstatistiken kommen dabei zwei bedeutende Funktionen zu: Zum einen dienen sie als eine wichtige Informations- und Entscheidungsgrundlage, insbesondere für die Beobachtung und die gezielte Steuerung der Einnahmen und der Belastungswirkungen der einzelnen Steuern. Zum anderen bilden sie die Grundlage für finanzpolitische Aufgaben wie die Durch-

führung der Lohnsteuererlegung oder die Ermittlung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer. Zu den Nutzern der Statistiken gehören insbesondere das Bundesministerium der Finanzen und die Länderfinanzministerien, daneben aber auch die Politik allgemein sowie die Verwaltung, die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Öffentlichkeit.

Rechtsgrundlagen werden veränderten Anforderungen angepasst

Steuerstatistiken wurden bereits in der Weimarer Republik (1918/19 bis 1933) eingeführt. Nach zeitweiliger Unterbrechung wurden sie zu Beginn der 50er-Jahre in praktisch unverändertem Umfang auf der Grundlage einzelner Rechtsvorschriften fortgeführt. In der Bundesrepublik Deutschland wurden sie später mit dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 erstmals auf eine gesetzliche Grundlage ge-

Steuerstatistiken haben lange Tradition

¹ Vgl. Monatsbericht des BMF, Juli 2011, S. 54.

stellt.² Dieses Gesetz wurde in der Folgezeit mehrmals geändert und schließlich mit Artikel 35 des Jahressteuergesetzes 1996 vom 11. Oktober 1995 neu gefasst.³ Die Form einer Neufassung wurde gewählt, da eine lediglich punktuelle Anpassung des Gesetzes nicht angebracht erschien. Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz bestand die Notwendigkeit, den sich daraus ergebenden datenschutzrechtlichen und verfassungsrechtlichen Anforderungen, wie dem Gebot der Normenklarheit, Rechnung zu tragen. Das Gesetz sieht seit der Neufassung eine klare Trennung zwischen Erhebungs- und Hilfsmerkmalen sowie eine genaue Festlegung von Auskunftspflicht und Übermittlungsregelungen vor. Die Neufassung wurde ferner durchgeführt, um die Steuerstatistiken aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Bundesstatistiken gemäß der Neufassung des Gesetzes über Steuerstatistiken vom Jahr 1995

Mit der Neufassung des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 11. Oktober 1995 ordnete der Gesetzgeber Bundesstatistiken über die Umsatzsteuer(voranmeldungen), die Lohn- und Einkommensteuer (von natürlichen Personen und von Personengesellschaften und Gemeinschaften), die Körperschaftsteuer, die Vermögensteuer, die Einheitswerte, die Gewerbesteuer und die Erbschaft- und Schenkungsteuer an (§ 1 StStatG).⁴ Dabei sind die Umsatzsteuerstatistik jährlich ab

dem Jahr 1996, die Lohn- und Einkommensteuerstatistik, die Körperschaftsteuerstatistik und die Gewerbesteuerstatistik dreijährlich ab dem Veranlagungsjahr 1995 und die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik fünfjährlich ab dem Veranlagungsjahr 1997 zu erheben (§ 2 StStatG). Die Umsatzsteuerstatistik wurde demzufolge von einer vorher zweijährlichen auf eine jährliche Periodizität verkürzt. Die bisherige Lohnsteuerstatistik und die eigenständige Einkommensteuerstatistik wurden zu einer Lohn- und Einkommensteuerstatistik zusammengeführt. Die Gewerbesteuerstatistik und die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik wurden wieder neu eingeführt, nachdem sie beide unabhängig voneinander jeweils rund 15 Jahre zuvor abgeschafft worden waren.

Einführung von Geschäftsstatistiken mit jährlicher Periodizität

Ab dem Jahr 2001 wurden die Steuerstatistiken einer fundamentalen Änderung unterworfen. Ergänzend zu den etablierten Bundesstatistiken wurde vom Bundesministerium der Finanzen die Einführung von neuen sogenannten Geschäftsstatistiken initiiert. Wesentliche Unterschiede zwischen den neuen Geschäftsstatistiken und den etablierten Bundesstatistiken liegen in der Periodizität der Statistiken und in der Zuständigkeit der Aufbereitung. Die Aufbereitung der Bundesstatistiken obliegt arbeitsteilig den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt. Die Statistischen Landesämter erzeugen zunächst jeweils Landesergebnisse. Das Statistische Bundesamt führt anschließend die Landesergebnisse zu einem Bundesergebnis zusammen. Diese Arbeitsteilung entspricht dem im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke etablierten föderativen Gesamtsystem der

Bundesstatistiken werden seit 2001 durch Geschäftsstatistiken ergänzt

2 BGBl. Teil I, Nr. 53, S. 665.

3 BGBl. Teil I, Nr. 53, S. 1250; vgl. auch Deutscher Bundestag, Drucksachen 13/1558 und 13/901.

4 Die Statistiken über die Vermögensteuer und über die Einheitswerte wurden letztmals für das Jahr 1995 erhoben. Dies liegt darin begründet, dass das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 22. Juni 1995 entschieden hat, dass die geltenden Bestimmungen des Vermögensrechts mit dem Grundgesetz unvereinbar sind, und dass die Bundesregierung eine verfassungskonforme Neuregelung bislang nicht vorgenommen hat.

T 1

Bundesstatistiken und Geschäftsstatistiken im Vergleich¹

Merkmal	Bundesstatistiken	Geschäftsstatistiken
Periodizität	mehrfährlich (in der Regel dreijährlich)	jährlich
Ort der Aufbereitung	dezentral in den Statistischen Ämtern	zentral im Statistischen Bundesamt
Zeitbezug	Bezug auf einen vollständigen Veranlagungszeitraum	nur Bezug auf einen Bearbeitungszeitraum
Datenbezug	Einbezug von maschinellen und manuellen Fällen	nur Einbezug von maschinellen Fällen
Informationstechnische Aufbereitung	mittels Großrechnerprogrammen	mittels SAS-Programmen
Korrekturen	maschinelle und manuelle Korrekturen	nur maschinelle Korrekturen

¹ Stand nach Verabschiedung des Steueränderungsgesetzes 2007 (vor Beginn der Einführung).

amtlichen Statistik.⁵ Die Aufbereitung der Geschäftsstatistiken hingegen ist allein dem Statistischen Bundesamt übertragen. Weitere Unterschiede zwischen den Geschäftsstatistiken und den Bundesstatistiken bestehen hinsichtlich des Datenmaterials und des Vorgehens bei der Plausibilisierung. Eine zusammenfassende Übersicht über die Unterschiede bietet Tabelle 1.

Neue Geschäftsstatistik zu Lohn- und Einkommensteuer

Ziel: Synergieeffekte durch Bündelung der Aufgaben

Mit Artikel 18 des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG) vom 28. Juni 2001⁶ wurde zunächst eine Geschäftsstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer ab dem Veranlagungsjahr 2001 etabliert.⁷ Die neue Geschäftsstatistik zur Lohn- und Einkommensteuer trat damit an die Stelle einer jährlichen Geschäftssta-

tistik, die bis dahin im Bereich der Finanzverwaltung mit Daten aus den maschinellen Einkommensteuerveranlagungen durchgeführt wurde. Durch die Neuregelung in Gestalt einer Bündelung der Erstellung von statistischen Auswertungen beim Statistischen Bundesamt versprach sich der Gesetzgeber die Nutzung von Synergieeffekten, da das Statistische Bundesamt bereits andere Steuerstatistiken durchführt und so für die Auswertung die geringsten Kosten entstehen. Inhaltlich motiviert war diese Änderung durch die Berichtspflicht nach § 154 Abs. 3 SGB VI über die neue steuerliche Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge nach § 10a EStG.

Geschäftsstatistiken zu Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer

Mit Artikel 5 des Steueränderungsgesetzes 2007 vom 19. Juli 2006⁸ wurden einige Jahre später zusätzlich eine neue Geschäftsstatistik über die Körperschaftsteuer ab dem Veranlagungsjahr 2004 und eine neue Geschäftsstatistik über die Gewerbesteuer ebenfalls ab dem Veranlagungsjahr 2004 eingeführt.⁹ Ziel dieser Geschäftsstatistiken

Ziel: Steigerung der Qualität der Datengewinnung

⁵ Vgl. § 1 BStatG.

⁶ BGBl. Teil I, Nr. 31, S. 1310; vgl. auch Deutscher Bundestag, Drucksache 14/5146.

⁷ Vgl. neuer § 2a StStatG.

⁸ BGBl. Teil I, Nr. 35, S. 1652; vgl. auch Deutscher Bundestag, Drucksachen 16/1859 und 16/1545.

⁹ Vgl. neuer § 2b StStatG.

war die Steigerung der Qualität der Datengewinnung durch eine Verstetigung der Erhebungsvorgänge und damit die Verbesserung der statistischen Datenbasis für die Aufgabenerfüllung des Bundesministeriums der Finanzen. Zudem wurde in der Gesetzesbegründung darauf verwiesen, dass die zeitnahe Erfassung wichtiger steuerstatistischer Daten zur Quantifizierung der Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen notwendig und nicht zuletzt auch eine Forderung des Bundesrechnungshofs sei.

Geschäftsstatistiken zu Umsatzsteuer- veranlagungen und Erbschaft- und Schenkungsteuer nicht umgesetzt

Geplante
Statistiken
nicht etabliert

Ein am 27. Juni 2006 eingebrachter Änderungsantrag der damaligen Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD sah über die bereits vorgesehenen Geschäftsstatistiken zur Körperschaftsteuer und zur Gewerbesteuer hinaus eine neue Geschäftsstatistik zu den Umsatzsteuerveranlagungen ab dem Veranlagungsjahr 2005 und eine neue Geschäftsstatistik zur Erbschaft- und Schenkungsteuer ab dem Veranlagungsjahr 2007 vor.¹⁰ Die Begründungen für diese zusätzlichen Geschäftsstatistiken deckten sich zum einen Teil mit denen der Geschäftsstatistiken zur Körperschaftsteuer und zur Gewerbesteuer. Ergänzend wurden einige spezifische Motive vorgetragen. So wurde die Geschäftsstatistik zu den Umsatzsteuerveranlagungen mit dem Bedarf an Daten zu Kleinunternehmen zum Zwecke der Ermittlung der EU-Eigenmittel begründet. Die Geschäftsstatistik zur Erbschaft- und Schenkungsteuer wurde mit dem Erfordernis erklärt, angesichts einer zu erwartenden „Erbwelle“ Vermögensübertragungen nach Entstehungsjahren darstellen zu können. Da

die Vermögensteuer aber nicht mehr erhoben wird⁴, verblieb vor diesem Hintergrund nur ein Rückgriff auf die Statistik zur Erbschaft- und Schenkungsteuer.

Das Steueränderungsgesetz 2007 wurde kontrovers diskutiert. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen fand letztlich aber nicht die Zustimmung der Länder. Dies mit der Konsequenz, dass die Geschäftsstatistiken zu den Umsatzsteuerveranlagungen sowie zur Erbschaft- und Schenkungssteuer nicht etabliert wurden.

Beschluss eines Steuerstatistischen Gesamtsystems

Das Bundesministerium der Finanzen war aber nach wie vor an einer Umsetzung der in das Steueränderungsgesetz 2007 nicht aufgenommenen Vorschläge und somit an der Einführung von jährlichen Statistiken über die Umsatzsteuerveranlagungen und über die Erbschaft- und Schenkungsteuer interessiert. Vor diesem Hintergrund verständigten sich die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im August 2006 im Konsens mit den obersten Finanzbehörden darauf, ein aktuelles, flexibles, kohärentes und effizientes Gesamtsystem von Steuerstatistiken auf der Grundlage jährlicher Bundesstatistiken, das sogenannte Steuerstatistische Gesamtsystem (StSys), zu schaffen.

Über den Stand der Umsetzung, die informationstechnische Ausgestaltung sowie weitere Schritte wird in der nächsten Ausgabe des Statistischen Monatsheftes berichtet.

Kerngedanke:
Zusammen-
führung von
Bundes- und
Geschäfts-
statistiken

Dr. Dirk Schneider leitet das Referat
Steuern.

¹⁰ Geplanter neuer § 2c StStatG.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex steigt weiter

ifo Index steigt
zum dritten
Mal in Folge

Trotz Staatsschuldenkrise im Euroraum und Ungewissheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung in Europa und in anderen Teilen der Welt, hat sich der ifo Geschäftsklimaindex im Januar 2012 auf 108,3 Punkte erhöht. Im Vormonat hatte der Index noch bei 107,3 Punkten gelegen. Das ist der dritte Anstieg in Folge. Von vielen Ökonomen wird dies als Wendepunkt in der Konjunkturerwicklung interpretiert.

Ungünstigere
Lageeinschätzung – verbesserte Erwartungen

Zwar hat sich bei den Unternehmen die Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage leicht verschlechtert, dafür sind aber die Erwartungen über den Geschäftsverlauf in den kommenden sechs Monaten deutlich besser als im Vormonat. Der Lageindex ging von 116,7 auf 116,3 Punkte zurück; der Index der Erwartungen stieg von 98,6 auf 100,9 Punkte.

Bessere Stimmung in der Industrie und im Baugewerbe, Stimmungsverschlechterung im Handel

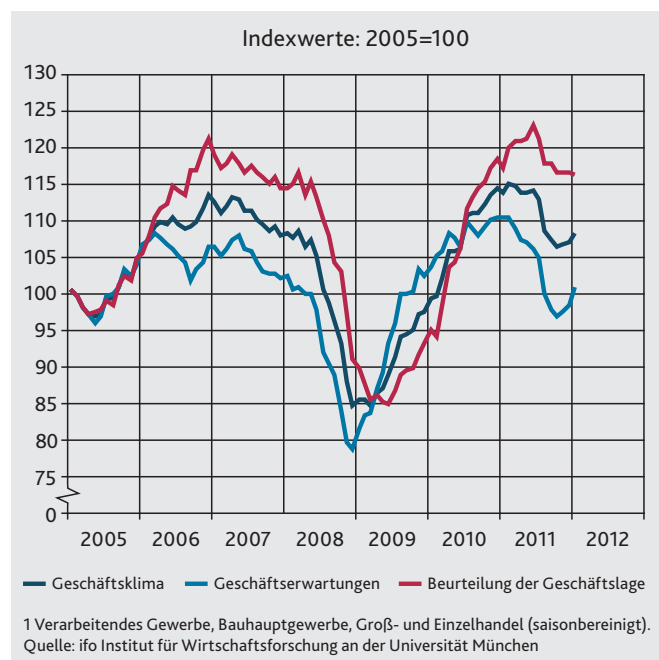
Im verarbeitenden Gewerbe haben sich sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen verbessert. Im Baugewerbe geht die positivere Stimmung allein auf eine deutliche Verbesserung der Geschäftserwartungen zurück. Im Großhandel konnten die günstigeren Erwartungen die ungünstigere Lagebeurteilung dagegen nicht kompensieren. Im Einzelhandel wurde im Januar sowohl eine Eintrübung der Lagebeurteilung als auch der Erwartungen festgestellt.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe niedriger als im Vorjahr

Für Rheinland-Pfalz weist der „geglättete“ Produktionsindex im Oktober 2011 für das

Stand:
Januar
2012

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹



verarbeitende Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang des Güterausstoßes um 1,7 Prozent aus. Im September hatte es noch ein leichtes Plus von 1,2 Prozent gegeben.

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes sinkt um 1,7 Prozent

Zwei der drei umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen hatten im Oktober 2011 eine höhere Produktion als ein Jahr zuvor. Allerdings war in der chemischen Industrie (Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“; Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2010: 33 Prozent) ein deutlicher Rückgang des Güterausstoßes um 8,7 Prozent zu verzeichnen. Dagegen verbuchte der Fahrzeugbau (Wirtschaftszweig „Herstellung

Im Fahrzeug- und Maschinenbau steigt die Produktion weiterhin

von Kraftwagen und Kraftwagenteilen"; Anteil 2010: zwölf Prozent) ein Plus von 3,1 Prozent, das aber wesentlich niedriger ausfiel als in den Vormonaten. Im Maschinenbau (Umsatzanteil 2010: acht Prozent) ergab sich mit +6,7 Prozent wiederum der höchste Anstieg unter den umsatzstärksten Branchen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nach fast zwei Jahren wieder im Minus

Die Entwicklung der Auftragseingänge deutet bereits seit einiger Zeit darauf hin, dass sich die rheinland-pfälzische Industriekonjunktur in den kommenden Monaten weiter abschwächen könnte.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes sinken um 1,9 Prozent

Die Auftragseingänge haben sich im Oktober 2011 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent verschlechtert. Bereits von Juli bis September hatte es nur noch leichte Verbesserungen zwischen 0,2 und 0,4 Prozent gegeben. Im Mai und Juni hatte das Plus noch 3,4 bzw. 3 Prozent betragen; davor lagen die Zuwachsraten seit Dezember 2009 sogar im zweistelligen Bereich. Im Oktober 2011 sanken die Bestellungen aus dem Inland um 1,7 Prozent (September: -0,3 Prozent). Im Auslandsgeschäft gab es einen Rückgang um 2,2 Prozent (September: +0,7 Prozent).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie sinken um zwölf Prozent

In der chemischen Industrie hat sich im Oktober die Auftragslage im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozent verschlechtert (September: -9,2 Prozent). Damit liegt das Ordervolumen bereits seit Mai unter dem Vorjahresniveau. Die Nachfrage aus dem Inland (-15 Prozent) gab im Oktober – wie schon in den Vormonaten – stärker nach als das Auslandsgeschäft (-10 Prozent).

Der Fahrzeugbau verbuchte erstmals seit Oktober 2009 ein leichtes Auftragsminus um ein Prozent. Diese Entwicklung zeichnete sich schon in den Vormonaten ab. Seit Jahresbeginn 2011 wurden die Steigerungsraten kontinuierlich kleiner. Zuletzt war nur noch ein Plus von 4 Prozent im Juli, 3,4 Prozent im August bzw. 1,2 Prozent im September registriert worden. Davor hatten die Zuwächse von Oktober 2009 bis Juni 2011 in einem Bereich von 8,4 bis 75 Prozent gelegen. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten sank geringfügig um 0,2 Prozent (September: +0,4 Prozent). Die Auslandsnachfrage verminderte sich im Oktober 2011 um 1,7 Prozent (September: +1,9 Prozent).

Leichter Nachfragerückgang auch im Fahrzeugbau

Im Maschinenbau übertrafen die Bestellungen im Oktober den Vorjahreswert um 7,9 Prozent. Damit war die Steigerungsrate wieder etwas höher als in den drei Vormonaten. Von Juni bis August 2011 beliefen sich die Verbesserungen auf 5,1 bis 7,3 Prozent. Die heimische Nachfrage zog gegenüber Oktober 2010 um 8,1 Prozent an. Bei der Auslandsnachfrage wurde mit +7,8 Prozent ein geringfügig niedrigerer Anstieg festgestellt.

Weiterhin Auftragszuwachs im Maschinenbau

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deutlich im Plus

Im Bauhauptgewerbe sind die geglätteten Auftragseingänge im Oktober 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 5,8 Prozent gestiegen. Im September war nur eine Verbesserung um 0,1 Prozent zu verzeichnen, nachdem es im Juli und August zu Zuwächsen um 2,6 bzw. 2,8 Prozent gekommen war. Davor hatte es von Januar bis Juni Steigerungsraten zwischen 6,2 und 15 Prozent gegeben.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um 5,8 Prozent

Im Tiefbau waren die Auftragseingänge bereits im August und September um 5 bzw. 3,6 Prozent gesunken. Im Oktober wurde im Vorjahresvergleich nun sogar ein Rückgang um 7,9 Prozent registriert. Von Mai bis Juli 2011 war es noch drei Mal in Folge zu Verbesserungen zwischen 1,5 und 4,9 Prozent gekommen. Im Hochbau hatte es dagegen bereits seit Januar 2011 steigende Auftragszahlen in einem Bereich von 4,1 bis 42 Prozent gegeben. Auch im Oktober verbuchte dieser Teilbereich mit +23 Prozent wieder einen kräftigen Auftragszuwachs (September: +4,5 Prozent). Gerade im Bauhauptgewerbe ist aber zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um neun Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im Oktober 2011 um neun Prozent gestiegen. Von Juni bis September hatte das Plus zwischen 10 und 19 Prozent betragen. Davor war es allerdings von Dezember 2010 bis Mai 2011 zu noch deutlich stärkeren Zuwächsen gekommen (zwischen +31 und +73 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel weiter im Plus

Die geglätteten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Oktober 2011 einen realen Anstieg um 1,6 Prozent auf. Damit werden im Vorjahresvergleich bereits seit Dezember 2010 Umsatzsteigerungen in einem Bereich von 0,7 bis 3,2 Prozent festgestellt.

Umsatzsteigerung im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel haben sich die Umsätze im Oktober preisbereinigt um 4,2 Prozent verbessert. Im August und September wurden Anstiege von 2,9 bzw. 4,1 Prozent

Erläuterungen

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktur-entwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge sowie die Handelsumsätze können von Monat zu Monat stark schwanken. Deshalb wird zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung der **gleitende Drei-Monats-Durchschnitt** herangezogen. In den gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt für **Oktober 2011** sind die Originalwerte der Berichtsmonate September bis November 2011 eingeflossen.

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung die **Originalwerte** des Berichtsmonats **Januar 2012** herangezogen.

registriert, nachdem im Juli noch ein Rückgang um 1,9 Prozent festgestellt worden war. Davor hatte es seit Oktober 2010 Umsatzzuwächse gegeben.

Steigende Umsätze im Großhandel

Der Großhandel verzeichnete im Oktober 2011 einen Anstieg der realen Umsätze um 4,1 Prozent. Die Großhandelsumsätze haben sich damit bereits seit März 2010 in einem Bereich von 1,2 bis 7,1 Prozent verbessert.

Umsätze im Gastgewerbe weiter verbessert

Im Gastgewerbe stiegen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Oktober 2011 gegenüber dem Vorjahreswert um 3,5 Prozent. Davor hatte es seit September 2010 Verbesserungen zwischen 0,3 und 8 Prozent gegeben.

Jahresteuerrate im Januar bei 2,2 Prozent

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex hat sich im Januar 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,2 Prozent erhöht. Damit hat sich der Anstieg der Jahresteuerrate wieder geringfügig abgeschwächt. Trotzdem übertraf er zum zwölften Mal in Folge die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Im Jahresdurchschnitt 2011 hatte der Preisauftrieb 2,3 Prozent betragen. Zuletzt hatte die Erhöhung im November und Dezember 2011 bei 2,6 bzw. 2,3 Prozent gelegen. Zu der Verteuerung im Januar trugen die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Kraftstoffe (+5,6 Prozent) sowie insbesondere für Heizöl bei (+18 Prozent). Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies einen Anstieg von 1,8 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“

(+3,4 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+3,2 Prozent), „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+2,9 Prozent) sowie „Verkehr“ (+2,8 Prozent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (–2 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Arbeitslosigkeit im Januar gestiegen

Nachdem sich die Arbeitslosigkeit bereits im November und Dezember leicht erhöht hatte, ist sie im Januar deutlich gestiegen. Im Januar 2012 waren etwa 117 800 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das sind rund 13 400 bzw. 12,8 Prozent mehr als im Dezember 2011.

Arbeitslosigkeit hat im Januar deutlich zugenommen

Dieser kräftige Anstieg der Arbeitslosigkeit ist nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland jedoch saisonal bedingt. Er hat mit dem Auslaufen von Zeitverträgen in den Angestelltenberufen und mit dem üblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft, in der Industrie der Steinen und Erden sowie bei den Transportunternehmen zu tun.

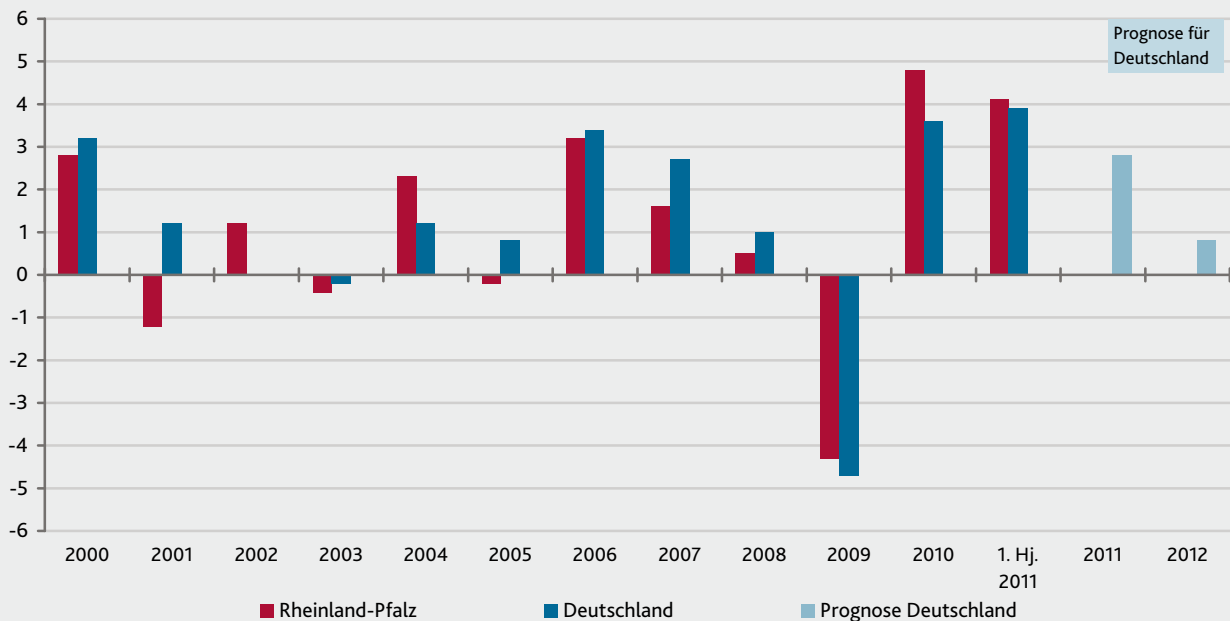
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, stieg im Januar 2012 auf 5,6 Prozent. Im Vergleich zum Dezember hat sie sich damit um 0,6 Prozentpunkte erhöht. Gegenüber Januar 2011 ergab sich allerdings ein Rückgang um 0,5 Prozentpunkte.

Arbeitslosenquote steigt auf 5,6 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Europa; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



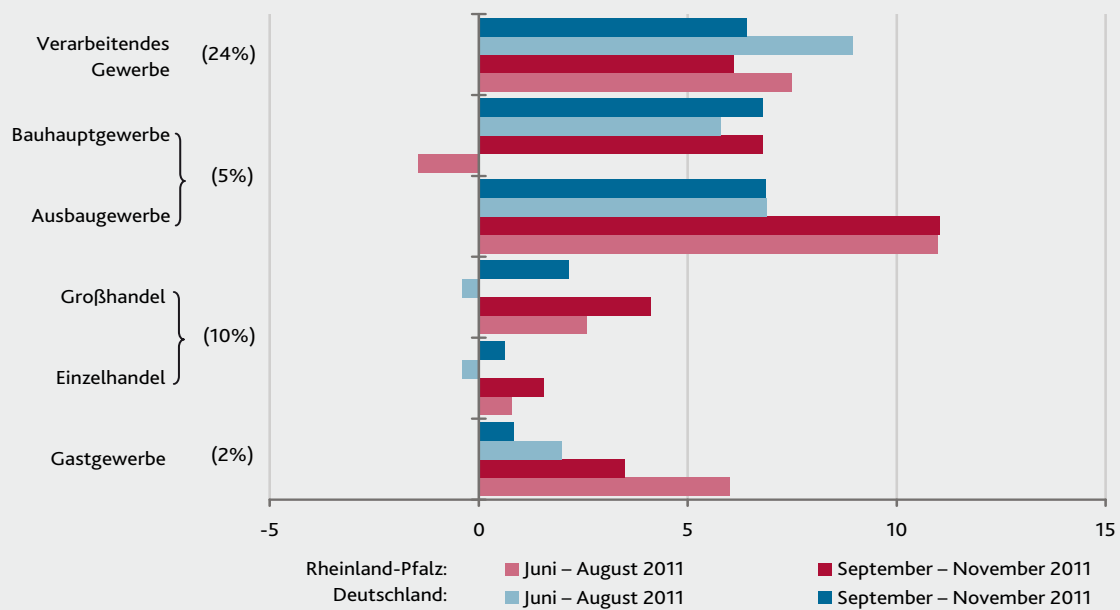
¹ 2000 – 2010 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011; 1. Hj. 2011 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2011; nächster Fortschreibungstermin im März 2012. Quelle Prognosewert 2011 und 2012: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹

in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

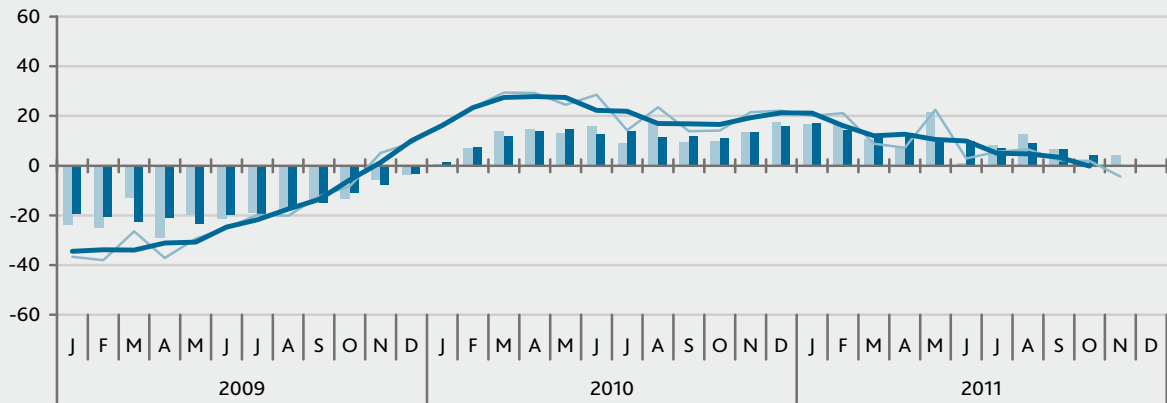


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2010. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

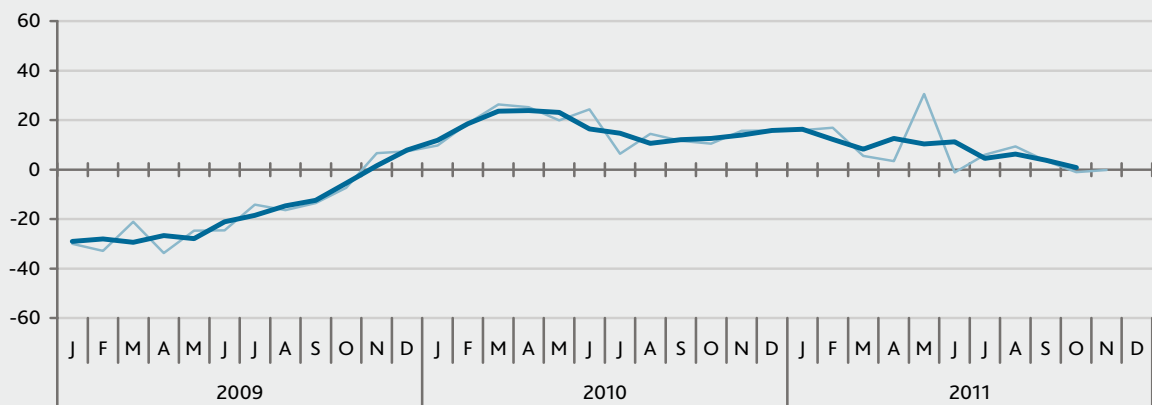
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland

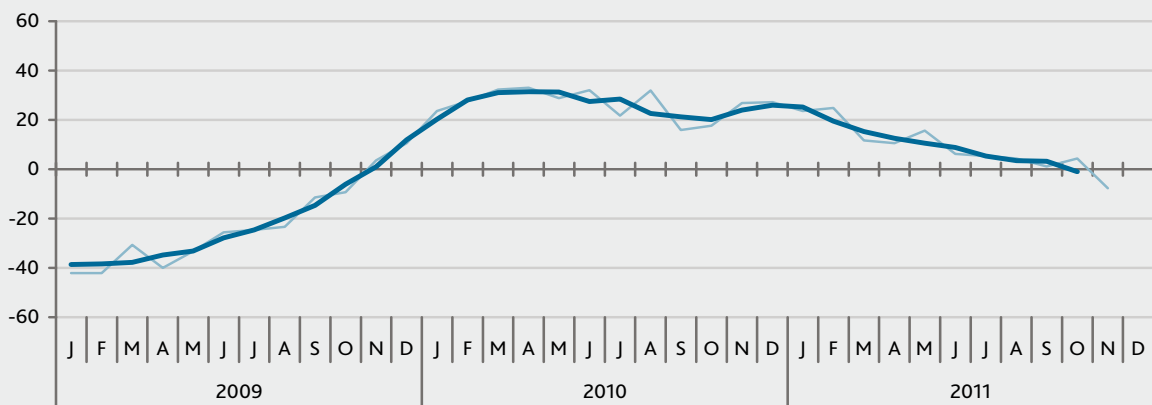
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
Insgesamt



Inland



Ausland



Produktionsindex (Monatswerte)

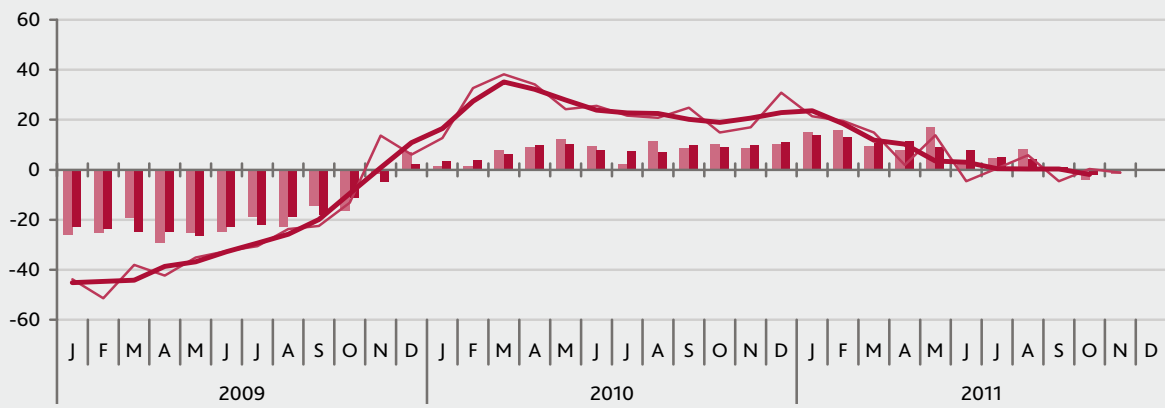
Auftragseingang (Monatswerte)

Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

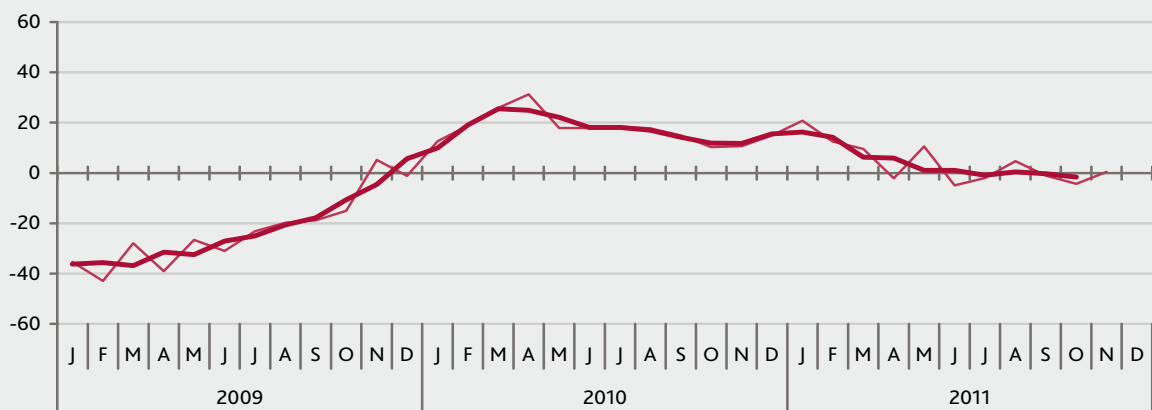
Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

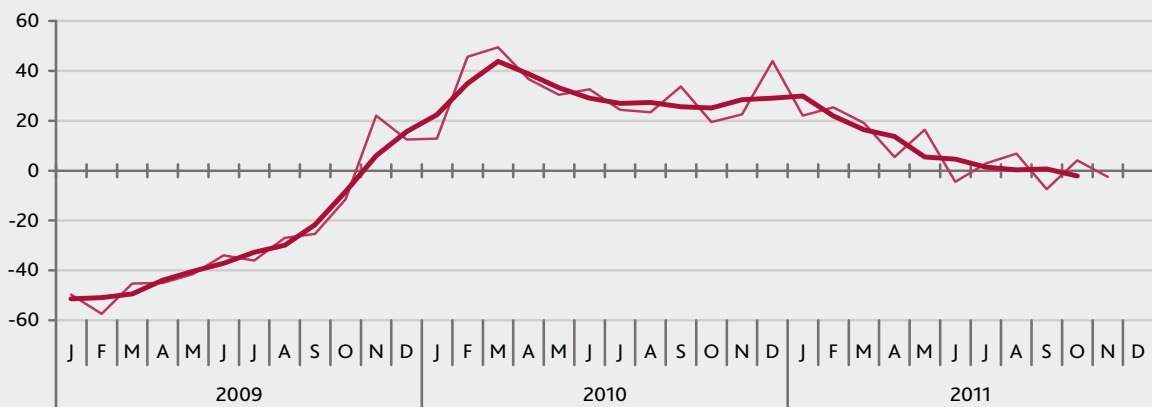
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



Produktionsindex (Monatswerte)

Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

Auftragseingang (Monatswerte)

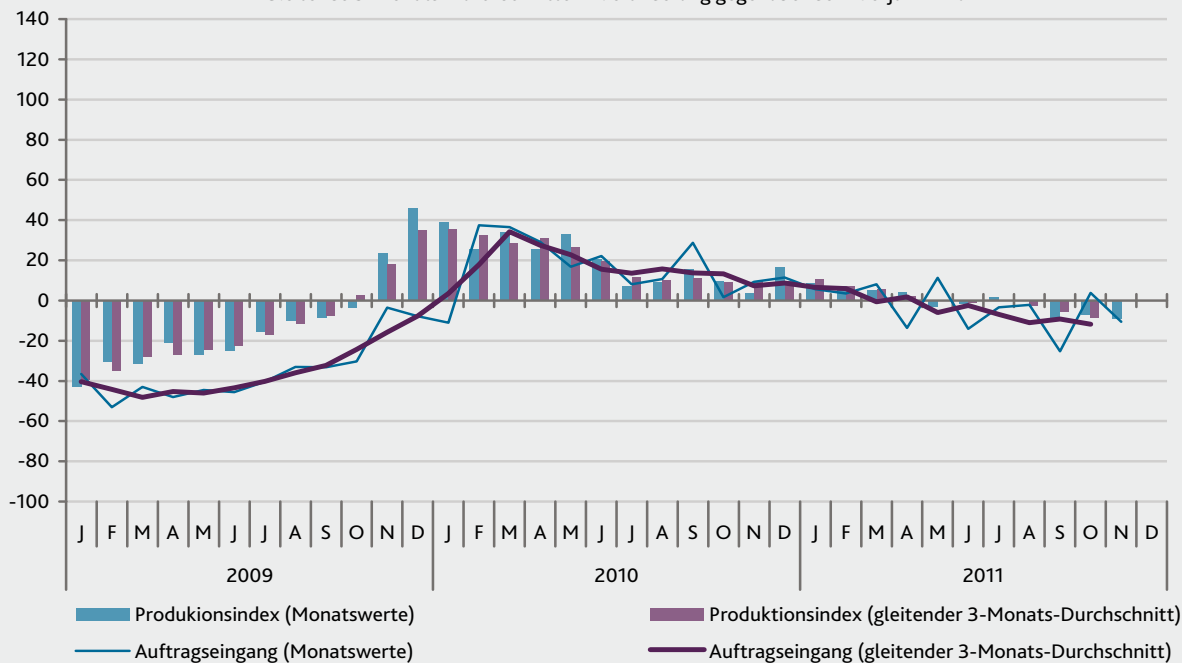
Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



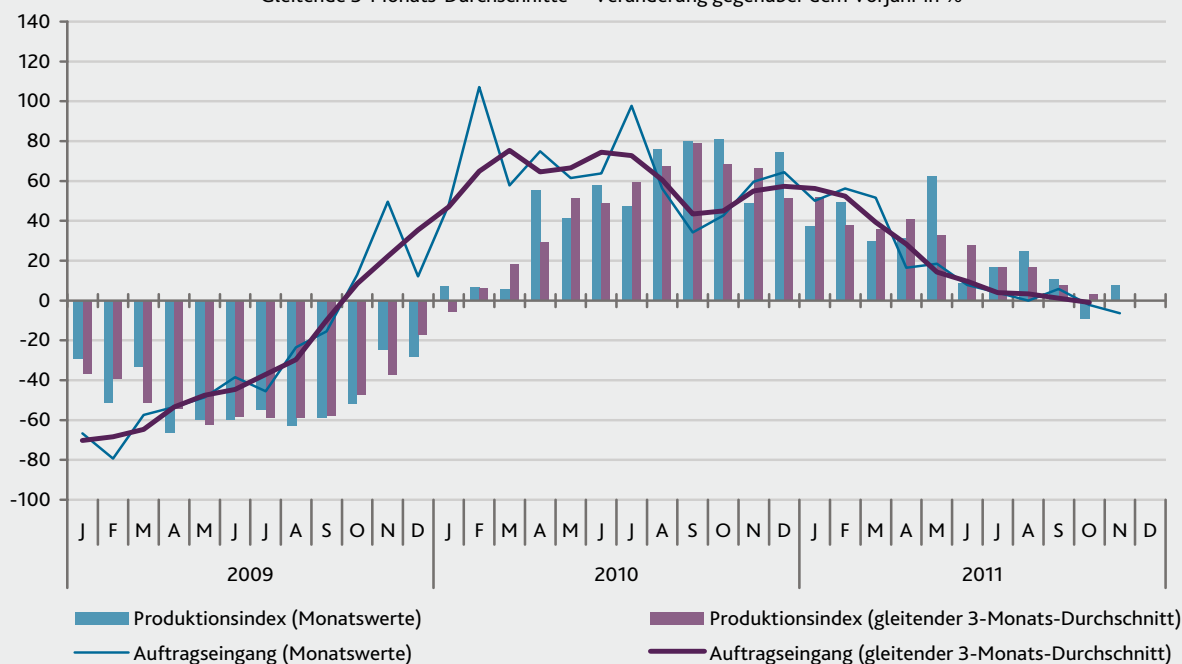
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



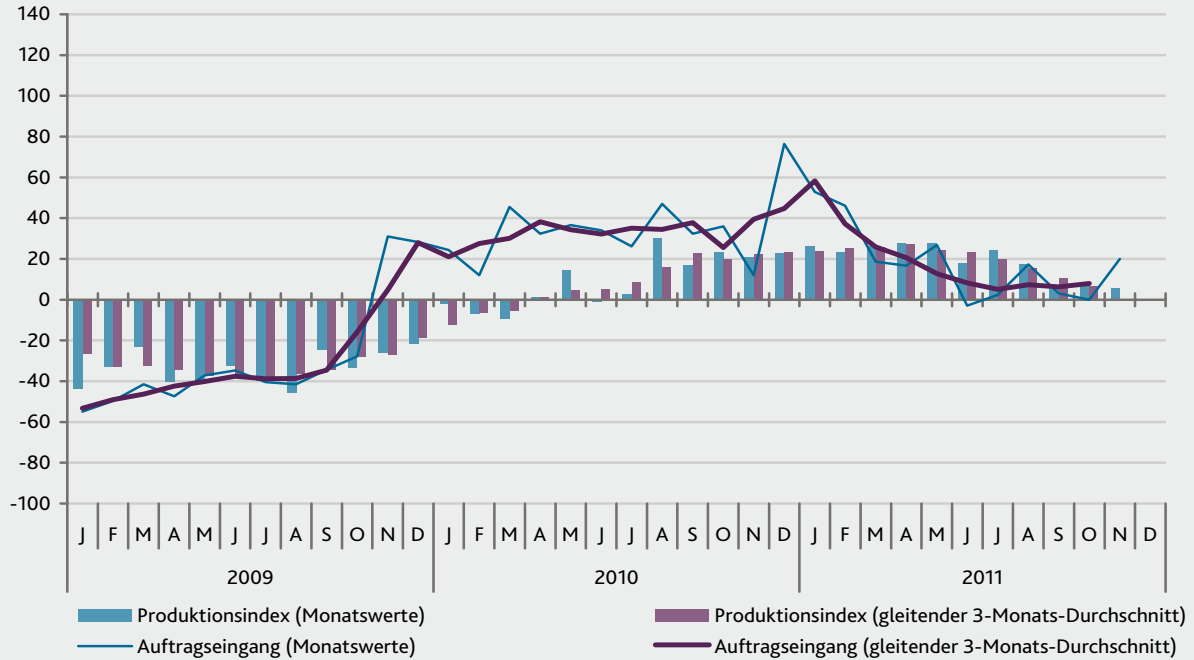
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



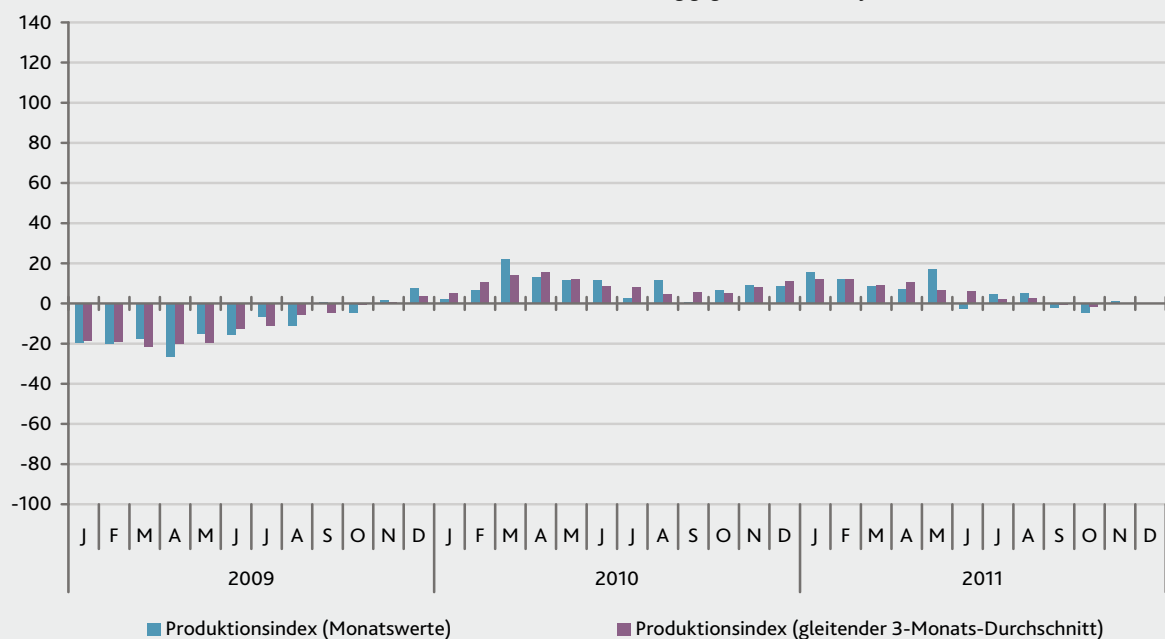
1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



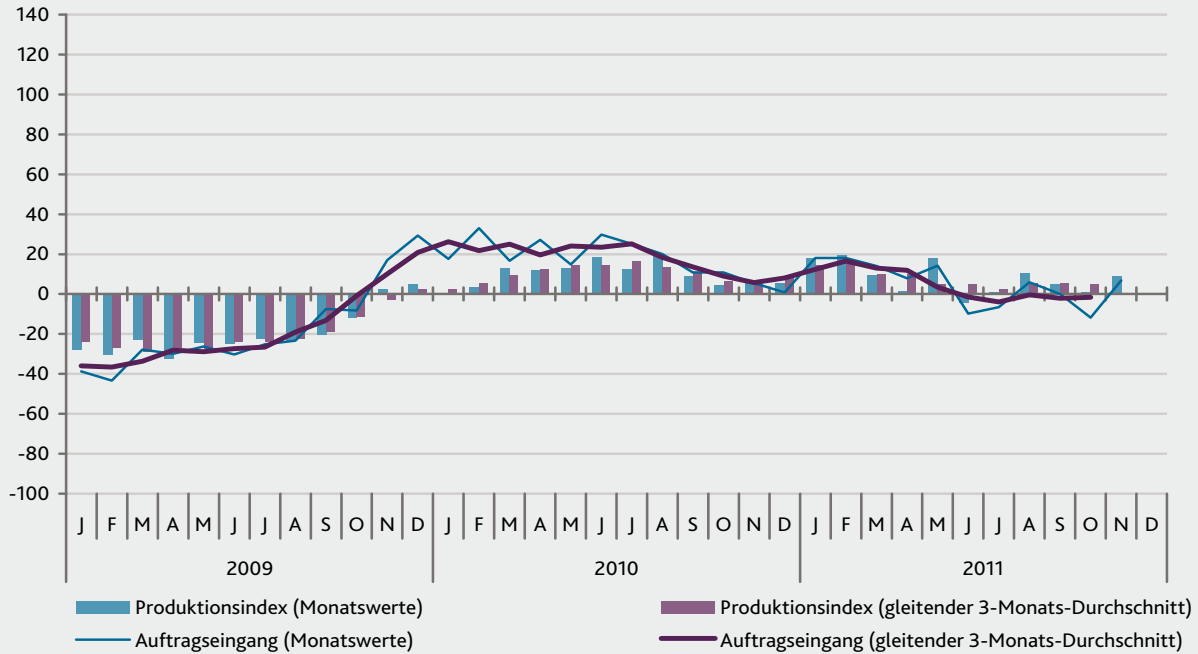
1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

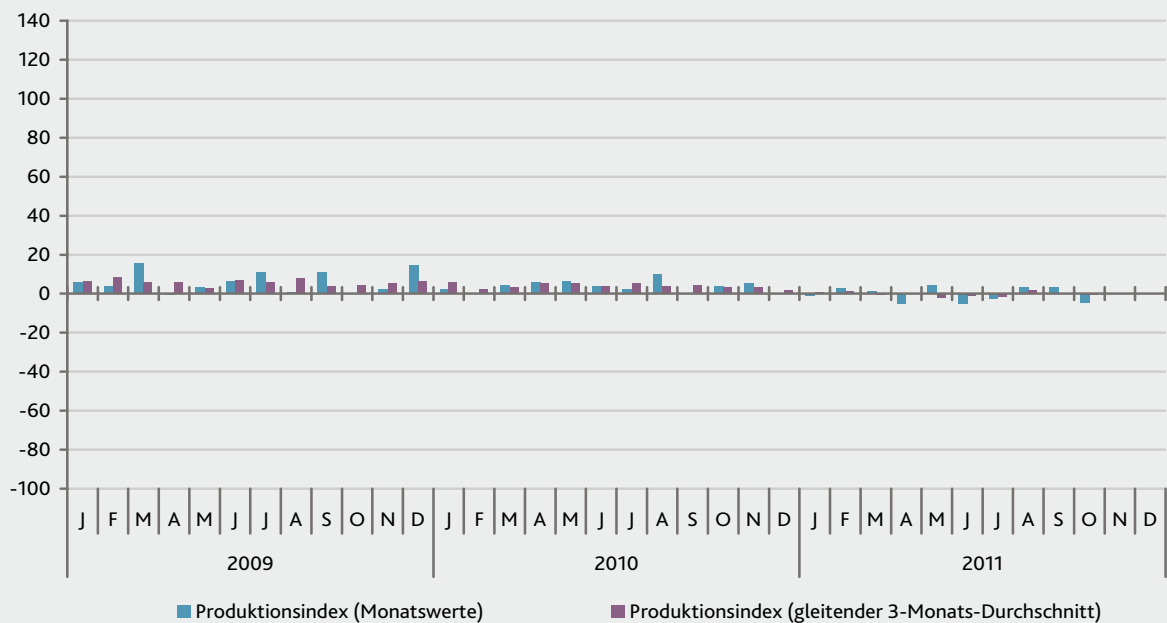
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



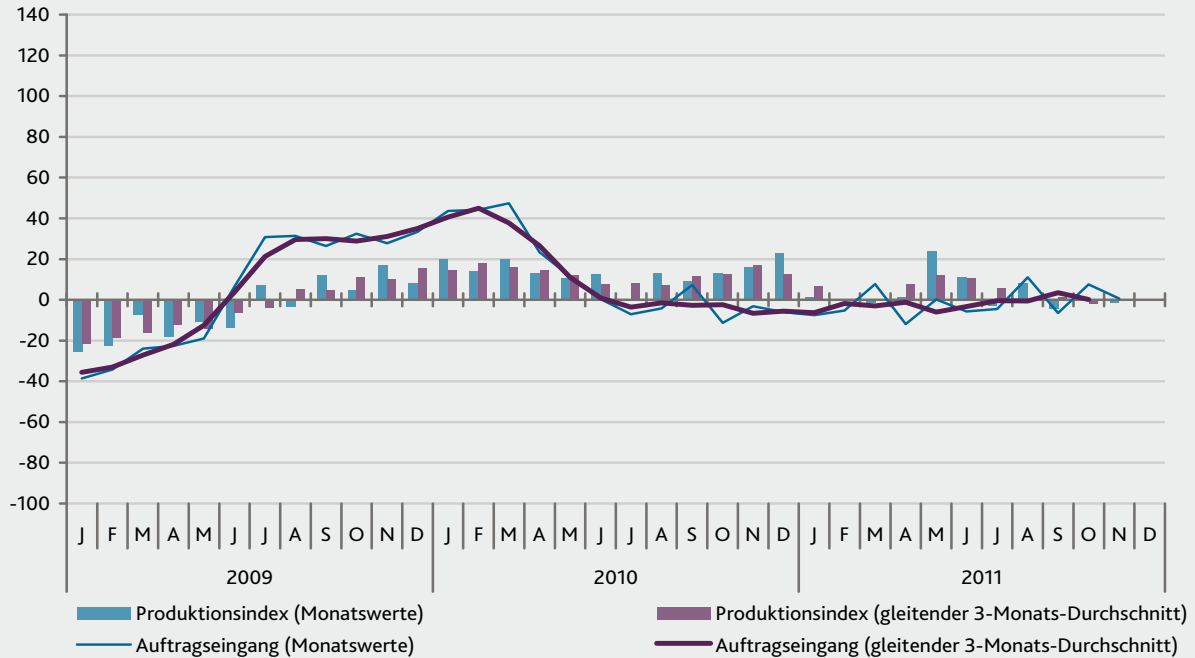
1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



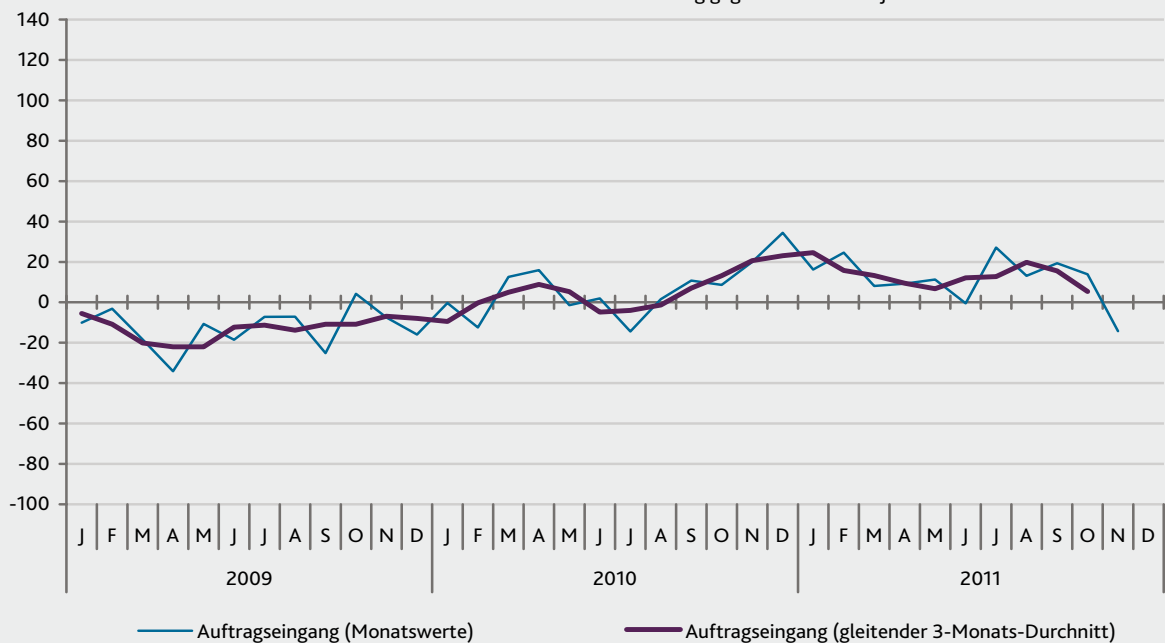
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

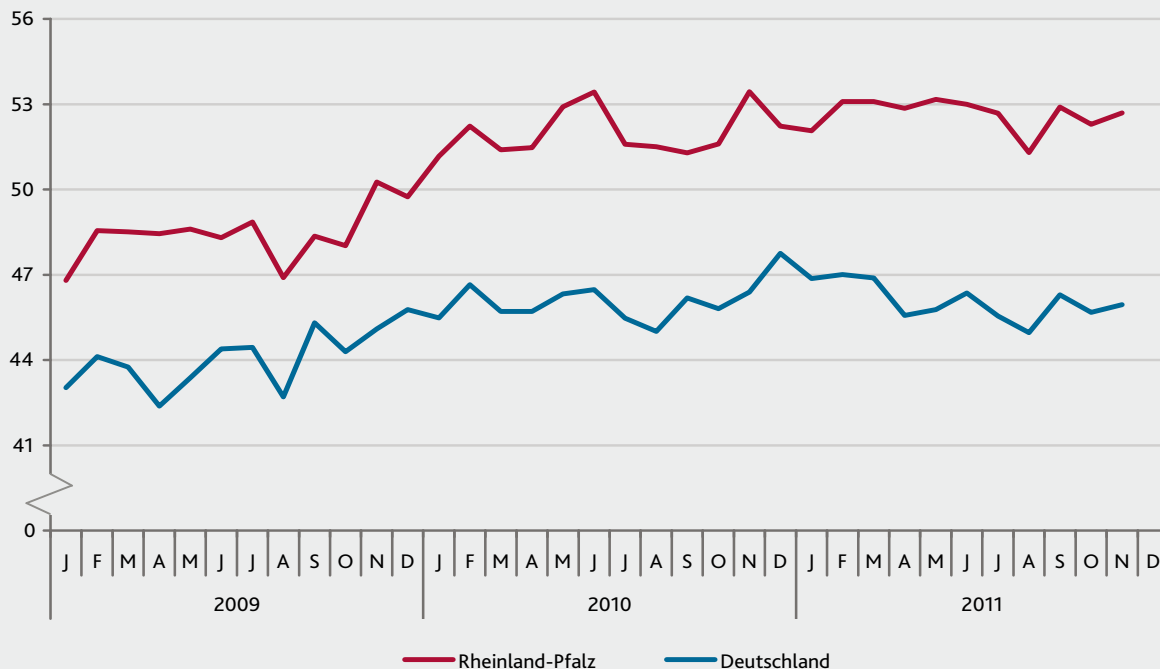


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

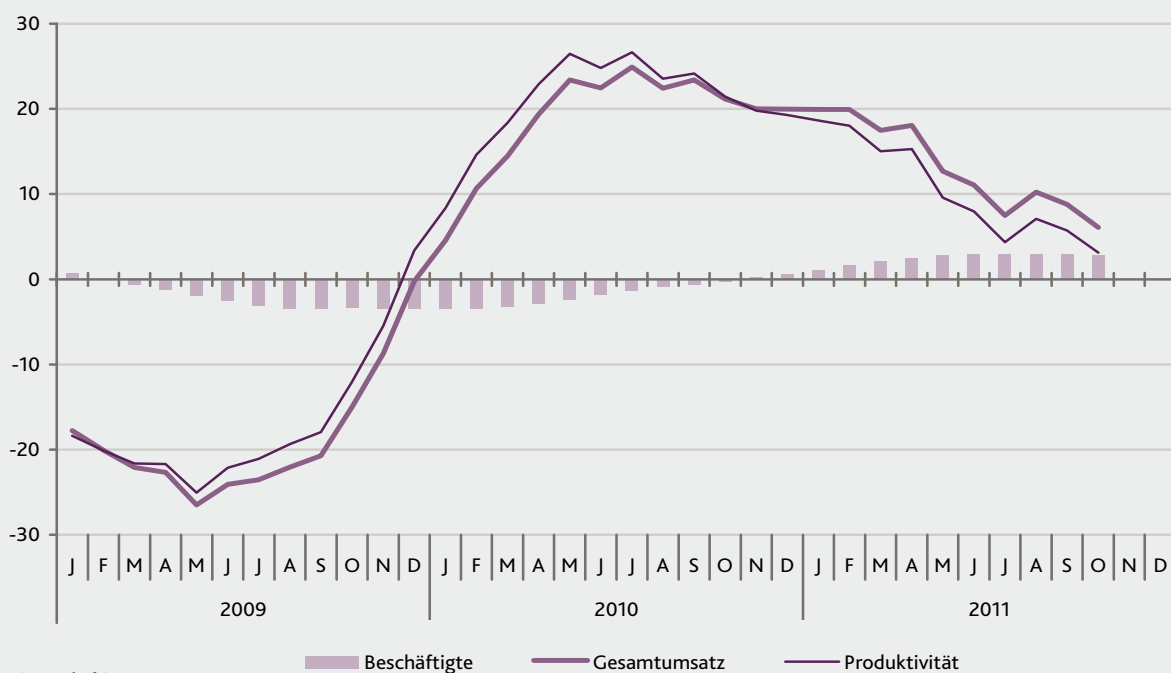
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



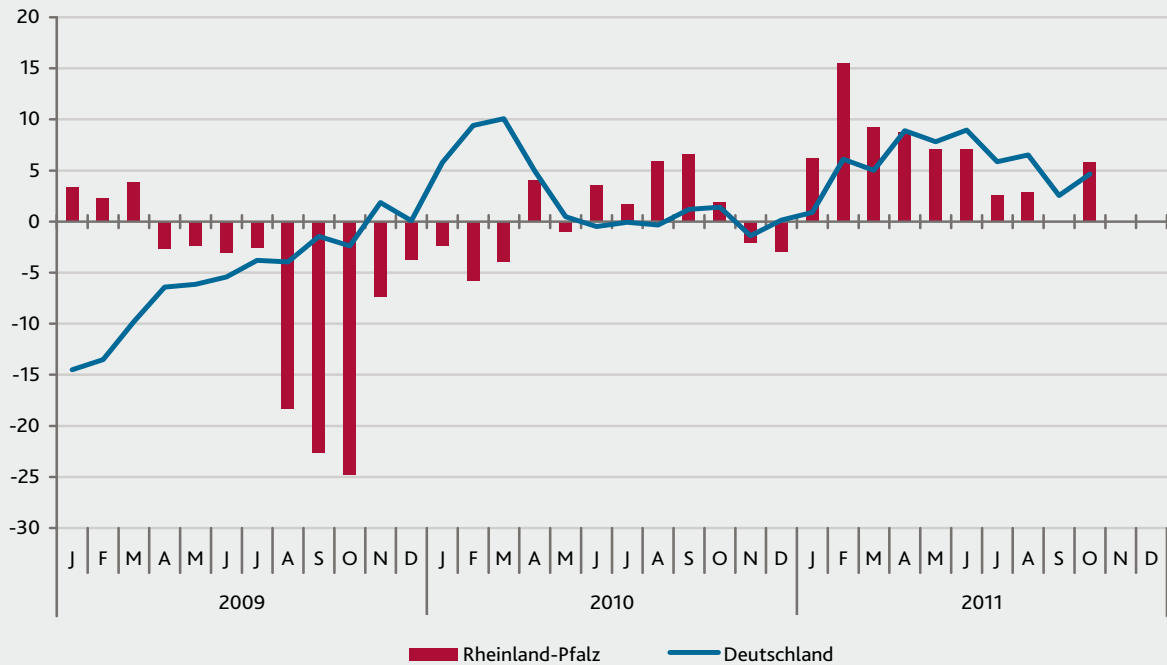
1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

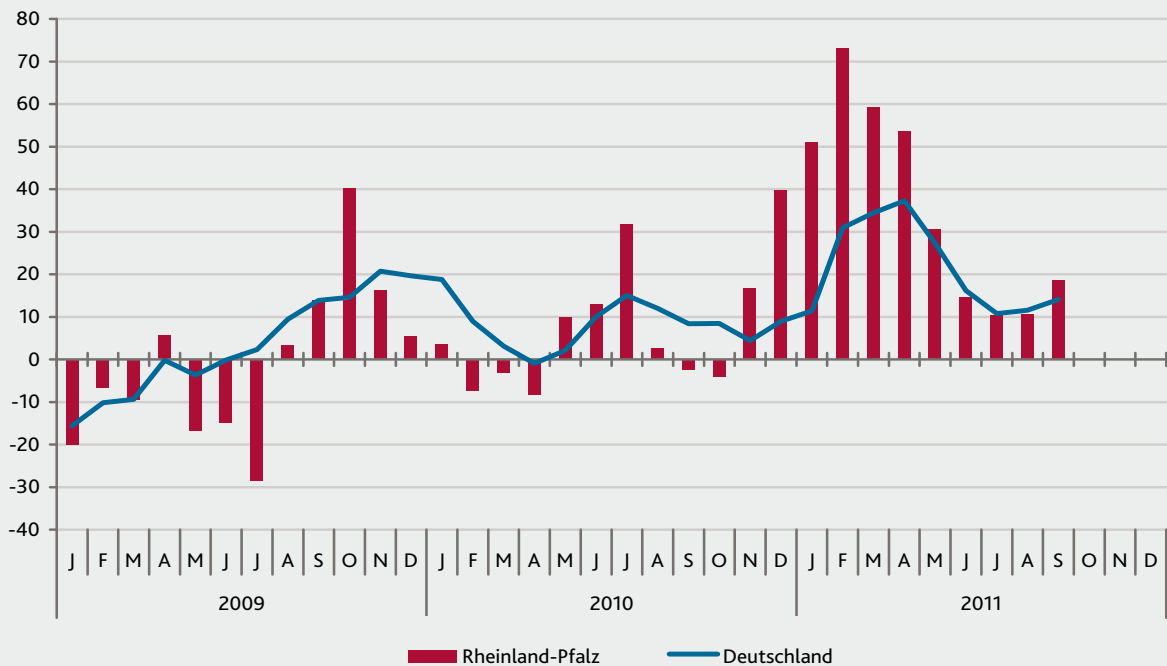


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



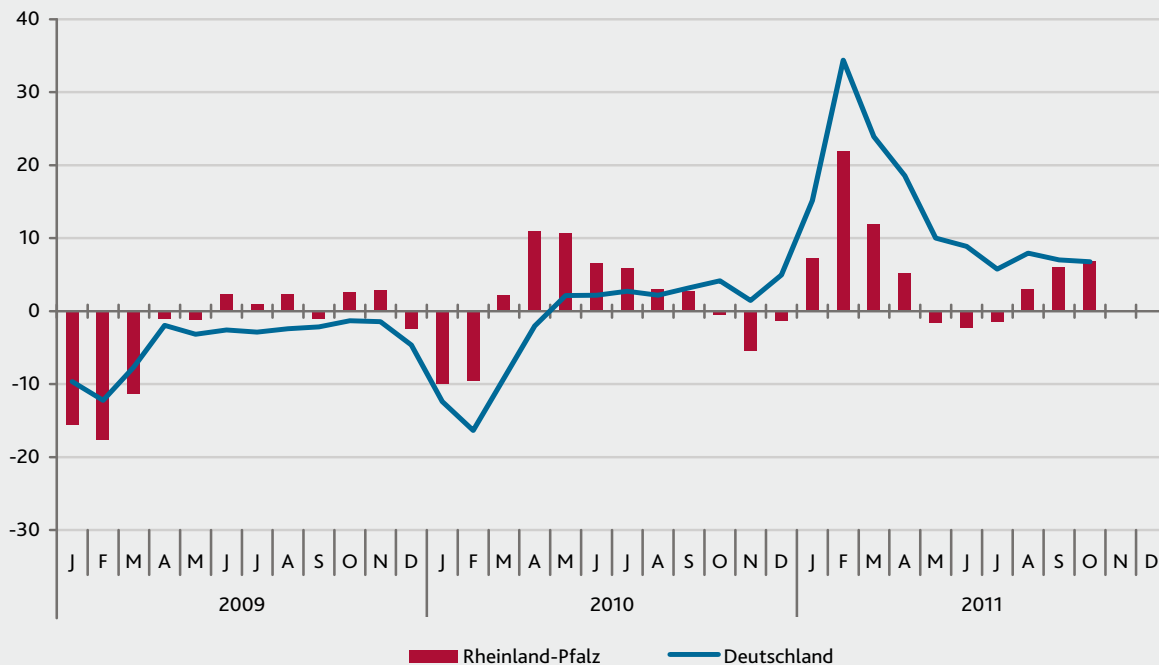
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

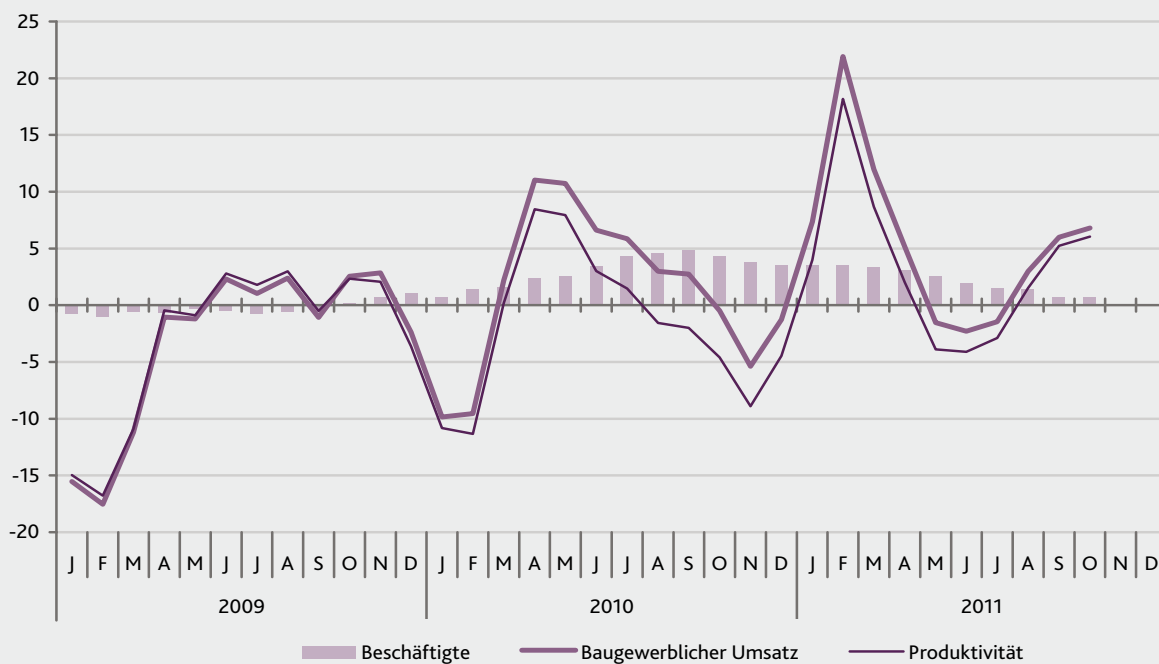


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe

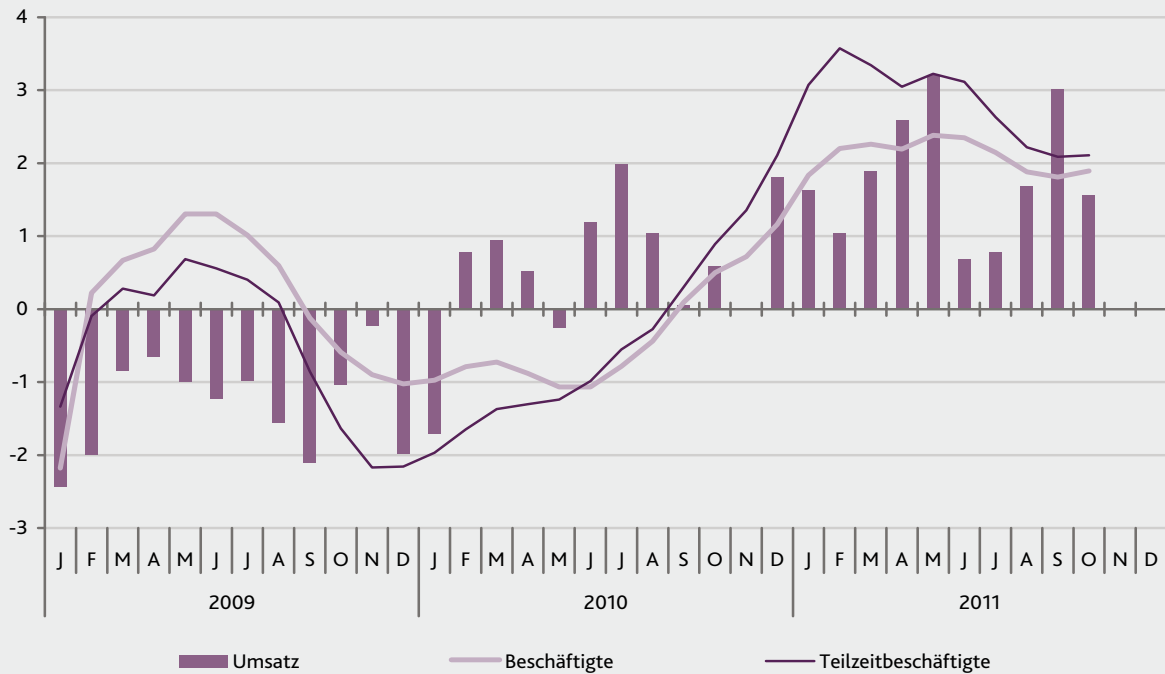
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

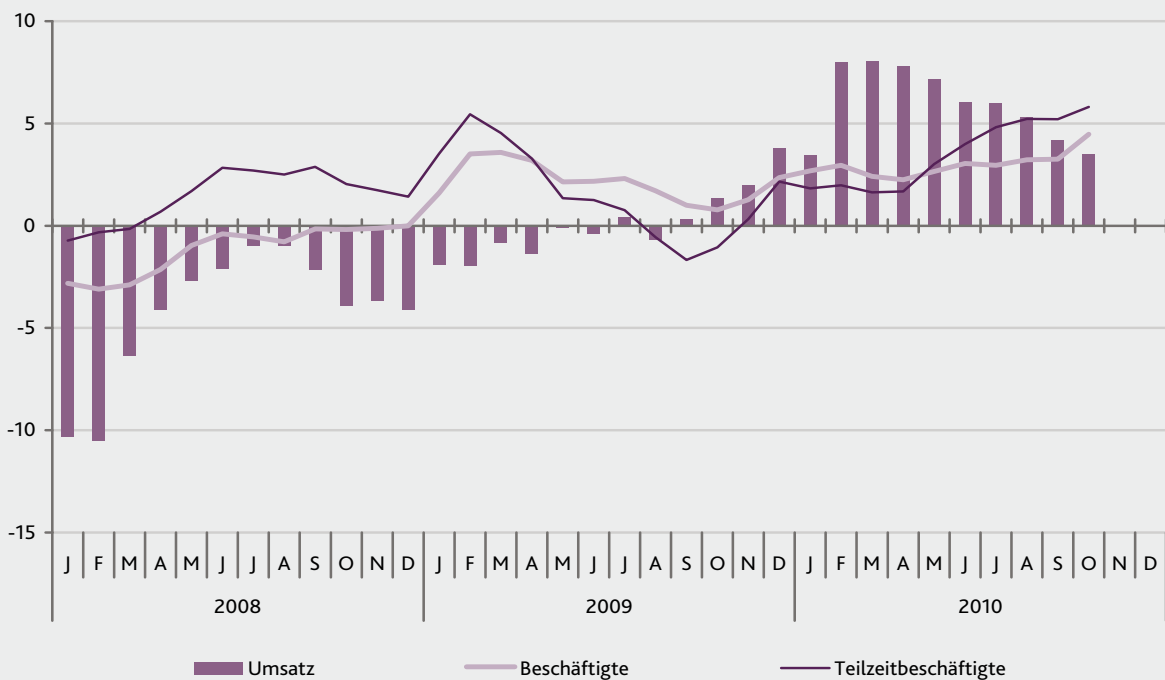
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

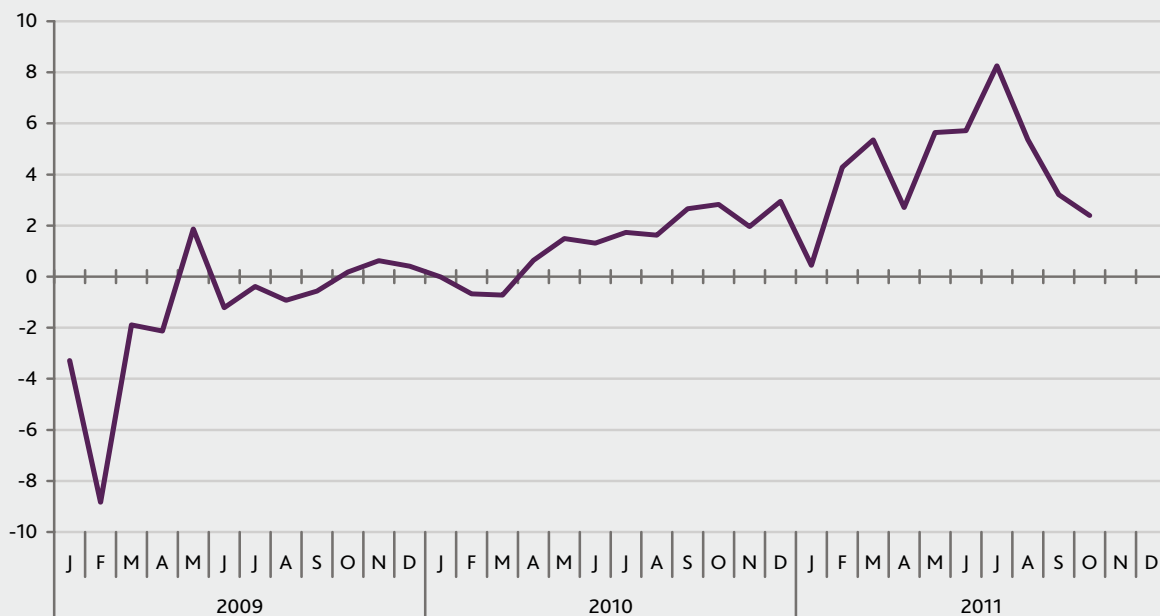
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

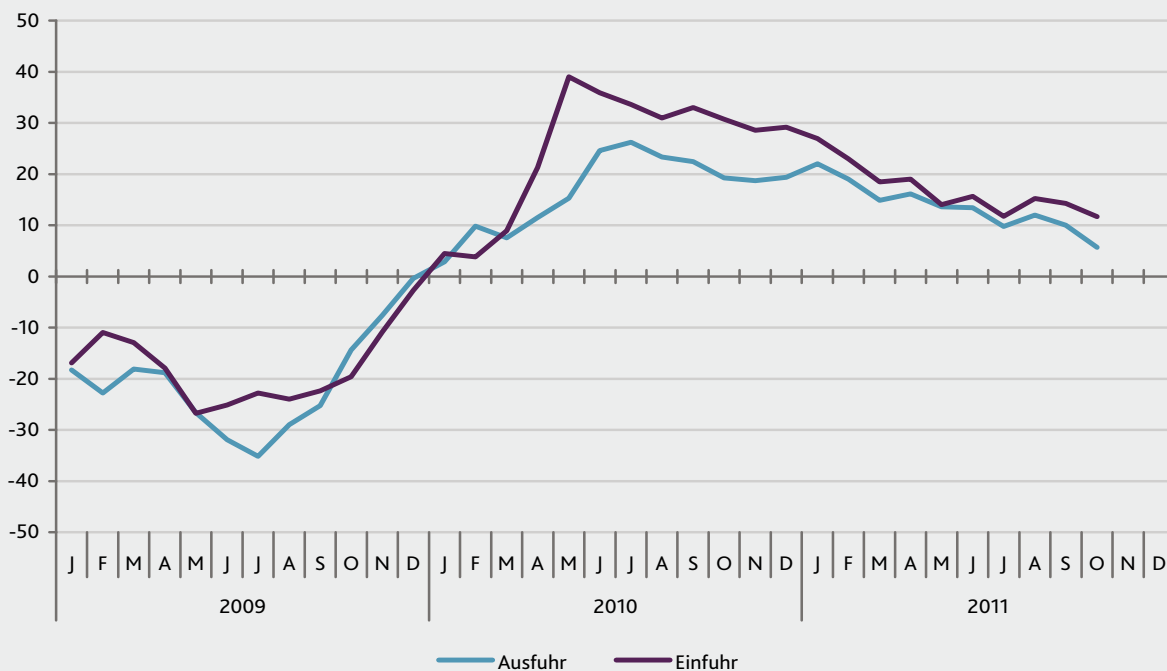


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



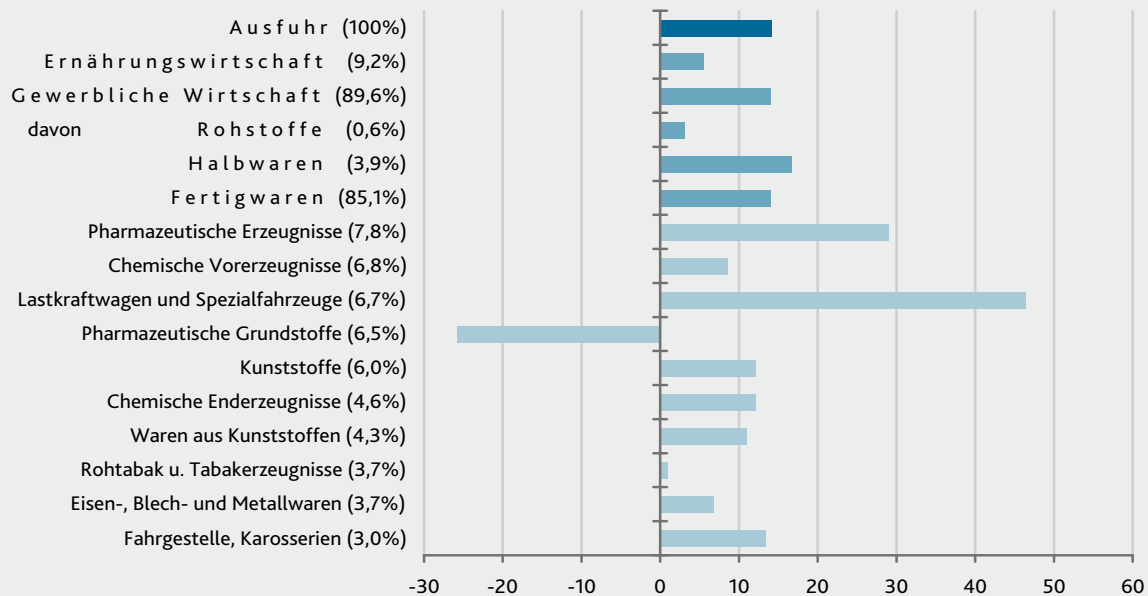
1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2010 - Oktober 2011 nach Warengruppen¹

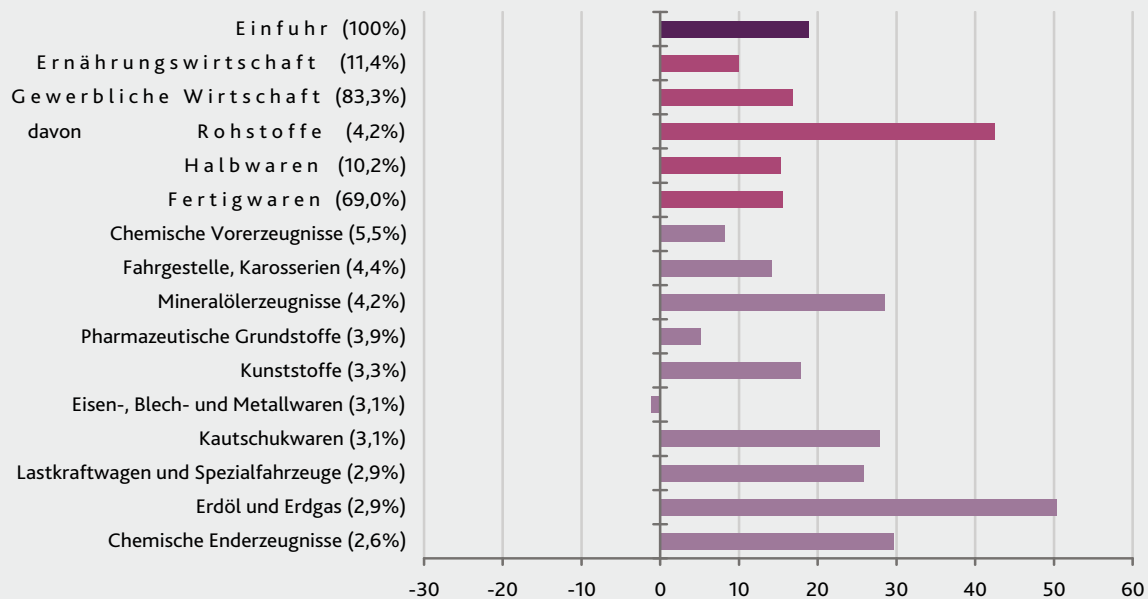
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

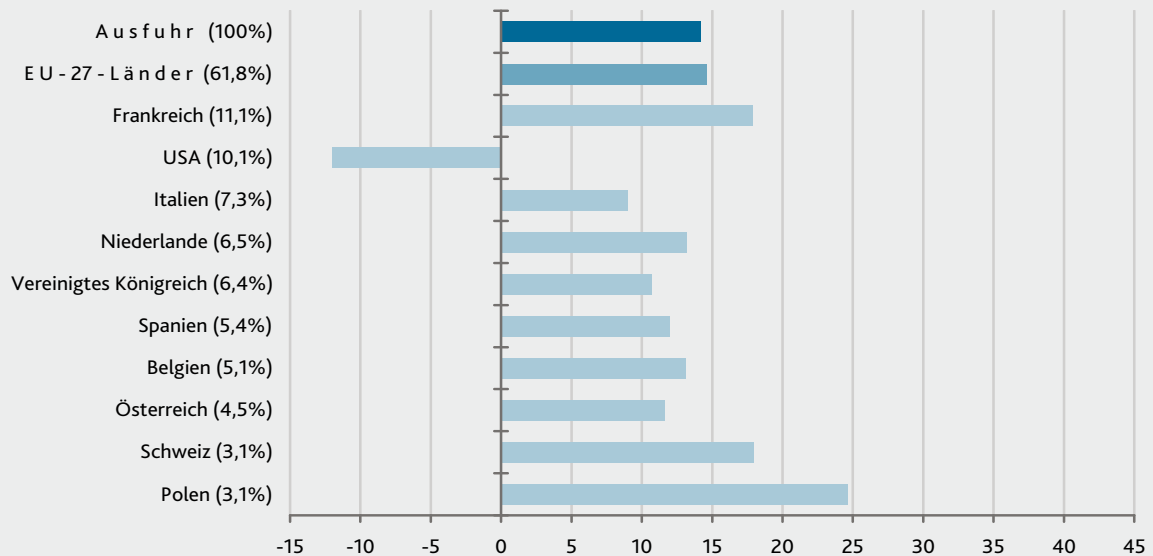
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2010 - Oktober 2011 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

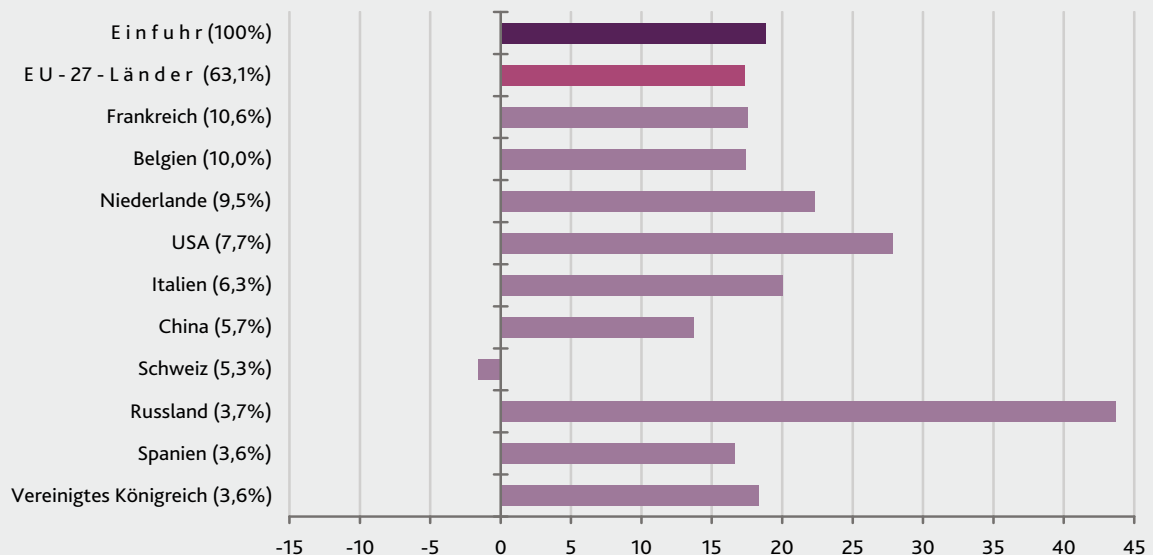
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2010 - Oktober 2011 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

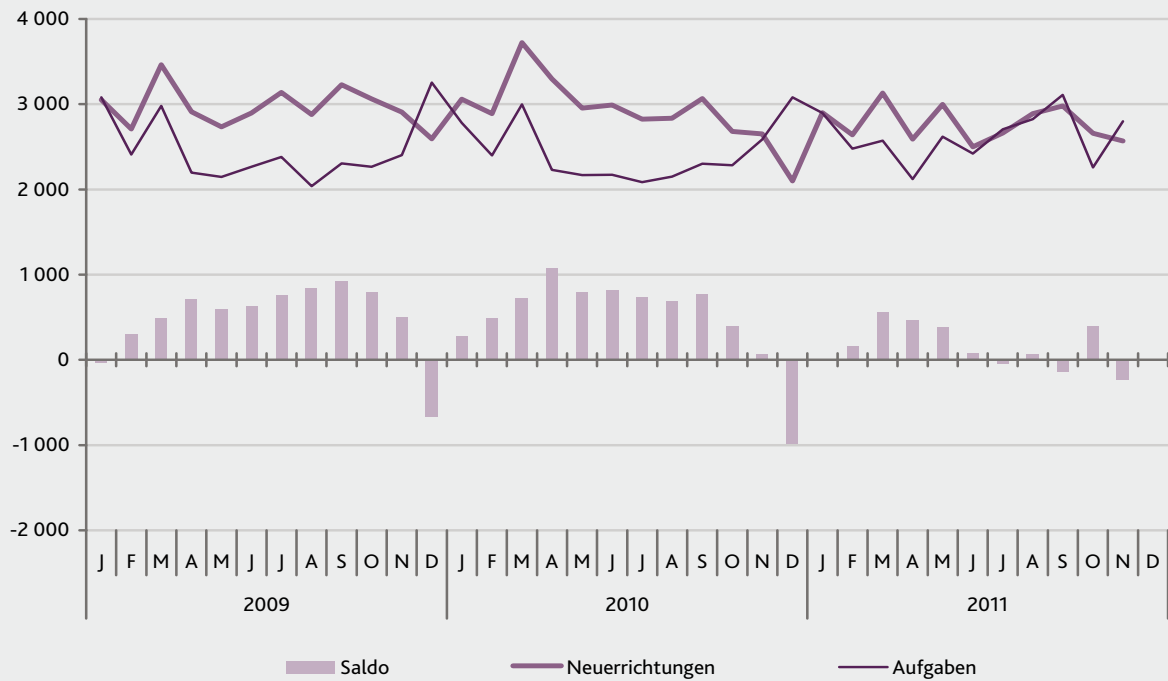
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2010 - Oktober 2011 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

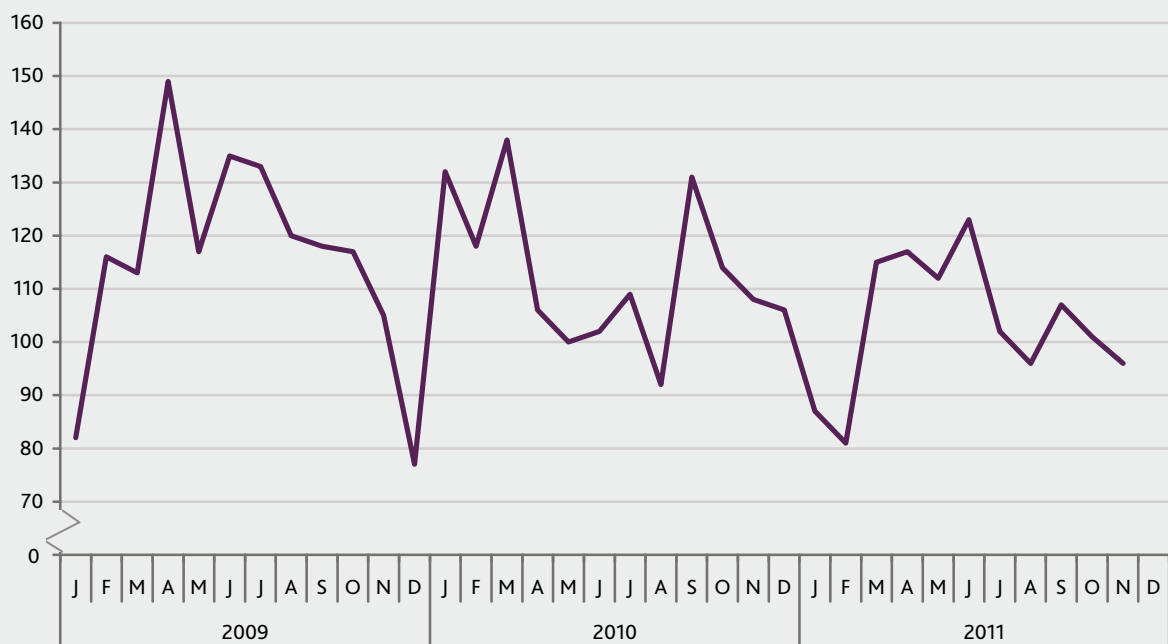
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



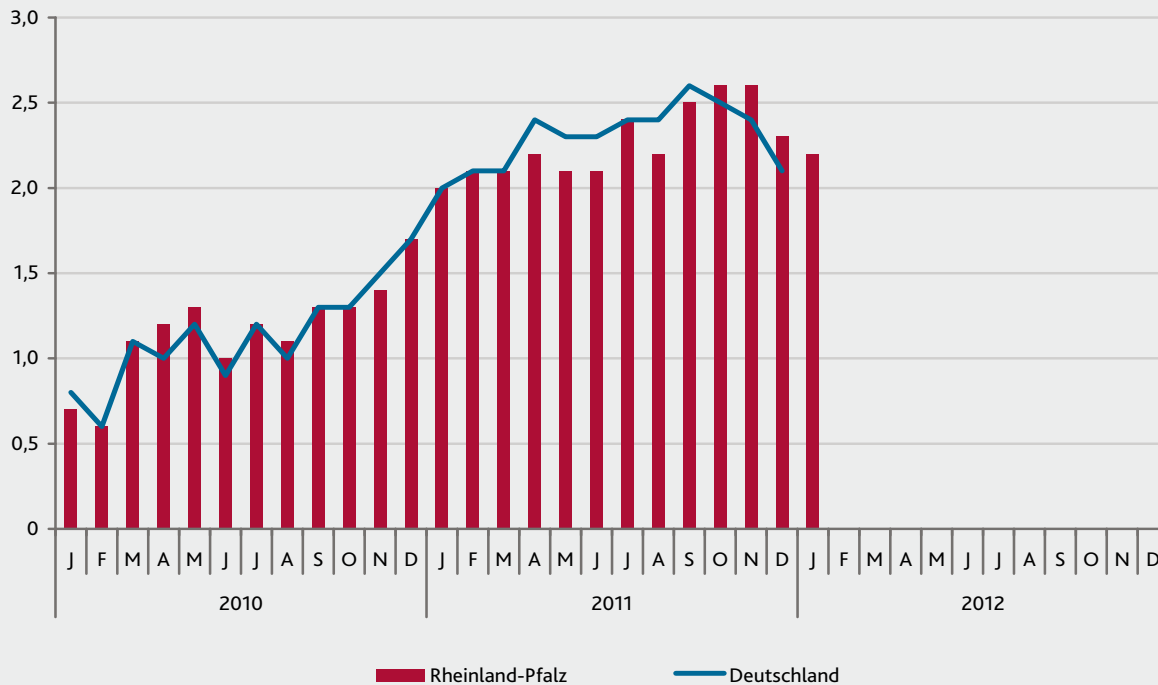
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



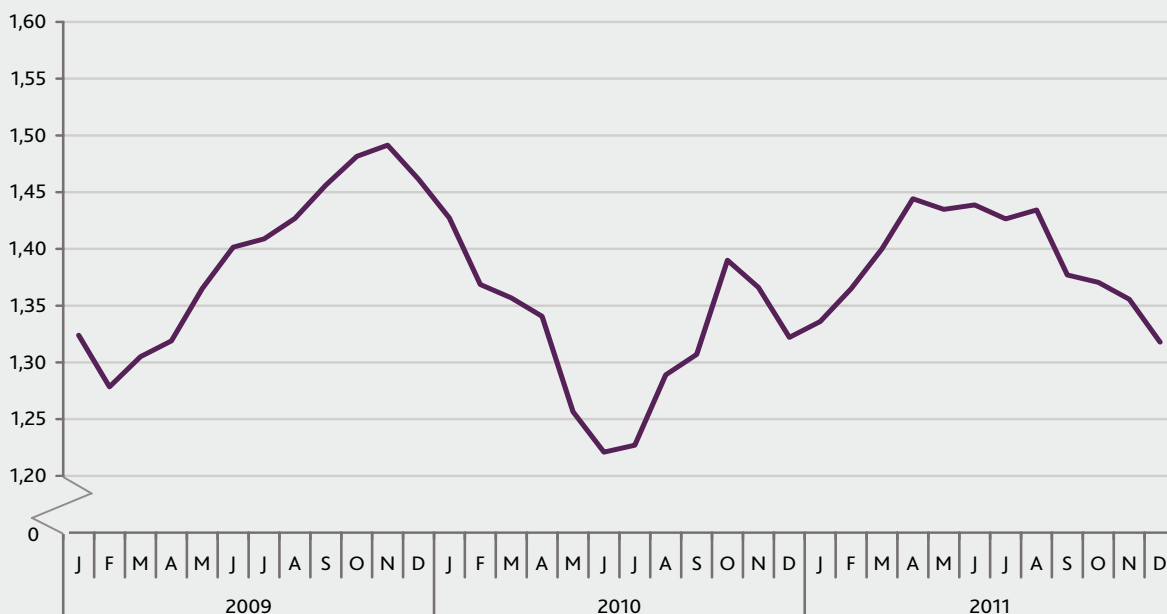
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

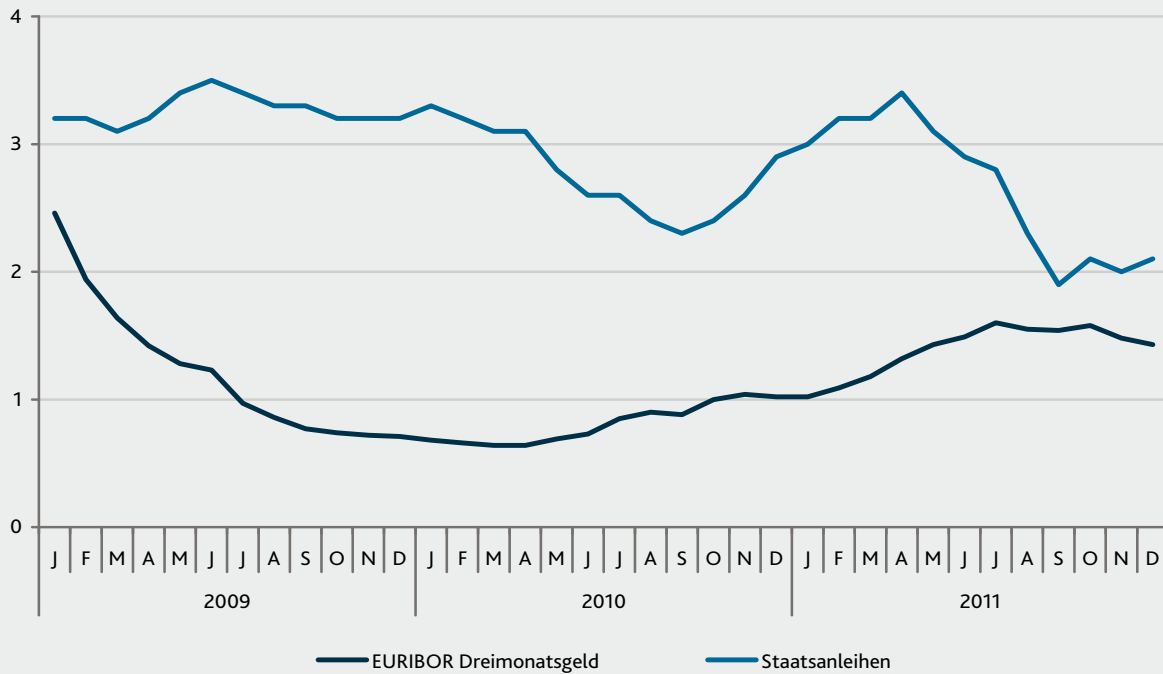
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

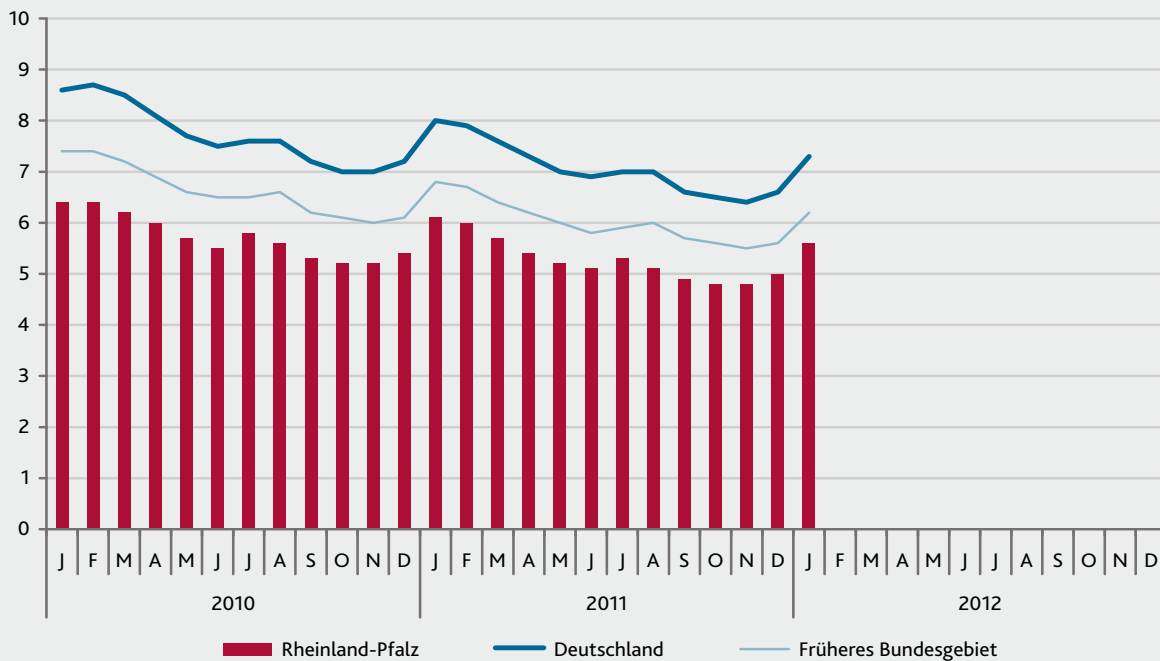
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen

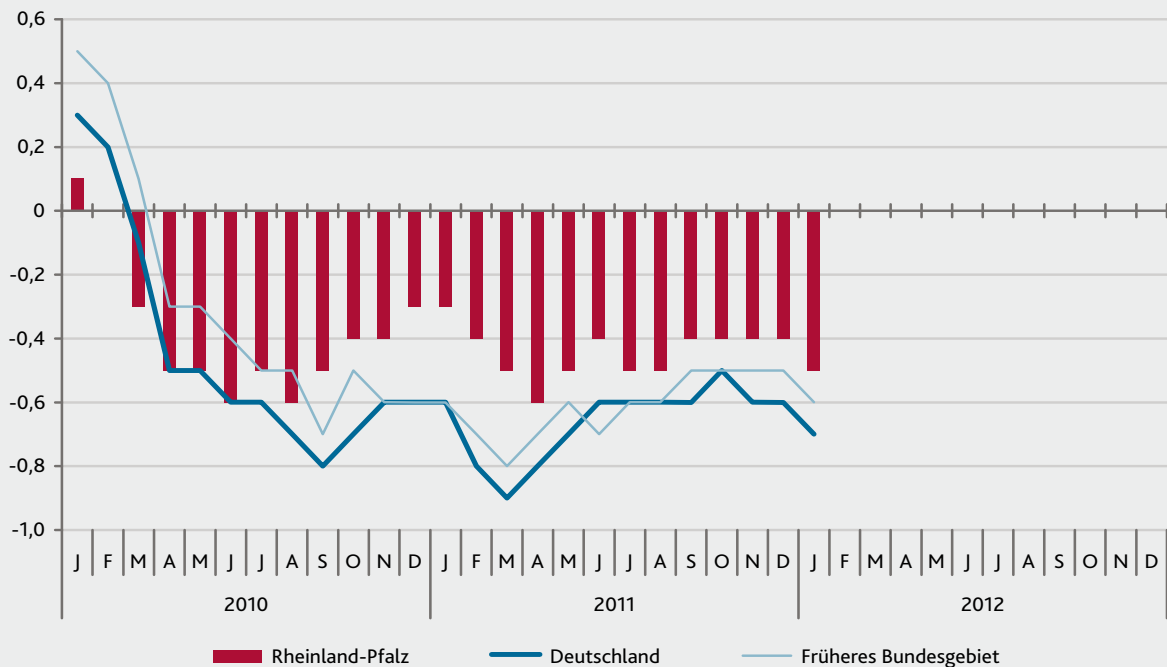


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

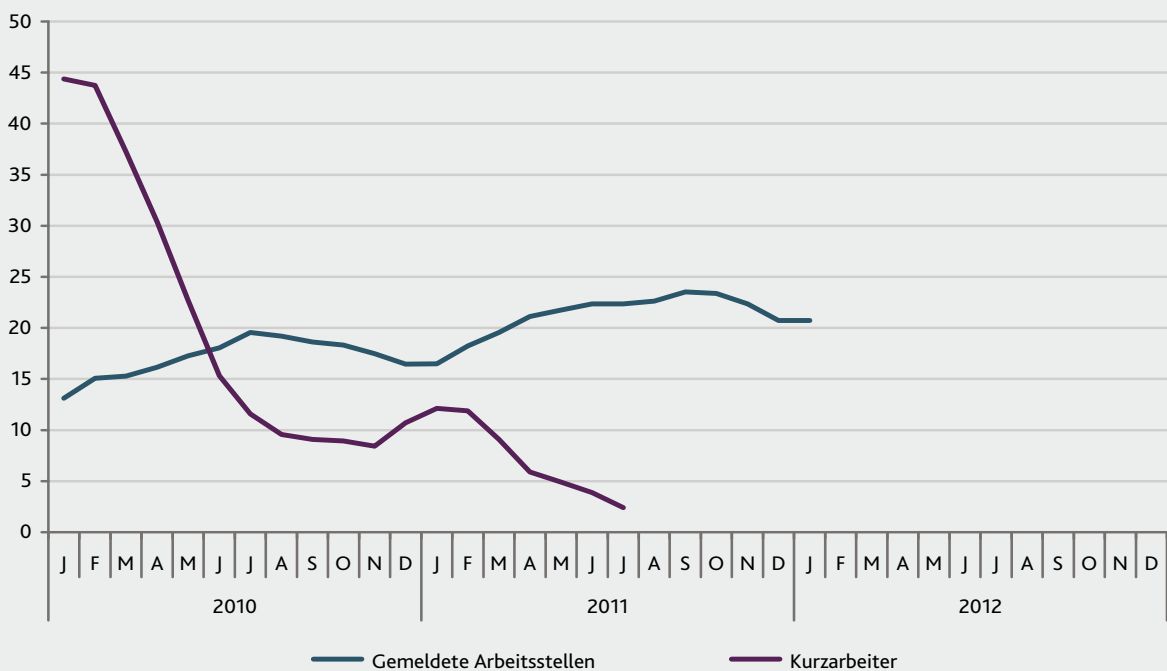


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter

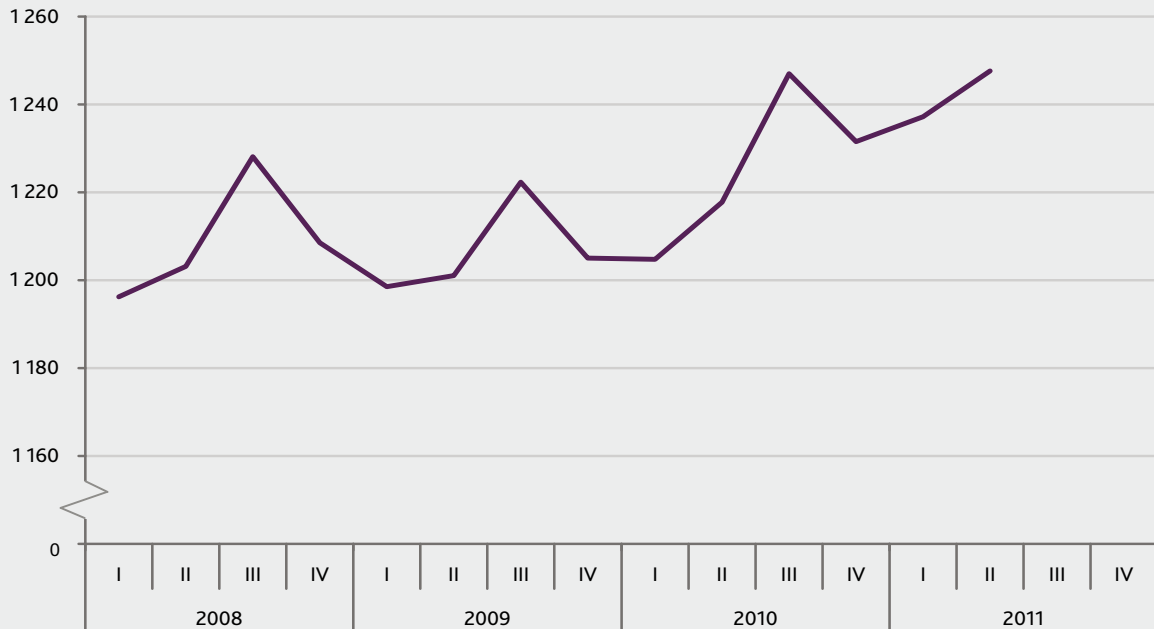
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

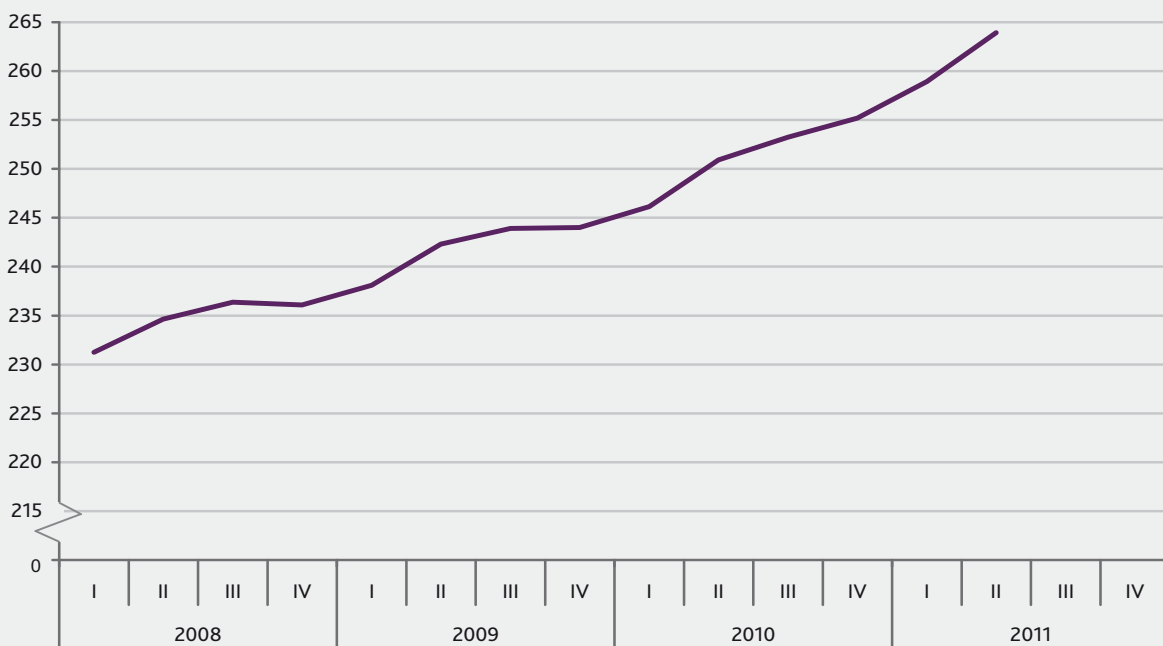
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

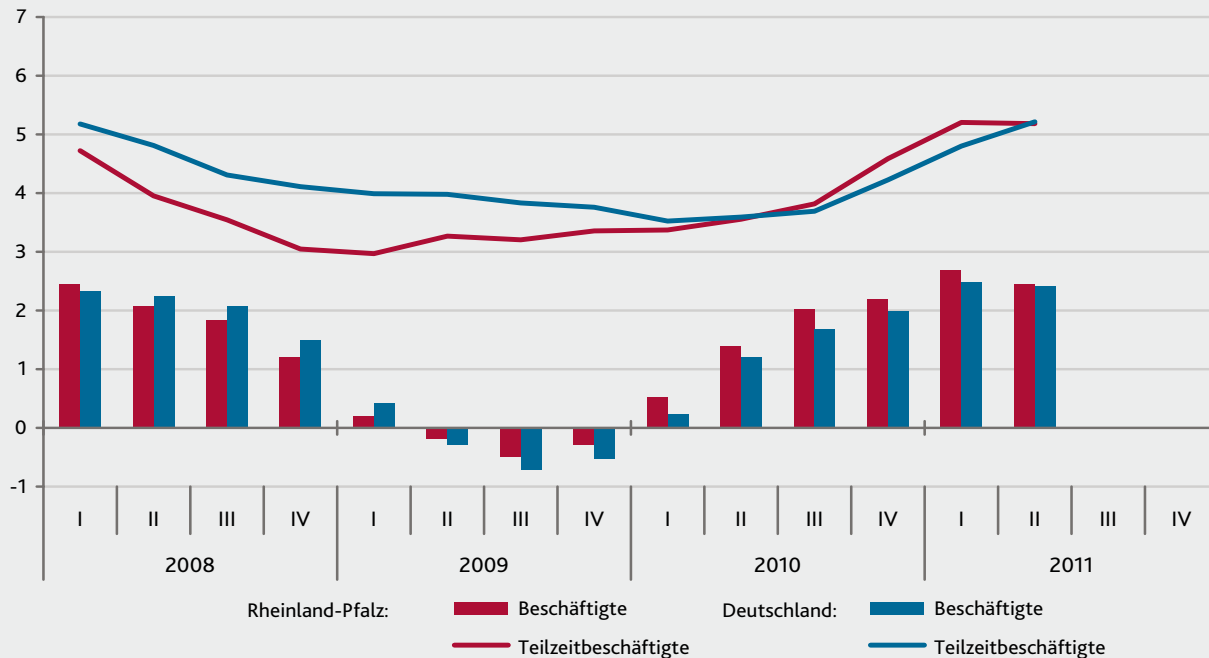


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

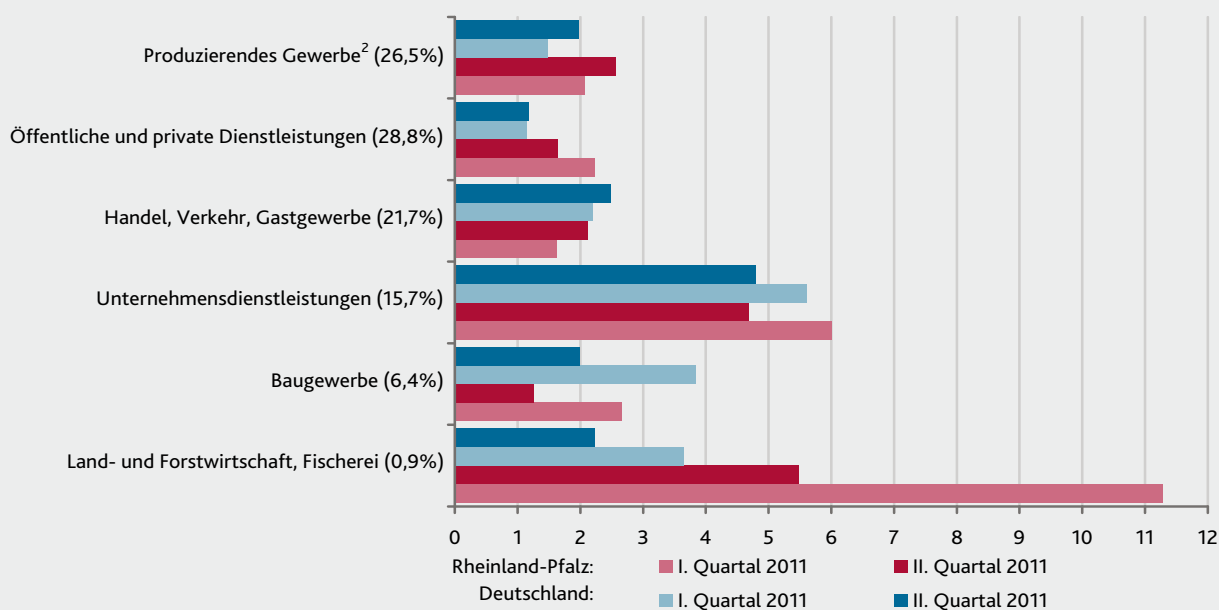


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

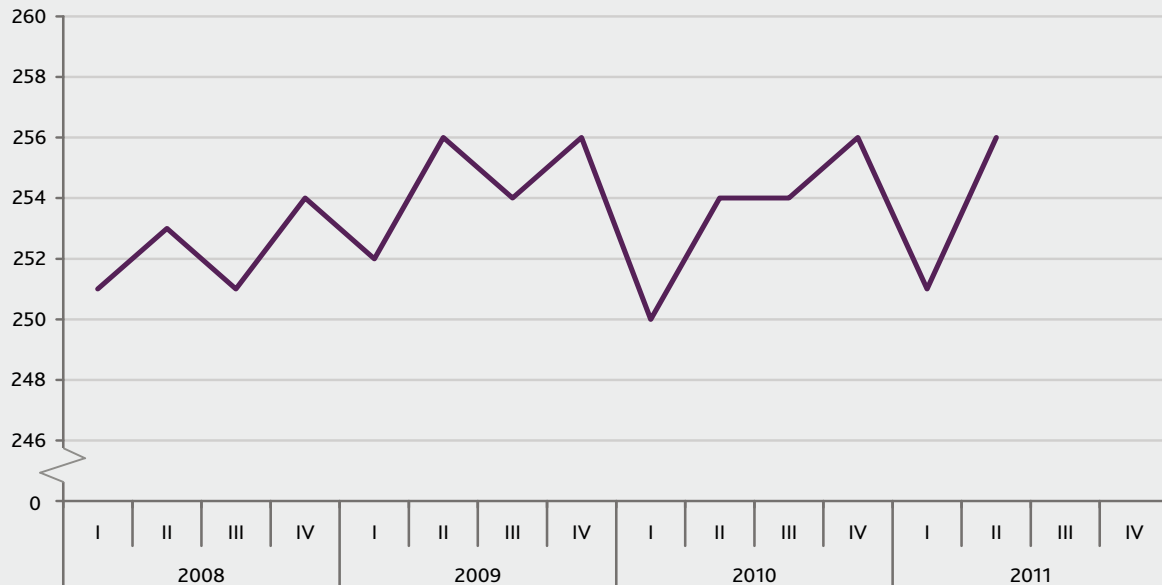


¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2011. – ² Ohne Baugewerbe.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

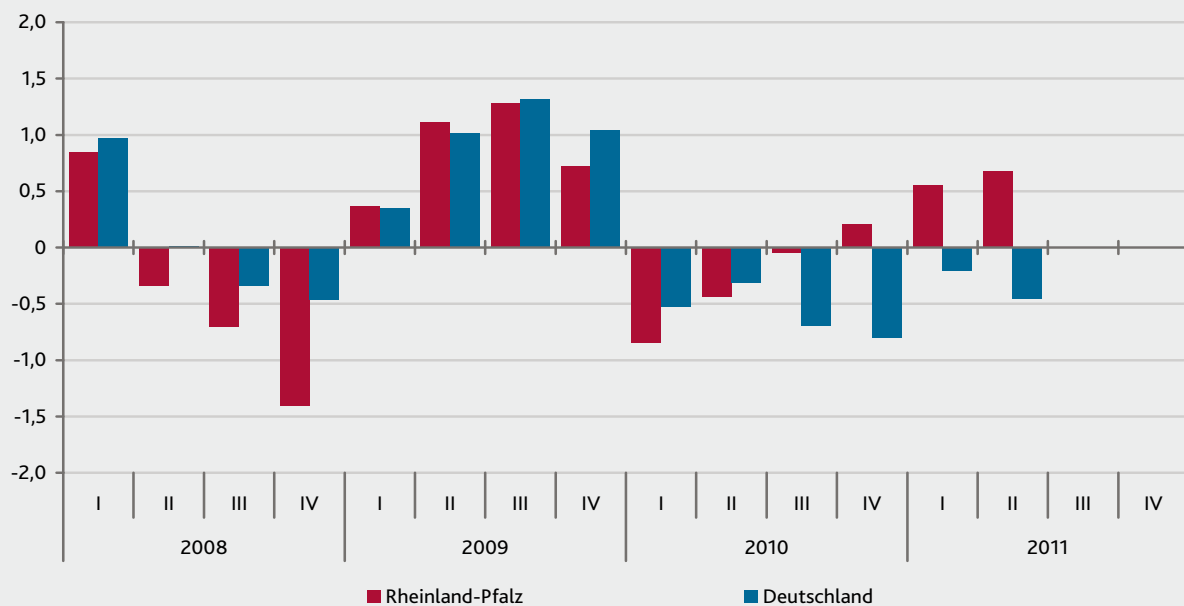
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

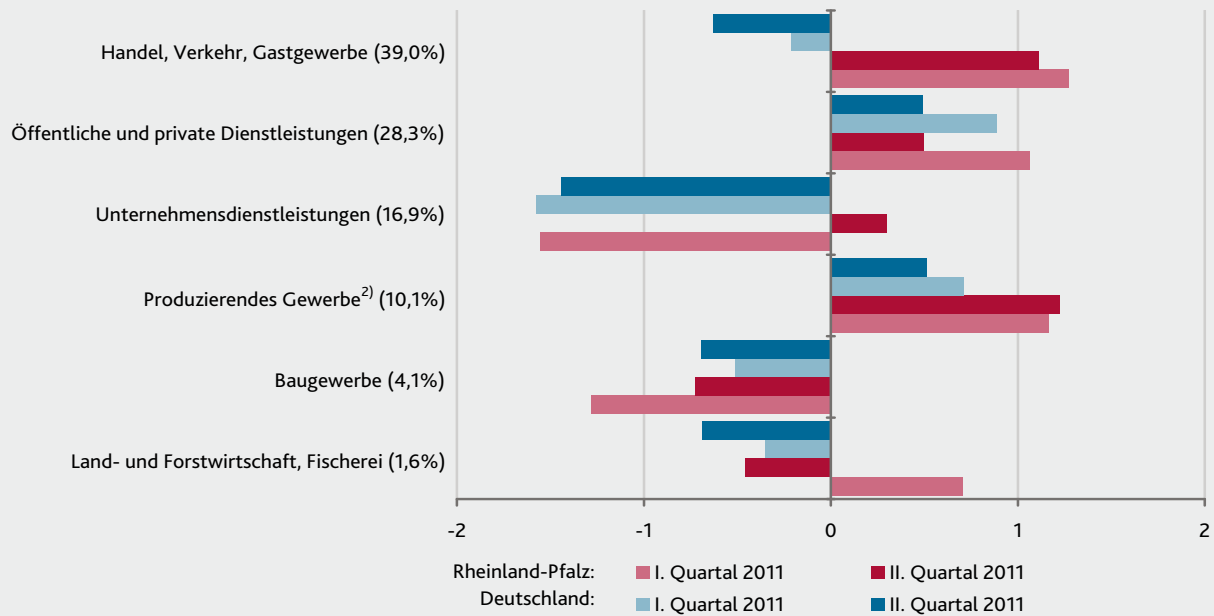


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2011. – 2 Ohne Baugewerbe.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. Januar 2012.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um

Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerberbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit

sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug

in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den

preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatz-

steuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 803	128 093	127 862	127 452
752	134 121	128 093	133 450	127 862	127 452
6 058	126 824	133 450	157 264	127 862	127 452
134 628	134 545	157 264	111 776	110 138	77 082
157 811	157 827	111 776	80 756	63 568	61 111
113 466	113 035	80 756	63 568	77 648	92 396
87 007	84 980	63 568	77 648	125 873	103 807
65 282	64 829	77 648	125 873	103 807	69 027
78 320	78 146	125 873	103 807	69 027	69 027
95 409	94 429	103 807	69 027	69 027	69 027
	125 677	69 027	69 027	69 027	69 027

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 013 ¹	4 004 ¹	4 007	4 007	4 006	3 999	4 000	4 000	4 000
darunter Ausländer ²	1 000	306 ¹	309 ¹	307	308	309	311	313	313	314

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 656	1 681	2 635	2 759	2 003	2 502	2 577	2 709	2 239
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 573	2 631	2 823	2 733	2 935	2 735	2 660	2 925	2 942
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,7	7,9	8,3	8,0	8,9	8,3	7,8	8,6	8,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 659	3 622	3 579	3 399	3 372	3 292	3 087	3 759	3 494
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,5	10,0	10,2	10,0	9,1	11,1	10,6
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	10	8	1	11	11	10	6	7	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,0	3,1	0,4	4,0	3,7	3,7	2,3	2,4	3,7
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 085	- 991	- 756	- 666	- 437	- 557	- 427	- 834	- 552
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,2	- 3,0	- 2,2	- 2,0	- 1,3	- 1,7	- 1,3	- 2,5	- 1,7

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 989	8 088	8 887	10 329	9 241	8 251	9 704	11 140	10 097
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 656	2 746	3 013	3 271	3 467	3 189	3 835	4 143	4 079
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 224	7 851	8 400	9 842	9 083	7 345	8 227	10 206	9 556
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 608	2 273	2 205	2 623	2 324	2 066	2 320	2 969	2 631
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 234	237	487	487	158	906	1 477	934	541
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 832	12 576	13 622	14 591	13 384	12 545	13 203	15 348	13 330

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{8,9}	Einheit	2008	2009			2010				2011
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 203	1 201	1 222	1 205	1 205	1 218	1 247	1 232	1 237
* Frauen	1 000	540	549	559	556	556	558	571	569	570

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

Beschäftigte ^{1, 2}		Einheit	2008	2009			2010				2011
			30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
*	Ausländer/-innen	1 000	77	76	77	71	74	78	81	76	79
*	Teilzeitbeschäftigte	1 000	235	242	244	244	246	251	253	255	259
*	darunter Frauen	1 000	202	208	209	209	211	214	216	218	221
davon nach Wirtschaftsbereichen ³											
*	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	10	11	11	8	9	11	11	9	11
*	produzierendes Gewerbe	1 000	411	404	409	401	398	402	410	404	407
*	Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	263	264	269	264	262	265	272	268	267
*	Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	185	176	181	177	181	187	192	188	192
*	Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	333	345	352	354	354	353	361	362	362

Arbeitsmarkt⁴

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2009	2010			2011				2012
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Arbeitslose	Anzahl	127 214	119 933	108 206	113 002	128 164	100 896	101 222	104 433	117 828
* Frauen	Anzahl	57 737	55 198	51 849	52 591	57 260	49 135	48 681	49 433	53 485
Männer	Anzahl	69 477	64 735	56 357	60 411	70 904	51 761	52 541	55 000	64 343
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	52 882	46 790	40 273	42 861	51 427	36 313	36 240	38 474	46 879
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	74 332	73 143	67 933	70 141	76 737	64 583	64 982	65 959	70 949
* Arbeitslosenquote ⁷	%	6,1	5,7	5,2	5,4	6,1	4,8	4,8	5,0	5,6
* Frauen	%	6,0	5,7	5,3	5,4	5,9	5,0	5,0	5,1	5,5
* Männer	%	6,2	5,8	5,0	5,4	6,3	4,6	4,7	4,9	5,8
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	6,6	5,5	4,3	4,4	5,2	4,1	3,9	4,2	4,8
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,1	3,5	2,7	2,7	2,9	2,6	2,5	2,6	2,7
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,2	6,0	5,8	6,1	6,9	5,3	5,4	5,5	6,2
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,4	6,2	6,5	7,3	5,8	5,9	6,0	6,6
* Ausländer/-innen	%	13,6	12,6	11,6	12,1	13,6	10,9	11,1	11,4	12,9
Deutsche	%	5,6	5,2	4,7	4,9	5,6	4,4	4,4	4,5	5,1
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	42 408	21 000	8 410	10 717	12 135
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	13 243	17 048	17 467	16 443	16 472	23 369	22 338	20 718	20 734

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	432	452	489	466	444	587	498	487	490
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	408	426	462	425	418	540	471	453	465

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit (Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	432	452	489	466	444	587	498	487	490
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	2	7	1	2	3	1	...
Unternehmen	Anzahl	63	50	30	34	48	57	49	92	78
private Haushalte	Anzahl	366	401	457	425	395	528	446	394	412
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	627	662	662	714	729	940	737	797	760
* Umbauter Raum	1 000 m ³	441	464	491	494	497	662	506	538	487
* Wohnfläche	1 000 m ²	80	87	93	94	94	126	96	106	93
Wohnräume	Anzahl	3 434	3 546	3 717	3 762	3 707	4 988	3 957	4 217	3 827
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	111	121	132	132	129	170	134	143	130

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	106	128	143	146	124	160	153	155	155
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	17	21	22	15	11	17	18	14
Unternehmen	Anzahl	89	107	120	119	107	138	129	124	125
private Haushalte	Anzahl	2	4	2	5	2	11	7	13	16
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	9	20	8	45	9	80	13	8	2
* Umbauter Raum	1 000 m ³	707	748	832	1 000	825	1 303	863	1 986	1 046
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	104	128	127	106	186	131	184	140
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	75	80	111	82	72	137	100	113	103

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	714	780	757	893	865	1 147	866	899	904
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	3 977	4 145	4 252	4 508	4 203	5 797	4 606	4 762	4 530

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 468	10 541	10 893	11 098	11 883	11 588	11 053	11 630	12 471
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 406	2 291	2 417	2 286	3 296	2 028	2 209	2 300	3 029
darunter										
* Kälber ²	t	13	12	12	12	18	10	11	11	18
* Jungrinder	t	11	9	4	11	24	6	5	13	18
* Schweine	t	8 001	8 198	8 428	8 768	8 486	9 507	8 797	9 279	9 335
* Eierzeugung ³	1 000	8 738	12 188	13 883	14 180	15 316	14 715	11 497	11 895	11 893

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 039	1 006	1 004	1 005	1 007	996	999	1 000	1 001
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	242 777	238 784	240 507	241 307	241 528	246 816	247 610	248 345	247 970
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	29 376	30 349	31 647	31 003	32 440	32 411	32 632	31 292	33 096
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	852	853	817	822	1 078	865	852	863	1 215
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 209	6 217	6 751	6 498	6 925	6 924	7 317	6 739	7 244
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷	Mill. EUR	2 805	3 609	3 803	3 657	3 954	3 957	4 042	3 732	4 017
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 285	1 470	1 754	1 642	1 706	1 695	1 977	1 745	1 885
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	96	100	119	118	120	98	124	116	123
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 023	1 038	1 075	1 081	1 145	1 175	1 174	1 146	1 220
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 499	2 050	2 051	1 978	2 240	2 257	2 281	2 085	2 287
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	598	745	865	932	928	855	1 053	970	959
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 526	3 240	3 514	3 354	3 703	3 552	3 871	3 524	3 817
Exportquote ⁸	%	48,5	52,1	52,0	51,6	53,5	51,3	52,9	52,3	52,7
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	76,7	95,4	101,5	94,0	98,3	92,5	96,8	94,3	97,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	78,0	91,9	99,8	84,3	90,0	87,7	84,8	84,7	84,8
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	67,5	96,7	101,5	102,9	104,6	96,4	107,4	102,2	111,7

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	78,9	103,0	117,1	113,8	106,7	82,2	116,0	106,6	114,7
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	109,5	110,7	109,3	110,8	120,6	106,4	119,6	116,4	103,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	68,4	79,3	89,5	70,1	76,0	71,6	66,9	72,8	68,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	54,0	87,1	89,4	96,3	93,9	82,2	94,6	94,2	87,9

Energie- und Wasserversorgung

* Betriebe ^{2, 3}	Anzahl	116	164	165	163	163	167	167	167	167
* Beschäftigte ^{2, 3, 4}	Anzahl	10 014	9 470	9 533	9 477	9 467	9 554	9 565	9 643	9 643
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2, 3}	1 000 h	1 272	1 205	1 262	1 193	1 282	1 249	1 238	1 150	1 284
* Bruttoentgeltsumme ^{2, 3}	Mill. EUR	36	36	33	42	50	33	34	44	51
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	567	494	453	475	491	440	420	448	433
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	551	480	441	462	478	428	408	433	421

Baugewerbe⁶

Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 362	37 497	38 588	38 344	38 005	39 123	39 082	38 188	38 473
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 479	3 512	4 329	4 282	4 033	4 605	4 577	4 143	4 402
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 291	1 326	1 583	1 605	1 536	1 822	1 809	1 626	1 704
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	877	873	1 028	992	971	1 025	1 029	996	1 030
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 311	1 313	1 718	1 685	1 526	1 758	1 739	1 521	1 668
darunter Straßenbau	1 000 h	653	636	855	866	778	909	923	796	846
* Entgelte ⁹	Mill. EUR	83	85	90	90	106	95	93	90	108

1 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 9 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Bauhauptgewerbe ²		Einheit	2009	2010			2011				
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	355	356	431	403	446	434	441	433	493
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	103	110	123	115	132	143	143	126	143	
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	94	108	106	116	116	111	122	131	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	150	151	200	182	198	174	187	184	219	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	74	70	97	94	102	88	99	99	117	

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und son- stiger Ausbau)4	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
Betriebe ⁵	Anzahl	358	362	364	362	362	361	355	354	352
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 063	13 268	13 076	13 228	13 443	13 326	13 199	13 367	13 745
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 210	4 335	4 101	4 316	4 449	4 474	4 257	4 446	4 567
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	90	94	86	95	93	101	92	97	99
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	330	343	258	328	348	439	274	364	387

Handel⁷**Großhandel^{p, 8}**

Großhandel ^{P, 8}	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2005=100	118,3	118,3	119,8	119,9	119,5	122,6	122,1	122,4	121,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,7	122,7	121,6	122,4	123,5	129,2	127,8	128,7	124,2
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	105,9	113,6	127,8	122,1	121,1	128,1	140,4	127,3	127,1
* Umsatz real ⁹	2005=100	100,7	103,0	114,4	109,9	109,1	111,0	122,5	112,1	112,5

Einzelhandel^{p, 10}

* Beschäftigte	2005=100	106,3	105,8	107,0	107,4	107,6	108,5	108,7	109,4	110,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,9	107,4	108,5	109,1	109,8	110,3	110,8	111,4	112,1
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	109,3	110,8	110,0	114,8	114,6	114,9	114,0	118,8	117,6
* Umsatz real ⁹	2005=100	106,5	106,9	106,0	110,7	110,5	109,6	108,2	112,6	111,5

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{1,2}**

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2005=100	105,7	102,3	102,8	103,8	104,0	105,5	106,3	106,3	106,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	124,3	125,8	125,3	127,3	128,1	129,4	131,2	130,0	129,4
* Umsatz nominal ³	2005=100	94,0	89,6	92,1	102,9	96,5	87,3	100,0	107,6	102,2
* Umsatz real ³	2005=100	89,7	85,1	87,4	97,2	91,2	81,5	93,0	99,4	94,9

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2005=100	103,8	106,0	109,9	109,4	104,9	114,5	114,5	113,2	111,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	113,1	114,8	116,0	116,1	113,8	124,3	123,5	122,0	120,5
* Umsatz nominal ³	2005=100	98,8	101,6	115,5	117,4	93,0	130,5	125,5	122,1	96,5
* Umsatz real ³	2005=100	92,7	92,6	104,6	106,4	84,7	117,0	111,4	108,4	86,2

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	620	640	888	839	503	952	973	855	515
* darunter von Auslandsgästen	1 000	150	156	200	171	106	268	205	170	105
* Gästeübernachtungen	1 000	1 678	1 714	2 333	2 220	1 220	2 727	2 469	2 264	1 240
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	449	561	463	270	903	572	465	256

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 950	1 886	2 121	2 172	1 938	1 813	2 229	2 203	2 081
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 293	1 229	1 506	1 525	1 274	1 236	1 609	1 613	1 400
* Getötete Personen	Anzahl	19	17	16	26	24	15	16	20	21
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	11	8	3	9	9	8	8	9	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	5	7	10	8	4	4	6	6
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	4	2	1	1	2	1
Fußgänger	Anzahl	2	1	3	-	3	1	2	1	5
* Verletzte Personen	Anzahl	1 682	1 599	1 961	1 983	1 681	1 605	2 099	2 092	1 838

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
schwer verletzte Personen	Anzahl	313	290	364	390	297	321	372	372	348
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	140	130	146	170	137	153	140	154	174
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	79	73	106	103	78	74	119	111	79
Radfahrer	Anzahl	48	43	76	57	43	50	76	65	44
Fußgänger	Anzahl	32	31	24	45	27	28	26	24	36

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 398	11 933	11 794	11 769	11 929	12 048	13 044	12 038	12 469
darunter										
Krafträder	Anzahl	693	609	506	290	145	639	493	285	166
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	14 675	10 154	10 118	10 141	10 496	10 092	11 076	10 282	10 730
* Lastkraftwagen	Anzahl	716	833	802	964	973	930	1 011	1 017	1 104
Zugmaschinen	Anzahl	248	274	276	305	231	301	391	396	380

Personenbeförderung

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	61 778	53 245	57 395	54 306	46 268	55 011	58 167	55 244	49 859
Personenkilometer ³	Mill.	574	530	539	535	455	589	543	534	478

Binnenschifffahrt

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gütereingang	1 000 t	985	1 153	1 226	1 220	1 223	1 212	1 199	1 132	1 156
* Güterversand	1 000 t	834	930	1 022	969	975	949	868	827	780

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	2 885	3 369	3 271	3 578	3 597	3 786	3 756	4 071	3 656
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	265	282	290	284	317	286	302	309	292
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 584	3 052	2 949	3 256	3 242	3 414	3 361	3 620	3 232

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2009	2010				2011			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	18	23	22	26	25	22	18	22	21
*	Halbwaren	Mill. EUR	111	152	151	174	160	168	178	173	148
*	Fertigwaren	Mill. EUR	2 455	2 877	2 776	3 055	3 057	3 224	3 165	3 425	3 063
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	787	912	876	943	914	881	891	1 006	905
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 667	1 965	1 899	2 112	2 143	2 342	2 273	2 419	2 158
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 002	2 328	2 234	2 490	2 592	2 616	2 586	2 866	2 597
*	darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	1 766	2 023	1 915	2 145	2 241	2 239	2 172	2 439	2 214
	Belgien	Mill. EUR	145	172	183	183	179	169	197	199	184
	Luxemburg	Mill. EUR	44	52	55	54	53	61	57	67	62
	Dänemark	Mill. EUR	33	34	34	40	37	40	40	46	39
	Finnland	Mill. EUR	22	25	26	26	28	26	33	31	29
	Frankreich	Mill. EUR	321	370	322	370	394	436	397	450	400
	Griechenland	Mill. EUR	32	30	27	31	31	24	24	37	33
	Großbritannien	Mill. EUR	184	201	201	225	237	215	226	246	224
	Irland	Mill. EUR	8	9	8	8	9	8	10	7	9
	Italien	Mill. EUR	211	247	188	252	270	281	199	269	253
	Niederlande	Mill. EUR	185	205	205	206	237	239	213	232	206
	Österreich	Mill. EUR	126	136	141	154	141	143	155	158	147
	Schweden	Mill. EUR	41	58	61	68	71	51	67	69	66
	Spanien	Mill. EUR	157	171	148	172	178	183	174	196	190
	Portugal	Mill. EUR	18	20	21	22	24	21	21	26	22
*	Afrika	Mill. EUR	76	82	88	102	83	96	94	93	95
*	Amerika	Mill. EUR	406	452	458	446	418	465	480	521	443
	darunter nach USA	Mill. EUR	296	289	267	253	258	258	290	326	272
*	Asien	Mill. EUR	373	474	457	506	472	556	550	539	487
	darunter nach China	Mill. EUR	85	118	104	126	115	164	144	129	104
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	31	34	33	32	52	48	52	33

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	1 809	2 257	2 280	2 395	2 307	2 694	2 609	2 729	2 632
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	206	216	238	193	223	221	215	201	225
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 507	1 969	1 981	2 123	2 006	2 326	2 237	2 301	2 185
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	76	91	87	94	53	173	49	184	101
* Halbwaren	Mill. EUR	184	293	312	301	273	339	338	310	336
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 248	1 585	1 582	1 728	1 681	1 813	1 850	1 807	1 747

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2009	2010				2011			
			Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	332	472	510	492	485	519	544	499	467
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	916	1 113	1 072	1 237	1 196	1 294	1 306	1 308	1 280
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 317	1 657	1 644	1 705	1 704	1 993	1 812	2 013	1 933
*	darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 118	1 398	1 413	1 433	1 493	1 637	1 572	1 639	1 644
	Belgien	Mill. EUR	180	240	247	261	241	283	284	273	261
	Luxemburg	Mill. EUR	34	36	37	35	42	48	50	49	45
	Dänemark	Mill. EUR	25	24	19	35	26	14	18	14	17
	Finnland	Mill. EUR	9	11	10	8	10	14	14	13	10
	Frankreich	Mill. EUR	192	225	215	226	208	273	235	249	252
	Griechenland	Mill. EUR	7	8	9	7	7	10	8	8	7
	Großbritannien	Mill. EUR	63	74	80	71	79	77	84	91	84
	Irland	Mill. EUR	7	11	10	10	9	11	10	16	13
	Italien	Mill. EUR	110	134	118	125	147	173	149	155	161
	Niederlande	Mill. EUR	162	228	263	227	269	262	257	277	301
	Österreich	Mill. EUR	59	81	88	94	99	89	87	93	89
	Schweden	Mill. EUR	27	27	20	26	33	24	25	26	31
	Spanien	Mill. EUR	67	82	77	77	74	98	78	100	108
	Portugal	Mill. EUR	12	14	11	14	13	16	14	15	17
*	Afrika	Mill. EUR	29	39	29	30	31	55	72	49	36
*	Amerika	Mill. EUR	219	229	220	269	229	238	258	237	251
	darunter aus USA	Mill. EUR	145	149	134	195	151	164	176	161	179
*	Asien	Mill. EUR	239	327	383	385	339	403	461	424	408
	darunter aus China	Mill. EUR	110	150	157	179	156	159	189	155	178
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	3	6	4	4	6	6	5

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit		2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 517	3 434	3 618	3 198	3 145	3 434	3 491	3 118	3 066
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	496	517	447	467	552	565	530	576
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 425	2 415	2 534	2 207	2 166	2 319	2 379	2 118	1 980
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 015	2 934	2 794	2 764	3 122	3 331	3 620	2 710	3 311
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	490	455	388	366	432	412	427	373	461
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 996	1 969	1 895	1 887	2 137	2 389	2 644	1 870	2 302

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Insgesamt	Anzahl	627	670	710	664	631	646	604	560	597
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	113	131	114	108	96	107	101	96
* Verbraucher	Anzahl	374	420	427	408	400	414	369	341	398
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	116	131	121	114	115	116	94	88
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	23	21	21	21	9	21	12	24	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	149	151	102	86	82	117	81	153	61

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2009	2010				2011				
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.		
* Beschäftigte ³	2007=100 ⁴	96,0	98,4	96,9	97,7	100,7	98,6	98,0	98,4	100,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2007=100 ⁶	101,1	97,7	76,7	98,7	101,5	113,7	84,6	104,4	107,8

Preise

Preise	Einheit	2009	2010		2011				2012	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,2	107,4	107,6	108,7	108,5	110,4	110,4	111,2	110,9
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,7	104,6	104,9	104,9	105,0	106,2	106,2	106,3	106,5

Verdienste⁷

Verdienste⁷

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 431	3 506	3 185	3 231	3 238	3 256	3 241	3 283	3 285
* Frauen	EUR	2 961	3 016	2 780	2 804	2 811	2 819	2 816	2 835	2 838
* Männer	EUR	3 613	3 699	3 345	3 399	3 405	3 428	3 411	3 461	3 463
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	5 898	6 079	5 403	5 484	5 486	5 546	5 452	5 543	5 558
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 874	3 971	3 638	3 678	3 691	3 714	3 700	3 762	3 769
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	2 993	3 057	2 772	2 818	2 835	2 845	2 832	2 881	2 890
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 441	2 502	2 266	2 331	2 361	2 360	2 358	2 398	2 408
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 857	1 867	1 735	1 783	1 779	1 813	1 809	1 829	1 836

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

noch: Verdienste ¹	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 575	3 689	3 224	3 315	3 343	3 359	3 353	3 430	3 435
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 308	3 425	3 130	3 097	3 122	3 214	3 220	3 230	3 306
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 642	3 777	3 284	3 372	3 400	3 421	3 424	3 492	3 491
* Energieversorgung	EUR	5 013	5 134	4 297	4 389	4 372	4 404	4 372	4 389	4 487
* Wasserversorgung ²	EUR	2 877	2 912	2 743	2 754	2 753	2 689	2 751	2 772	2 803
* Baugewerbe	EUR	3 017	3 001	2 718	2 858	2 920	2 881	2 815	2 961	2 987
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 326	3 377	3 157	3 171	3 163	3 183	3 160	3 177	3 177
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 284	3 386	3 071	3 095	3 092	3 122	2 945	2 968	2 984
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 793	2 835	2 596	2 627	2 620	2 646	2 643	2 678	2 679
* Gastgewerbe	EUR	1 992	2 044	2 005	1 977	1 974	1 987	2 004	2 009	2 002
* Information und Kommunikation	EUR	4 245	4 686	4 168	4 169	4 253	4 289	4 197	4 380	4 314
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 398	(4 528)	3 865	3 905	3 897	3 913	3 936	3 962	3 971
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 256)	3 768	3 372	3 411	3 535	3 585	3 474	3 491	3 600
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 748	3 903	3 519	3 575	3 555	3 596	3 603	3 658	3 652
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 952	(1 902)	(1 851)	1 836	1 801	1 856	1 866	1 868	1 864
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 233	3 260	3 142	3 158	3 171	3 174	3 188	3 194	3 204
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 946	3 991	3 896	3 926	3 925	3 926	3 887	3 904	3 919
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 440	3 480	3 236	3 259	3 268	3 285	3 287	3 324	3 369
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 378)	(3 371)	(3 108)	(3 257)	3 118	3 155	3 173	3 167	3 205
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 775	2 802	2 642	2 662	2 647	2 650	2 668	2 657	2 640

Geld und Kredit³

Geld und Kredit³

Einheit	2009	2010				2011				
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.		
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 943	116 827	116 512	116 351	117 189	117 256	116 241	117 085	118 290
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	11 791	12 434	11 877	12 355	12 814	12 690	12 507	12 777	12 221

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 679	13 693	13 298	13 673	13 792	14 007	14 092	14 368	15 191
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	89 473	90 701	91 337	90 323	90 583	90 559	89 642	89 940	90 878
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	103 636	106 680	105 490	106 220	107 461	107 548	106 664	107 629	107 811
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	95 570	97 386	96 928	97 402	97 717	97 495	96 721	97 134	97 515
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	8 066	9 294	8 562	8 818	9 744	10 053	9 943	10 495	10 296
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 307	10 147	11 022	10 131	9 728	9 708	9 577	9 456	10 479

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	103 669	109 118	106 999	108 110	110 517	110 845	110 049	111 255	111 545
Sichteinlagen	Mill. EUR	34 674	41 764	38 890	40 771	43 811	43 584	43 233	43 891	43 853
Termineinlagen	Mill. EUR	34 510	31 010	31 999	31 191	30 462	30 389	29 690	30 015	30 419
Sparbriefe	Mill. EUR	8 091	7 040	7 152	6 999	6 909	7 098	7 252	7 628	7 825
Spareinlagen	Mill. EUR	26 394	29 304	28 958	29 149	29 335	29 774	29 874	29 721	29 448
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	101 502	106 608	104 441	105 579	108 007	108 404	107 672	108 995	109 181
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	99 326	104 341	102 597	103 462	105 680	105 624	105 248	106 430	107 057
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 176	2 267	1 844	2 117	2 327	2 780	2 424	2 565	2 124
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 167	2 510	2 558	2 531	2 510	2 441	2 377	2 260	2 364

Steuern

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 755	3 103	2 899	3 372	4 110	3 592	3 106	3 416	4 164
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	913	923	528	913	1 596	1 152	532	885	1 709
Lohnsteuer	Mill. EUR	667	647	472	854	797	559	506	887	848
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	139	133	-	379	-	-	-	391	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	96	119	24	- 11	445	409	- 21	- 8	557
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	61	63	14	15	43	24	18	22	53

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2009	2010			2011			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	43	34	15	42	15	6	12	42	11
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	15	0	25	-	0	0	26	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	46	60	3	12	296	154	17	- 57	240
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 3	- 2	-	18	-	-	-	- 49	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 841	2 180	2 372	2 459	2 514	2 440	2 575	2 531	2 456
Umsatzsteuer	Mill. EUR	456	443	415	516	479	417	467	534	458
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 385	1 737	1 957	1 943	2 036	2 023	2 108	1 997	1 997

Zölle

Mill. EUR	145	181	216	193	197	243	228	201	193
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern¹

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	31	34	61	26	35	29	62
Kraftfahrzeugsteuer ²	Mill. EUR	17	38	33	34	32	34	34	32	31
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	40	26	23	84	63	26	25	89

Landessteuern

Vermögensteuer	Mill. EUR	0	1	6	0	0	0	- 0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	16	12	13	16	15	15	13	23	- 94
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	17	19	23	21	19	23	20	22
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	11	10	12	11	12	10	12
Feuerschutzsteuer ¹	Mill. EUR	1	1	-	-	3	1	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	2	3	3	3	2	3

Einheit	2009	2010				2011		
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.

Gemeindesteuern

Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	107	111	100	116	129	101	105	115	135
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	309	366	302	412	304	444	383	411	376
sonstige Gemeindesteuern ³	Mill. EUR	9	9	7	10	10	7	8	9	10

¹ Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – ² Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – ³ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

noch: Steuern	Einheit	2009	2010					2011		
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeinde- verbände	Mill. EUR	690	762	500	826	686	1 035	557	798	819
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	255	299	286	357	222	332	352	336	298
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	283	298	87	297	284	525	77	300	329
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	32	39	15	41	35	66	12	33	41

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	695	698	545	731	998	660	602	732	911
Landessteuern	Mill. EUR	70	45	52	52	55	49	52	57	- 57
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	333	335	164	327	582	442	171	315	629
Lohnsteuer	Mill. EUR	225	213	144	303	223	181	158	321	245
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	41	50	10	- 5	189	174	- 9	- 4	237
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	25	26	2	4	15	8	8	8	22
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	19	15	6	19	7	3	5	18	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	23	30	2	6	148	77	9	- 29	120
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	278	301	287	346	319	168	326	356	287
Umsatzsteuer	Mill. EUR	216	221	201	250	231	70	227	261	188
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	62	80	86	96	88	99	99	95	100
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	4	11	1	11	0	14	1	14
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	1	2	5	1	5	-	6	0	6
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	9	22	3	22	-	27	2	27
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	4	1	4	-	6	0	6
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 448	1 643	1 629	1 741	2 183	1 901	1 771	1 773	2 222
Bundessteuern	Mill. EUR	96	114	90	91	177	123	94	86	181
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	396	401	225	390	703	502	228	373	748
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	952	1 124	1 303	1 259	1 292	1 275	1 435	1 313	1 279
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	4	11	1	11	- 0	14	1	14

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Januar 2012

Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2011
(endgültiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung)
Kennziffer: C1023 201100

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland 2010 (endgültiges Ernteergebnis)
Kennziffer: C2083 201001

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im November 2011
Kennziffer: D1023 201111

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im November 2011 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201111

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im November 2011
Kennziffer: E1033 201111

Bauhauptgewerbe im November 2011 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201111

Bauhauptgewerbe im Juni 2011 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Ergänzungserhebung)
Kennziffer: E2033 201100

Unternehmen und Investitionen im Bauhauptgewerbe 2010 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2043 201000

Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Oktober 2011
Kennziffer: E4023 201110

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im November 2011
Kennziffer: F2033 201111

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im November 2011
Kennziffer: G1023 201111

Aus- und Einfuhr im Oktober 2011
Kennziffer: G3023 201110

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Oktober 2011
Kennziffer: G4023 201110

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2011
Kennziffer: H1023 201110

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 3. Vierteljahr 2011
Kennziffer: H1073 201143

Binnenschifffahrt im Oktober 2011
Kennziffer: H2023 201110

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Aufkommen an staatlichen Steuern 2007 bis 2011
Kennziffer: L1013 201100

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Dezember 2011
Kennziffer: M1013 201112

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im November 2011
Kennziffer: M1043 201144

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 3. Vierteljahr 2011
Kennziffer: N1013 201143

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im November 2011
Kennziffer: Z1013 201111

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Januar 2012
Kennziffer: Z2201 201201

Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen (Ausgabe 2011)
Kennziffer: Z2401 201100

E-Mail-Versand Schulverzeichnis für allgemeinbildende Schulen in Rheinland-Pfalz – Schuljahr 2011/12
Kennziffer: B1004E 201200

CD-ROM Schulverzeichnis für allgemeinbildende Schulen in Rheinland-Pfalz – Schuljahr 2011/12
Kennziffer: B1004C 201200

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App "i-nigma". Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Andreas Johannides und Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.